

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet, Österreich, Litauen, Buzemburg 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gleichung und Kleinigkeiten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Dimmell“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0.70 Goldmark, Reklamezeile 4.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0.20 Goldmark (aufzählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0.10 Goldmark, Stängelzeile des ersten Wort 0.10 Goldmark, jedes weitere Wort 0.05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0.30 Goldmark, eine Goldmark — ein Dollar gerechnet durch 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: S.W. 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 5. Dezember 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., S.W. 68, Lindenstr. 3

Bankkonten: Berlin 375 36 — Bankkonten: Direktion der Dionsonta-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Beamte und Reichstagswahlen.

Ein Ruf in letzter Stunde von Albert Falkenberg.

Die politische Aufgabe der Beamten — mit den alten Mitteln läßt sie sich wirklich nicht lösen. Das muß jeder begreifen, der die politische Aufgabe der Beamten im Obrigkeitstaat oder im Volksstaat gegenüberstellt. Im obrigkeitlichen Staat galt der Beamte als das einer bestimmten Herrschaftsform dienende Organ. Die Grenzen seiner Lebensauffassung und seiner Lebenshaltung waren in weitestem Maße durch die Denkarbeit seines Arbeitgebers bestimmt worden. Darüber hinaus war überall dieselbe Warnungstafel angebracht mit dem Befehl: Nicht denken!

Kann es wunder nehmen, daß diese Methode insofern fähmend auf die Denkfähigkeit der Beamten wirkte, als sie selbst sich allmählich in einer besonderen Welt ihre politische Aufgabe formten, ohne zu bedenken, daß gerade ihre Mission, dem Volke zu dienen, ohne Betrachtung durch die Tendenzen fortschreitender Entwicklung unerfüllbar bleiben mußte? Die Beamten gerieten durch den Druck des obrigkeitlichen Systems in einen Zustand der Reaktion im Unterbewußtsein, aus dem sie sich mittels eigener Kraft niemals hätten freimachen können. Ihre Befreiung danken sie ganz allein der politischen Umwälzung von 1918. Daß dieser Lösung künstlicher Fesseln bisher nicht die innerste Selbstbefreiung gefolgt ist, liegt in den verhängnisvollen Umständen — auch Fehlern, die von den nachrevolutionären Regierungen auf dem Gebiete der Beamtenpolitik begangen wurden — begründet.

Wenn nicht die vorstehend gekennzeichnete, aus dem alten System geborene Geisteszerraffung der Beamten bei ihrer Beurteilung politischer Zusammenhänge eine ausschlaggebende Rolle spielen würde, wäre es undenkbar, daß weite Kreise der Beamten auch heute immer noch die aus der „Revolution“ von 1918 gewordenen Zustände für die Verschlechterung ihrer Gesamtlage verantwortlich machen könnten. Sie übersehen eben, daß die Rolle ihres politisch einseitig orientierten Arbeitgebers in dem Maße ausgespielt ist, wie sie selber es wollen. Die Lösung der politischen Aufgabe der Beamten im Volksstaat verlangt, daß sie aus immer wieder versuchter rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Fesslung selber den Weg ins Freie finden, um ihrer Zweckbestimmung, Diener am Volke zu sein, gerecht werden zu können.

Für das Gelingen dieses Planes gibt es nur den Weg über das Parlament. Darum ist seine Zusammensetzung gerade für die Beamten von so überragender Bedeutung. Es kann keine reaktionäre Regierung geben, wenn die Grundlage der parlamentarischen Demokratie sich nach links verschiebt. Alle Linksparteien müssen sich auf Hilfeleistung für das politische Befreiungswerk der Beamten einstellen, wenn sie nicht auf die Verwirklichung ihrer Programme verzichten wollen. Von den Parteien zu verlangen, daß sie die Befreiung der Beamten ohne deren ausschlaggebende Beteiligung bewerkstelligen möchten, heißt nicht nur die Stellung der Parteien im Staate verkennen, sondern — soweit dies Forderung von den Beamten vertreten wird — sich selber des Einflusses begeben, der eben erst auf Grund einer freiheitlichen Verfassung erworben wurde.

Im Obrigkeitstaat war es dank der rechtlichen und wirtschaftlichen Anebelung der Beamten dahin gekommen, daß sie selber längst jeden Anspruch auf die Erfüllung einer politischen Aufgabe preisgegeben hatten. Das größte Lob verdiente der Beamte, der, ohne zu wissen, was politisch links oder rechts vorging, den Blick unverrückbar auf des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr gerichtet hielt. Im Fortgang der Jahre, den diese Uhr anzeigte, trat Beförderung und Gehaltserhöhung ein, wurde von Auszeichnungen Utenvermerkt genommen und reiste langsam aber sicher die Stunde heran, in der für die Reise nach Pensionopolis gerüstet wurde. Was dieser Normalverlauf des Beamtenbestehens an politischen Werten barg, war durchweg gleich Null. So war es den Parteien, die den Absolutismus im Staate ebenso schätzten wie das Herrrentum im Betriebe, gerade recht. So wollen sie es auch heute noch, denn sie sind ja, weiß Gott, innerlich dieselben geblieben, die sie unter anderer Firma im alten Staate waren. Und die Beamten? Wollen sie immer noch nicht begreifen, daß sich auch für sie nichts ändern kann, wenn sie sich freiwillig dem Diktat derjenigen Parteien fügen, die gar nicht anders können, als ihren allgemeinpolitischen Programmen entsprechend Beamtenpolitik zu machen?

Es ist doch nicht Zufall, daß ausgerechnet die bürgerliche Rechte die Beratung des Regierungsentwurfs eines Beamtenrätegesetzes im 23. Ausschuss des Reichstags sabotierte und sich mit der von jener Seite gewöhnlichen politischen Robustheit gegen Mitbestimmungsrecht

und Schlichtungsausschüsse stemmte. Auch die Hilfeleistung der Demokraten zugunsten einer freiheitlichen Gestaltung des Beamtenverordnungsrechtes hat nicht ausgereicht, den Beamten den ersten Schritt auf dem Wege zu ihrer Befreiung zu ermöglichen. Wenn die Beamten den bürgerlichen Parteien weiter nichts auf das Schuldkonto zu setzen hätten als diese Verriegelung des Weges zur Demokratisierung der Verwaltung, dann wäre das Grund genug, für die Beamten am 7. Dezember weil abzurücken von jenen politischen Bauernfängern, die noch stets bemüht waren, durch schleimige Reden an der Wahrheit vorbeizugleiten.

Aber ist denn nicht das Schuldkonto der bürgerlichen Parteien ohnehin in der Beamtenpolitik überbelastet? Wer hat denn gehindert, daß der sozialdemokratische Antrag auf Entziehung der am 11. Februar 1924 der Regierung erteilten Ermächtigung zur selbstständigen Regelung der Grundgehälter und Ortszuschläge fiel? Wäre dieser Antrag angenommen worden, dann hätte der Reichstag die Entscheidung über die Frage der Beseitigung des Beförderungrechtes vom Juni 1924 gehabt und nicht mehr die Regierung. Auch die in der Frage der Arbeitszeit der Beamten von der SPD-Fraktion des Reichstages gestellten Anträge wurden, soweit in ihnen die grundlegende Anerkennung des Achtstundentages gefordert wurde, von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Ist das zu verwundern? Wenn sie den Beamten den Achtstundentag zugestanden hätten, wären sie als Verteidiger des Profitwirtschaftssystems gegenüber den Arbeitern in der Privatindustrie in Bedrängnis geraten. Von ihnen ist nichts zu erwarten, was gegen ihre politischen Grundsätze verstößt. Fragt sich nur, inwieweit diese in Einklang zu bringen sind mit der von den Beamten im Interesse der Volksgesamtheit zu erfüllenden politischen Aufgabe.

In Deutschösterreich hat anlässlich des jüngsten Regierungswechsels der scheidende Finanzminister den Beamten seines Ressorts Worte gewidmet, die weder von Tiefgründigkeit in der Erfassung des Beamtenproblems noch von der auch in Deutschland so oft gehörten Erkenntnisreife der Verwaltungsbürokratie Zeugnis ablegt. „Ich stehe“, sagte der Finanzminister, „bei Behandlung des Beamtenproblems auf dem Standpunkt, daß der Zweck des Staates vorangestellt werden muß; denn die Beamten sind des Staates wegen da.“ „Nicht die Häufung der Rechte ist das Entscheidende, wohl aber der Aufbau der Ordnung in einer Art, wie sie sich der im besten Sinne altösterreichische Beamte denkt: ein Aufsteigen in der Karriere, der man, wenn man sich zu ihr entschlossen hat, nach Absolvierung der Studien, die ganze Kraft seines Lebens bis zur Erschöpfung der Kräfte weihen will.“ Was

aber — für Deutschland gesprochen — nicht hindert, daß nicht wenige Glieder gerade der höheren Beamtenkategorien sich oft einer politischen Tätigkeit widmen, — „bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte“ —, die durchaus nicht immer erkennen läßt, daß der Zweck des Staates vorangestellt worden ist, und daß die Beamten des Staates wegen da sind, dem sie durch ihren Eid auf die Verfassung Treue geschworen hatten.

Rein, aus den väterlich mahnenden Worten des österreichischen Finanzministers klingt ein Teil jener Melodie heraus, für die in Deutschland einmal das Kennwort: „Treu deutsch und pensionsberechtigt“ geprägt worden ist. Wir wollen dieses Motto nicht wieder in Geltung bringen, nachdem breite Schichten der deutschen Beamenschaft erkrankt haben, daß ihnen neben ihren amtlichen Aufgaben eine politische Aufgabe von stärkstem Ausmaß zugesellen ist. Ohne die Beamten kann keine Regierung freiheitliche, geschweige denn republikanische Politik treiben. Der politisch denkende Beamte muß sich aber darüber Klarheit verschaffen, daß mindestens auf abschbare Zeit jeder andere politische Kurs als der mit republikanischer Zielrichtung erneute soziale und wirtschaftliche Reaktion nach sich ziehen muß, die unmittelbare Auswirkungen auch auf die Stellung des Beamten haben wird. Wollen sich also die Beamten im eigensten wie im Interesse des Volksganzen die Steigerung ihres Einflusses in der Verwaltung und in den Betrieben sichern, dann müssen sie am 7. Dezember republikanisch wählen.

Aber diese Erwägungen reichen nicht aus. Die Beamten sind Arbeitnehmer. Wem sollen sie in dieser Eigenschaft ihre Stimme geben? Niemals einer Partei, die nicht durch ihre Taten den Beweis geliefert hat, daß sie auch nach den Wahlen bereit ist, die gewerkschaftlichen Forderungen der Beamten zu vertreten. Die Reichstagsberichte der letzten vier Monate geben hinreichend Aufschluß über die Einstellung der politischen Parteien zu den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeitnehmer, nicht nur der Beamten, sondern auch der Arbeiter und Angestellten. Nicht einzelne Freundschaftsdienste können den Ausschlag für die Entscheidung am 7. Dezember geben. Die Beamten zählen — es ist nicht ihre Schuld — zu den Besitztlosen. Wenn sie sich nicht wehren, klagen sie vergeblich über den Verlust ihres Berufsbeamtenentums. Nicht politische Mitarbeit kann den Beamten helfen, hier muß grundsätzliche Entscheidung fallen, die Entscheidung über die Fragen: Demokratie oder Diktatur, wirtschaftliche Ausbeutung oder Sozialismus, Krieg oder Frieden?

Für den Beamten kann die Parole zum 7. Dezember nur lauten:

Für Freiheit, Brot und Frieden!

Der Entscheidung entgegen!

Die Sozialdemokratie im Wahlkampf.

In Bayern.

München, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wenn die letzten beiden Tage des Wahlkampfes keine grundsätzliche Wenderung in der Kampfkraft der Parteien bringen, so muß man den Kampf in Bayern für die Entscheidung am 7. Dezember ganz allgemein als zurückhaltend, teilweise sogar als sehr flau bezeichnen.

Als Gegner treten unseren Referenten in erster Linie die kommunistischen Wanderagitatoren entgegen. Wo sie glauben, die nötige Zahl von Mitschreibern hinter sich zu haben, versuchen sie die Versammlungen zu sprengen. Ihre Versuche scheiterten aber überall an der Wachsamkeit unserer Genossen und der disziplinieren Energie der Reichsbannerleute. Eigene Versammlungen hielten die Kommunisten nur ganz wenige ab. Der bürgerlichen beiden Richtungen scheint ebenfalls der Atem ausgegangen zu sein. Den Rest ihrer Anstrengungen vergeuden sie auf dem Lande, nachdem sie sich offenbar überzeugt haben, daß das Volk in der großen Städten von ihren Tiraden nichts mehr wissen will. Eine schwache Agitation entfaltete in den Städten auch die Bayerische Volkspartei.

Mit ihrer ganzen But, genau so wie die Moskauer Trabanten, stürzen sich die Deutschnationalen auf die Sozialdemokratie und auf Schwarz-Rot-Gold. Bezeichnend ist aber, daß sie das in München und in den anderen Städten in der Regel nur hinter verschlossenen Türen und vor geladenen Gästen tun. Durch diese feige Front entzieht sich der Kriegspropagandist Tirpitz der Gefahr, daß seinen Geschichtsklitterungen ein wahres und offenes Wort entgegengekehrt wird.

Dieses klägliche Verhalten unserer Hauptgegner hat die Stimmung der Parteigenossen und der nicht eingeschriebenen Anhänger sehr überall außerordentlich gehoben. Jedermann, der bisher treu zur Partei stand, ist überzeugt von der bevorstehenden erheblichen und entscheidenden Stärkung unserer parlamentarischen Plattform. Dieser zuversichtliche Glaube hat — und das ist das Wichtigste — weite Kreise der übrigen Bevölkerung ergriffen. Auch die Gegner, wenn sie unter sich sind, sprechen offen von ihrer großen Sorge ob des Siegesbanners Schwarz-Rot-Gold.

Im Rheinland.

Köln, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkampf im besetzten Gebiet unterscheidet sich von seinen Vorgängern vor allem durch seinen ruhigeren und sachlicheren Verlauf. Die Kommunisten, die bei den Reichswahlen im Kölner Bezirk ihre ganze Taktik ausschließlich auf den Verfall der parlamentarischen Plattformen und fast gar keine eigenen Wahlversammlungen veranstalteten, sind heute wieder gezwungen, eigene Versammlungen zu machen, weil ihre Mitglieder sich nicht mehr zum Versammlungsbesuch missbrauchen lassen wollen. Inzwischen zeigt jeder Tag des gegenwärtigen Wahlkampfes aufs neue, wie sehr die Stimmung zugunsten der Sozialdemokratie umgeschlagen ist. Alle Versammlungen in den beiden Wahlkreisen waren massenhaft besucht und von glänzender Zuversicht getragen, während die Kommunisten und teilweise die bürgerlichen Wahlversammlungen fast durchweg sehr schlechten Besuch aufwiesen. Im Mittelpunkt der Wahl agitation stand im besetzten Gebiet natürlich das Dawes-

Gutachten mit seinen Auswirkungen. Es ist klar, daß bei der Behandlung dieser Fragen die kommunistischen Reinsager und die deutschnationale Kampfpartei keine besonders gute Position hatten. Viele Tausende, vor allem Eisenbahner, die am 4. Mai noch im unbefetzten Deutschland im Exil lebten, sind inzwischen ins besetzte Gebiet zurückgekehrt. In vielen Versammlungen kamen solche Heimkehrer zu Wort und übten scharfe Kritik an den Gegnern des Londoner Abkommens. Das besetzte Gebiet fordert — das zeigt dieser Wahlkampf erneut — eine unzweideutige Politik der Erfüllung.

Die Zentrumspartei, die den Wahlkampf, wie anerkannt werden muß, in den beiden Wahlkreisen im wesentlichen sachlicher führte, richtet diesmal ihren Hauptstoß gegen rechts, während Demokraten und Volksparteier sich in ihren Wahlversammlungen darüber streiten, wer bei den Separatistenuntügen im vorigen Jahre am meisten Rüdgrat gezeigt hat.

Zusammenfassend darf gesagt werden, daß die Sozialdemokratie im niederrheinischen Bezirk am 7. Dezember einen mächtigen Schritt vorwärts machen wird.

Im Ruhrgebiet.

Bochum, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der 4. Mai war für das Ruhrgebiet der Tag des Ausbruchs der Bergweissung und des blinden Protestes. Aber Bergweissungsmahlen sind noch stets ein falscher Gradmesser für die wirkliche politische Gesinnung eines Volkes gewesen, und wie sehr die Waimahlen über die wahre Stimmung des Ruhrgebietes trügen, dafür wird der 7. Dezember zeugen.

Die Zeiten „wie einst im Mai“ sind jetzt vorüber. Die Besinnung ist sehr schnell zurückgekehrt; die Wähe der Rechts- und Linksextremisten, die besetzten Gebiete zum sicheren Aufmarschgelände für die Rechts- und Linksoaktien zu machen, ist vergeblich. Den Anfang machte die Volkspartei. Die ihren Parteitag nach Dortmund verlegte und dabei Herrn Strefemann eine seiner schwankenden Reden halten ließ. Es ist merkwürdig, wie wenig diese Lagung in der hiesigen Presse gewürdigt wurde. Sie hatte im Ruhrgebiet längst nicht das Echo, das sie im unbefetzten Gebiet besaß. Schließlich hat auch Herr Jarres dafür gesorgt, daß am 7. Dezember die Streckmannschen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die volksparteiliche Agitation in den besetzten Gebieten ließ die Deutschnationalen nicht ruhen. Auch sie veranstalteten ihren Nationalen Tag in Dortmund, und die Führer der Kampfpartei rufen im Lande umher, um die Getreuen zu sammeln. Uebrigens muß der Appell des Herrn von Borzig an der Geldbeutel der Unternehmer nicht vergeblich gewesen sein, denn die Propaganda der schwerindustriellen Parteien läßt nichts zu wünschen übrig. Ihre Verleumdungen, Lügen und Beleidigungen sind so zahlreich, daß ein Heer von Staatsanwälten jahrelang beschäftigt werden könnte. Da, wo die Rechte zu verlieren droht, meldet sich natürlich der Böllische Bloß. Als schlechter Schlächterlenker glaubt Ludendorff erscheinend, hier mit „nationalen“ Nebenpartien das gewinnen zu können, was er im unbefetzten Gebiet verlor. Aber das Hakenkreuz hat im Ruhrgebiet keine Zukunft, nachdem es bisher weder Vergangenheit noch Gegenwart besaß.

Freilich schlimmer als allen dreien zusammen geht es den Kommunisten. Mit fast bewundernswürdiger Unbeholfenheit torlet diese „Sleperpartei“ in die Wahltschacht. Die KPD weiß wenigstens selbst, daß ihre Hochkonjunktur vorbei ist und der Abstieg beginnt. Es ist z. B. durchaus keine Seltenheit, daß in sozialdemokratischen Versammlungen kommunistische Wähler auftreten und ihr scharfes Urteil über die KPD aussprechen. Angesichts der Vorgänge, die durch die KPD in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen inszeniert werden, braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß der Kampf der Ruhrarbeiter sich in erster Linie gegen die Kommunisten richtet. Die grenzenlose Enttäuschung der kommunistischen Wähler vom 4. Mai hat freilich eine leise Seite. Es besteht die Gefahr, daß erhebliche Teile der Arbeiterchaft der Wahl fernbleiben, und sich indifferent vom politischen Leben zurückziehen. Dieser Gefahr suchen unsere Funktionäre durch eine gesteigerte Hausagitation vorzubeugen.

und, soweit Voraussetzungen überhaupt gemacht werden können, darf man wohl hoffen, daß der Erfolg am 7. Dezember nicht ausbleiben wird. Größer sind die Hoffnungen der sozialdemokratischen Arbeiter auf die in den letzten Tagen mit Hochdruck eingeführte Betriebsagitation. Während der letzten Wahl hinderte der kommunistische Terror diese Agitation. Heute ist sie im vollen Gange, ohne daß irgendein kommunistischer Widerstand sich bemerkbar macht. Es trifft eben die Vermutung Hülferdings zu, der in mehreren überfüllten Versammlungen seine Ruheindrücke mit den Worten zusammenfaßte, daß der 7. Dezember die Kommunisten in voller Flucht sehen würde.

Der doppelten Moral überführt.

Deutschnationale nehmen Freigeleit von Herriot.

Der französische Ministerpräsident Herriot hat dem Spitzenkandidaten der Deutschnationalen Volkspartei des Wahlkreises Koblenz-Trier, dem Fürsten Sagn-Wittgenstein, welcher auf der Liste der sogenannten „Kriegsbeschuldigten“ unter der Nummer 90 steht, auf Antrag seiner Partei für die Dauer des Wahlkampfes innerhalb des besetzten Gebietes freies Geleit gesichert.

Die Begnadigung des Generals von Nathusius durch Herriot wurde von den Deutschnationalen als Beschimpfung des deutschen Volkes bezeichnet. Von Herriot wollen sie keine Gnade!

Die deutschnationale Partei hat sich trotzdem an Herriot gewandt. Sie hat um Freigeleit für einen ihrer Parteigenhörigen gebeten. Das ist keine Schande und nicht ehrenrührig — aber es kann auch in den Augen der Deutschnationalen keine Schande sein.

Ist es in ihren Augen keine Schande — dann war ihre „Entrüstung“ über die Begnadigung des Generals von Nathusius erbärmlichste Heuchelei und gemeiner Wahlschwindel. Wären sie aber in ihrer Entrüstung ehrlich — dann haben sie sich im Falle Sagn-Wittgenstein selbst ins Gesicht geschlagen.

Oder wollen sie etwa sagen, sie hätten bei Herriot nur um Freigeleit gebeten, um eine ablehnende Antwort und damit Agitationsmaterial zu erhalten? Wir sind gespannt, ob wir nun hören, daß die Gewährung von Freigeleit eine neue Gemeinheit der Demokratie gegen die Deutschnationalen ist.

Haarmann und Angerstein.

Verbrecher-Propaganda.

In Hannover sieht der dreißigfache Lust- und Raubmörder Haarmann vor Gericht. In Siegen hat der Direktor Angerstein gestanden, daß der achtfache Mord in seiner Villa in Haiger von ihm selbst begangen worden ist.

Verbrechen solcher Art stehen mit der Politik nur in losem Zusammenhang. Wenn es trotzdem notwendig ist, von ihnen an dieser Stelle zu sprechen, so ist es nicht unsere Schuld. Es ist die kommunistisch-deutschnationale Propaganda, die nicht davor zurückschreckt, selbst die Leichen von Hannover und Haiger für ihre Zwecke parteipolitisch auszuschiichten.

In Hannover waren es die Kommunisten, die den Fall Haarmann in den Mittelpunkt ihrer Agitation stellten. Haarmann hatte, bevor seine Verbrechen entdeckt wurden, in unpolitischen Fällen der Polizei Konfidentendienste geleistet. Also entdeckten die Kommunisten einen „Polizeisumpf“, für den selbstverständlich nur die „Ebert-Republik“ verantwortlich war.

Als die Säredensnachricht aus Haiger kam, daß in einer Villa acht Personen ermordet aufgefunden worden seien, gab die deutschnationale Presse sofort für ihre Wahlpropaganda die Parole aus, so etwas sei eben „nur im neuen Deutschland“ möglich. Wir sind daher genötigt, ein Eigenogramm aus Siegen wiederzugeben, in dem uns folgendes gemeldet wird:

den Sieg. Aber sie haben eigentlich gar nichts gegen sich. Ihr Groll sitzt in den Nerven, nicht im Herzen. Er währt anderthalb Stunden, nicht ein Leben lang.

Unter rufen sich die Heere, stehen sich Eisen in die Augen, zersprengen sich die Brüste. Die beiden Admirale sind über dies hinaus. Sie haben das leise Lächeln, die joviale Gebärde. Jenes muß sein, und ein Dognertwetter sollte dreinschlagen, wenn die an der Strippe nicht parkieren; aber sie beide wissen, daß alles Spiel ist. Sie kennen das Räuberwerk, die Mechanik. Sie sind doch nicht von gestern. Sie sind doch erst einmal die guten Kollegen, die Kameraden aus der gleichen Branche, ehe sie Konkurrenten, Feinde sind.

Ihr, auf dem Boden des Stagerrak, in den dunklen Gruben von Verdun, ihr hättet die Sache nicht so höllisch ernst nehmen sollen, liebe Brüder! Wer macht denn das auch, wer löst denn dem Temperament auch gar so die Zügel schiefen! Es war ja alles nur ein harmloses Gesellschaftsspiel zwischen dem lieben alten Tirps und seinem Freund, dem Fischerchen.

Spötter, „große Tiere“ und Offendowski. Im Ferdinand Offendowski, den Verfasser des sensationellen Buches „Götter, Menschen und Tiere“, in dem er seltene Erlebnisse und Beobachtungen in Innerafrika, besonders in Tibet, behandelt, steht es nicht gut. Es ist jetzt so, daß er selbst nicht mehr ganz sicher ist, ob er in der Mongolei, in Tibet und in den anderen dunklen Wesenländern die „Götter, Menschen und Tiere“ gesehen hat. Soen Hedrin hat ihn befanntlich einen Schwindler genannt, was die, die zu Offendowski beten, mit dem Hebe parieren, daß Soen Hedrin aus Konkurrenzneid den Ruhm des Polen verkleinern wolle. Aber da ist nun dem schwedischen Forscher in dem Bauammer Arzt Dr. George Montandon, der Tibet zu kennen scheint wie seinen Handschuh ein streitbarer Helfer im wissenschaftlichen Kampfe gegen den „pölnischen Münchhausen“ erschienen. Offendowski, der soeben erst von einem Ausflug nach Innerafrika zurückgekehrt ist, hatte sich bereit erklärt, mit Soen Hedrin in Berlin die Mongolische Frage in öffentlichem Palaver durchzunehmen. In Paris hat dieser Lage aber bereits die erste Offendowski-Prüfung stattgefunden. Als Examinator fungierte besagter Dr. Montandon und es wohnen der fraglichen Angelegenheit als Zuhörer die „großen Tiere“ der französischen Wissenschaft (Duhamel, Bernot u. a.) bei. Ganz durcheinander ist ja der schwergeprüfte Offendowski nicht, aber es wurde in einem Protokoll festgestellt, daß Offendowski Buch keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebe, sondern Erlebnisse, Geschehnisse, Gebärden und Zusammenfassungen verarbeite. Dr. Montandon blieb auch am Schluß dieses Kampfes dabei, daß Offendowski nie in Tibet gewesen sein könne. Wie dem aber auch sein mag: sicher ist, daß seit dem Tode, da der Dr. Martin Luther gegen jenen Maier, der sich Johann Eck nannte, vom Leber zog, eine so frisch-fröhliche Disputation noch nicht dagewesen ist. Wobei jedoch nicht verschwiegen werden darf, daß Ferdinand Offendowski auch sehr beachtliche Jünger hat, die an ihn glauben.

Soen Hedrin hat nach dem Ausfall dieser Disputation weitere für überflüssig erklärt.

Der Direktor Angerstein aus Haiger, der Mörder seiner Familie, ist Jungdo-Mitglied und nach seinen eigenen Erklärungen deutschnational.

Wir erklären, daß es uns vollkommen fern liegt, aus dieser Tatsache irgendwelche politische Schlüsse zu ziehen. Keine Partei ist dagegen gesichert, daß sich in ihre Reihen ein Verbrecher einschleicht oder daß ein Parteimitglied, das sich bis dahin tadellos geführt hat, eines Tages ein ungeheuerliches Verbrechen begeht. Hätten wir für unseren Kampf gegen die Deutschnationalen kein besseres Material als diesen politisch wertlosen „Fall Angerstein“ — wahrhaftig, wir würden uns selbst bedauern.

Aber eine Frage sei erlaubt! Wenn sich nun etwa herausgestellt hätte, daß dieser Angerstein nicht ein frommer Protestant, nicht ein Jungdo-Mann, nicht ein Deutschnationaler, sondern ein Sozialdemokrat gewesen wäre — was würde wohl die deutschnationale Propaganda aus diesem Fall Angerstein gemacht haben!

Münzdiebstähle in Thüringen.

Weimar, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Seit längerer Zeit werden aus dem Münzkabinett in Weimar und Rudolstadt wertvolle Münzen vermisst, die fast plötzlich im Privathandel erscheinen. Den Ermittlungen der Erfurter Kriminalpolizei gelang es, den Dieb in der Person des Verwalters der Staatlichen Münzammlung in Rudolstadt, eines deutschnationalen Rittmeisters a. D. Bette, zu verhaften. Bette hat Münzdiebstähle begangen, deren Wert in die Hunderttausende geht. Die Diebstähle erstrecken sich über einige Jahre. Der Rittmeister und Verwalter des Rudolstädter Münzkabinetts hat bereits in der Untersuchungshaft ein Geständnis abgelegt. (Auch für diesen Fall gilt das oben für den Fall Angerstein Gesagte. Red. d. „A.“)

Deutschnationaler Wahlschwindel.

Die Kandelaberrede.

Gen. Fritz Ebert jun. schreibt uns:

Den Deutschnationalen muß es augenblicklich schlecht gehen, denn sonst hätten sie es nicht notwendig, in der bisher geübten verlogenen Weise ihre Wahlpropaganda zu üben.

Bei der Rückkehr von einer Agitationsreise finde ich die gesamte Rechtspresse in großer Aufregung über eine angeblich von mir gehaltene „Mordrede“. Danach soll ich bald in Krossen a. d. Oder, bald in Striegau, bald in Bobersberg am 24. v. M. erklärt haben:

„Sie von der Rechten sind ja nur durch die von uns geübte Toleranz in der Lage, so aufzutreten. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, es gibt noch Kandelaber.“

Soviel Worte, soviel Lügen! Der Sachverhalt ist folgender: Ein deutschnationaler Diskussionsredner griff in meiner Versammlung am 24. v. M. in Bobersberg in Ermangelung anderer Argumente die Volksbeauftragten ziemlich heftig an und knüpfte daran die Frage, wer denn diese Volksbeauftragten gewählt habe, woher sie das Recht nähmen, sich Volksbeauftragte zu nennen. Darauf erwiderte ich im Schlußwort: Die Volksbeauftragten seien von denen gewählt worden, die sich nicht — wie die Deutschnationalen im November 1918 — feige ins Maulloch verkrochen, sondern den Mut aufbrachten, sich der hereinbrechenden Katastrophe entgegenzustellen und Deutschland wieder zu normalen Verhältnissen zurückzuführen.

Wenn Sie heute wieder so auftreten können, wie Sie es tun, dann verdanken Sie das nur unserer Popolität. Denn Kandelaber gab es genug und die Macht hatten wir auch. Aber unsere Duldsamkeit gegenüber dem politischen Gegner ist eben größer als die Ihrige.“

Aus diesen Worten macht die deutschnationale Lügenpresse nun eine „Mordrede“, und die deutschnationale Partei gibt aus diesem Anlaß sogar ein illustriertes Flugblatt heraus. Aber auch dieser neue Wahlschwindel wird die deutschnationale Partei nicht vor ihrer Niederlage am 7. Dezember bewahren können.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen wurden am Donnerstag in Rom mit den üblichen Reden feierlich eröffnet.

Gesellschaftsspiel.

Von Hans Bauer.

Wir wissen noch, wie es um 1916 war. Da tobte die furchtbare Schlacht um Verdun. Da war der Höhepunkt des Krieges, rasender Kanonenaktord. Vor Thiaumont, Bouz, Douaumont, den Panzerfesten, sank Deutschlands Blüte in die Erde. Und überall wurde Haß gelehrt: „Haß des Herzens und Haß der Stirn . . .“ In Dugenden von Manifesten von ganz oben wurde das Kriegsergebnis als blutig ernste Austragung nationalen Lebenskampfes geschildert, in dem der geschlossenen Rasse der Deutschen die anderen gegenüberständen. Schühengrabenfreundschaften wurden als unsittlich hingestellt. Die physischen Internationalen der ältesten Geschäftsverbindungen und der Gewerkschaften hatte schon der erste Tag des Krieges zerbrochen; aber auch die seelischen Internationalen der Kunst und der Wissenschaft waren zerbrochen worden. Die Uebernationalität, die Außerzeitlichkeit der Molière, Shakespears, Tolstoi wurde in den Zwinger des aktuellen Tageshaders gepfercht.

Rachträglich stellt sich nun doch heraus, daß alles nicht gar so schlimm war, daß die blaue Blume der internationalen Freundschaft auch im grauigsten Schlachtenesend geblüht hat. Man möchte, wie man das so hört, zuerst meinen, daß also doch wohl hinter dem Rücken der Regierung ein besonders internationaler Arbeiterführer mit einem französischen Gesinnungsfreund in Gedankenaustausch standen hat, oder daß ein großer Mann der Kunst, zu weisern, um geheimeste Negungen immer vom Granatengesteiß überdröhnen zu lassen, mit einem Großen jenseits der Grenze sich im Geiste berührt hat.

Nein, so nicht. Aber der liebe Mann im weißen Weihnachtsbart, der gute Admiral Tirpich, war es, der auch im schrecklichsten Kriegsfrühjahr zu einem Engländer herzliche Beziehungen unterhielt. Zu einem, der im Herzen ein Deutschenfreund war und nur durch Zufall in England lebte? Nicht doch: Tirpich's Freundschaft galt dem Großadmiral Fisher.

Diese Freundschaft muß überaus innig gewesen sein. Es ist jetzt ein Brief bekannt geworden. — Tirpich selbst hat ihn veröffentlicht —, den der englische Admiral am 29. März 1916 an den „lieben alten Tirps“ schrieb. „Alter Knobe“ wird der Admiral darin genannt und „Kollege“, und ein „Kopf hoch“ wird ihm, „dem alten Jungs“, zugerufen und ihm geschmeichelt, daß er „der einzige deutsche Seemann sei, der sich auf den Krieg verstehe“.

Der englische Admiral übertreibt da gewiß, aber was sagt man nicht alles einem, den man leiden kann und von dem man gelitten wird. „Wohlan denn, der Übrige“ schließt der Brief, und man merkt es, wie die beiden sich in die Augen gucken: als Feinde selbstverständlich, aber doch nur als solche, wie es zwei Fußballspieler auch sind. Die kämpfen miteinander und nutzen die Chancen aus und suchen

Nationalsozialistische Versammlung.

Von Ricodemus Rinkpink.

Am 23. Oktober 1924, wenn die achte Stunde bammelt, Ist die Nationalsozialistische Arbeiterpartei zum Wahlspeech ver- Auf das Podium hat sich ein Kandidat gesetzt, Hammett. Der ist zu hundert Prozent geistig verortet. Nachdem der Versammlungsteiler Botans Segen erzieht, Propaganda er in längerem Strohgebell — Und dabei schwingt er die Präsesglocke — Teutonisch stahert die blonde Locke —, Daß die Partei fest wie Salz steht Und daß es so mit Deutschland nicht weitergeht.

Darauf beginnt ein Referat à la italienischer Salat, Von Dams-Bien und Dorsch-Höfling. Und daß nur der Nationalsozialismus aus dem Schiamassel führt, Bis ein Zwischenrufer konstatiert, Daß sich bereits die Vögel hängen. Und dann hört man von Pflichtbewußtsein und Treue reden — Dabei erinnert einer an Hindförm, den Schweden.

Hierauf erfolgt ein großes Gelächter. Und jetzt beginnt er als Judenschächter. Klein die Juden hätten die Macht, Von den Juden würde das schlechte Wetter gemacht, Und im Sommer die vielen Fliegen, Das müßte auch an den Juden liegen, Und daß man ihm den Verstand anommen, Das sei auch von den Juden gekommen; Die machten sonder solche Sachen. Endlich biegt sich der Saal vor Lachen. Darauf hebt er zum Hülferhauer die Hände, Und dann — — — ist der Sermon zu Ende.

Nachdem man fünf Minuten gepaukt Wird in der Diskussion der ganze Schwindel zerhaut. Lügen und Verleumdungen werden ihnen amüßig beschneigt, Wozon sie kein Botan, kein Hülser reinigt. Kurz, seit des alten Reichskaisers Zeiten War das die größte aller Viechen. Und alles schied mit dem Bewußtsein von diesen Knaben, Für 20 Pfennig noch in keinem Zirkus so gekrätzt zu haben.

Bert Brechts Marlowe-Bearbeitung im Staatstheater. Nachdem Bert Brecht, der revolutionäre Dramatiker, das moderne Theater tüchtig zertrommelt hat, zieht er sich auf das Altentell zurück und bearbeitet den ehrwürdigen Christian Marlowe, des erlauchteren Shakespeares Vorgänger, Inspirator und Aneignenossen. Brecht wählte Marlowes Eward II., die großartige Vätergestalt. Was von ihm und dem literarischen Großvater ist, muß noch untersucht werden. Doch heute sei schon festgesetzt, daß am Staatstheater mächtige Rollen durchzuführen waren. Und die Schauspieler freuten sich offenbar, daß sie soviel Arbeit hatten. R. S.

Im Geist der Versöhnung!

Eine Erklärung der Rheinlandkommission.

Köln, 4. Dezember. (Eca.) In einer soeben veröffentlichten Erklärung der Rheinlandkommission heißt es: „Die Interalliierte Rheinlandkommission hat beschloffen, im Geiste der Versöhnungspolitik und unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände eine bestimmte Anzahl von Verordnungen ihrer Diktanden aufzuheben oder abzuändern. Sie hat besonders folgende Maßnahmen getroffen:

1. Deutsche Gesetze und Vorschriften werden in Zukunft in fast allen Fällen gleichzeitig in den besetzten Gebieten wie im übrigen Deutschland in Kraft treten.
 2. Personen, gegen welche Ausweisungsbefehle vorliegen, werden in Zukunft über den Grund der Maßnahme informiert und sollen gehört werden.
 3. Das Einspruchsrecht der Kommission aus Gründen der Sicherheit der alliierten Armeen gegen die Anstellung deutscher Beamter wird nur dann ausgeübt, wenn die betr. Beamten über die Gründe des Einspruchs informiert sind und ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, ihre Verteidigung zu unterbreiten. Dasselbe Recht wird auf Entlassungen zugestanden.
 4. Urteilsprüche auf Gefängnisstrafen werden in Zukunft außerhalb Deutschlands nur dann vollstreckt, wenn ein besonderer Beschluß vorliegt.
 5. Eine Verordnung über Vorgehen gegen Kaufleute wegen Wucher ist aufgehoben worden.
 6. Die Kommission hat bestimmte Verordnungen betr. Eingreifen in Angelegenheiten der Versicherungsgesellschaften als nicht mehr nötig aufgehoben.
 7. Dasselbe gilt für eine Verordnung betr. private postalfache Unternehmungen.
 8. Bestimmte Gerichtsberichte werden nicht mehr von den deutschen Behörden verlangt werden.
 9. Die Kommission hat ebenfalls ihre Lokalvertreter beauftragt, Eingaben wegen Aushängens von Fahnen, besonders bei religiösen, nationalen, vereinspolitischen und anderen Festlichkeiten in möglichst entgegenkommender Weise zu berücksichtigen.
- Die Rheinlandkommission kündigt weiter an, daß sie außerdem gewisse weitere mildernde Maßnahmen mit Rücksicht auf die Presse und den Schutz der Persönlichkeit in Erwägung zieht.

Rathusius und die Deutschnationalen.

Notwendige Feststellungen.

Amlich wird gemeldet:
In verschiedenen Zeitungen, u. a. in der „Niederdeutschen Zeitung“ und in der „Magdeburger Tageszeitung“ (Nr. 275 vom 30. November 1924), wurde eine Notiz veröffentlicht, nach der das Telegramm, das Reichsaussenminister Dr. Stresemann an die Gattin des Generals v. Rathusius nach seiner Freilassung gerichtet hat, von der Familie des Generals als eine Beleidigung empfunden worden sei. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß Frau v. Rathusius sich nach Empfang des Telegramms in herzlichster Weise bei dem Reichsaussenminister bedankt hat. Nachdem Frau v. Rathusius jetzt von den erwähnten Presseartikeln erfahren hat, hat sie folgendes Schreiben an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann gerichtet:

„Zu meinem größten Erstaunen lese ich in Nr. 275 der „Magdeburger Tageszeitung“ vom 30. November 1924, daß Euer Excellenz Telegramm an mich als Beleidigung von meiner Familie und meinem Mann empfunden worden ist. Da meine Familie nur aus meinem Mann und meiner verheirateten Tochter in Albeck besteht und wir uns beide und auch mein Mann sehr freuen, daß er wieder zu Hause war, möchte ich gern diese Unwahrheit berichtigen. Ich freue mich sehr über das Telegramm von Eurer Excellenz und bedanke mich heute nochmals dafür. Eurer Erzellenz sehr ergebene
gez. Ray v. Rathusius.“

Somit die amtliche Feststellung. Dem kann noch hinzugefügt werden, daß sich die Scherl-Presse, die bekanntlich eine Aufrührung des Generals als Grund für sein Fernbleiben von der deutschnationalen Versammlung angegeben und diese angebliche Tatsache zu einer widerlichen antirepublikanischen und chauvinistischen

Ein Mittelmeerfilm. Der Film als Reporter und Populärkater wird, weil die sogenannten Kulturfürer kein sehr gutes Geschick sind, leider nicht genug gepflegt und doch ist es zumeist ein ungetriebener Genuss, den der rein referierende Film gewährt. Der neue Mittelmeerfilm „Lava“, der in den Usa-Kammertheatern vorgeführt wurde, hat außerdem den Vorzug, einige der landschaftlich und kulturhistorisch gesonnenen Teile der Erde zu behandeln. Das Vorgebiet um den Vesuv und den Aetna nimmt er als Ausgangspunkt, um uns die Tätigkeit der Vulkanen, die stets in diesen Gebieten lauernden Gefahren des schwarzen, alles vernichtenden Todes vor Augen zu führen. Mancher Besuchsbesitzer hat nicht den zehnten Teil von dem zu sehen bekommen, was dieser Film bietet: den fliehenden Lavaström und den Dampfweihen ausstößenden neuen (kleinen) Kraterkegel. Aber erfreulicherweise beschränkt sich der Film nicht auf die unheilvollen Mächte. Er zeigt uns den Menschen im zähen Kampf gegen sein Schicksal, immer aufs neue von der Lava überdeckten Boden wieder der Kultur zu gewinnen. Den Bildern von dem Leben der Bewohnerschaft schließen sich andere aus dem Volkleben Neapels an, das in seiner ganzen südlichen Lebendigkeit, voll seiner Kontroste, vor uns erleuchtet. Ein Besuch in der toten Stadt (Pompeji), ein Ausflug nach dem mit allen Landschaftswundern ausgestatteten Capri folgen. Und dann Skizzen als Fruchtarten und Träger großer Kulturvergangenheit (Vesuvius), als Wüste und Ruinenstätte (Selinunt, Sorbus). Der Aetna wird bestiegen und die erschütternde Transie des Meffinas erlebt. Teormino, die herrliche, steigt auf. Zum Schluß werden wir Zeugen eines großen Thunfischlances, der die großen, blinkenden Delphine als willkommenen Beute des mörderischen Menschen zeigt.

Der an herrlichen Bildern und interessanten Aufnahmen reiche Film könnte durch Einfügung instruktiver Karten und einiger wissenschaftlicher Ergebnisse der Besichtigung noch gewinnen. Und warum fehlt dieses?

Der „Mönerher Jichte-Georgina 1879“ gibt am 7. nachm. 31. Uhr, in der Bildharmonie ein Konzert unter Mitwirkung des Wälder-Direktors und der Solisten Della v. Schmidt-Schweizer. Karten (1,20, 2,50 u. 3,00) an der Kasse und bei H. Weiskamp erhältlich.

Die deutsche Schule in Moskau. In Moskau ist eine deutsche Schule mit deutscher Unterrichtssprache ins Leben gerufen worden. Sie zählt zurzeit 121 Schüler. Die Schule soll zu einer neunklassigen Unterrichtsanstalt ausgebaut werden. Mit ihr hat das Deutschland in Rußland, das noch immer 2 Millionen Seelen beträgt, eine wichtige Förderung seiner Kulturinteressen erhalten.

Ducanis Bräutigam. Am Ralkänder Dom gelebrierte Erzbischof Loh die Brautleute für Ducanis im Gegenwart der Behörden und einer unermesslichen Aufmerksamkeitsmenge. Ein eindrucksvolles Gefolge, darunter die Spitzen der Behörden und die Abordnungen der Schulen, begleitete die Braut durch die Straßen, die auf Hochmut besaß waren, zum Friedhof. Die Heiratung war durch den Unterrichtsminister Gollat vertreten; ihm folgten die Bürgermeister von Mailand und von Ducca, sowie eine Anzahl anderer hervorragender Persönlichkeiten. Die kirchlichen Rite Ducanis wurden unter militärischen Ehren vorläufig in der Geist der Familie Töpcanli beigestellt.

In 64 Stunden durch die Sahara. Während man früher mit dem „Schiff der Wüste“, dem Kamel, drei Monate brauchte, um die Sahara zu durchqueren, ist es jetzt einer Gesellschaft gelungen, in zwei gewöhnlichen Prallwagen von Colomb-Bechar nach Gao, also quer durch die Sahara, in 64 Stunden zu gelangen.

Hehe mißbraucht hatte, genötigt sich, eine Erklärung des Generals abzugeben. In der gefagt wird, daß „nicht nur Gesundheitsrückichten“ für sein Fernbleiben ausschlaggebend waren. Es genügt, diese Tatsachen festzustellen, um zu zeigen, mit welchen Mitteln im schwarzweißen Lager gearbeitet wird.

Der Fall Loeb als Wahlmache.

Die Objektivität der thüringischen Regierung.

Weimar, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses gegen den Finanzminister v. Klühner wegen der Entlassung des Staatsbankpräsidenten Loeb glaubte die Rechte neues Material zur Belastung des Genossen Loeb und zur Entlassung des Ministers v. Klühner beibringen zu können durch die Verlesung dreier Schreiben des ehemaligen Finanzministers Genossen Hartmann an die Staatsbank, in denen Vorhaltungen über die Geschäftsführung gemacht werden. Das Vorgehen der Rechte im Untersuchungsausschuss muß als Wahlmache bezeichnet werden. Der deutschnationalen Vorherrscher des Ausschusses unterließ es, das wesentlichste Schreiben, das die Staatsbank entlastet, zu verlesen. Dadurch wurde in der bürgerlichen Presse ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen gegeben. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des Ausschusses verlangt Genosse Loeb, endlich vor den Ausschuss geladen zu werden, um den jetzt aufgetretenen falschen Behauptungen entgegenzutreten zu können. Er wendet sich in diesem Schreiben gegen die Art und Weise, wie aus dem Schriftverkehr einzelne Briefe herausgegriffen werden. Das Schriftstück des Finanzministeriums, in dem ausdrücklich bestätigt wird, daß das Finanzministerium der Staatsbank keinen Vorwurf machen wolle, hatte der Berichterstatter im Ausschuss mit Absicht nicht vorgelesen. Den bürgerlichen Parteien, die noch in letzter Stunde durch die Angelegenheit Loeb zu einer Wohlparole kommen wollten, dürfte durch die Entgegnung des Genossen Loeb ein Strich durch die Rechnung gemacht worden sein.

Milde Justiz gegen rechts.

Deutschnationalen dürfen sich erregen.

Vor dem großen Schöffengericht hatte sich am Donnerstag der verantwortliche Redakteur der „Kreuzzeitung“, Fernandes, wegen Beleidigung und übler Nachrede zu verantworten. Im Anschluß an eine stürmische Landtagsitzung im Juli d. J. hatte der Angeklagte einen Schimpfsartikel gegen den Landtagsabgeordneten Genossen Kutiner geschrieben, der deswegen Strafamtorg stellte und als Nebenkläger der Verhandlung beimohnte.

Vor Gericht verzichtete Herr Fernandes von vornherein auf die Führung eines Wahrheitsbeweises für seine ehrabschneiderischen Behauptungen, dagegen zitierte er in langer Folge Bruchstücke aus dem „Vorwärts“, der „Glocke“ und anderen sozialistischen Blättern, die zwar vom Nebenkläger nicht verlesen waren, durch die aber Herr Fernandes zu seinen Angriffen gereizt worden sein will.

Der Nebenkläger wies darauf hin, daß der Angeklagte selber zu glauben scheint, daß man die Justiz durch politische Beeinflussung mittels tendenziöser Zitate aus der Bahn des Rechts ablenken könne. — Jedenfalls hatte der Angeklagte mit seiner Methode Erfolg, denn das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Beleidigung in zwei Fällen und übler Nachrede in weiteren zwei Fällen zu lediglich 20 Mark Geldstrafe, weil der Angeklagte in politischer Erregung gehandelt habe.

Hoffentlich findet sich nun auch einmal ein Gericht, das einem sozialdemokratischen Redakteur politische Erregung zugute hält. Erstweilen scheint nur die Rechte ein Recht auf politische Erregung zu haben.

Der Barmat-Kummel.

Was man den kommunistischen Lesern alles zumuten darf.

Daß es um die Sache der Kommunisten sehr schlecht steht, das lehrt das Ergebnis aller Einzelwahlen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, zur Genüge. Deshalb braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die KPD in ihrer Hilflosigkeit und Verzweiflung zu den blödesten Waffen greift, um der Sozialdemokratie in letzter Stunde noch Abbruch zu tun. Der kommunistisch-deutschnationalen Barmat-Kummel ist ein Musterbeispiel dieser toptlosen Versuche, das Verhängnis aufzuhalten, das am 7. Dezember über die kommunistische Partei hereinbrechen wird.

Die KPD legt irgend etwas Ehrenrühriges gegen Barmat vor? Wir warten darauf, daß die kommunistische und die mit ihr verbündete deutschnationalen Presse irgend etwas Derartiges nachweisen oder auch nur behaupten wird. Würde eine einigermaßen begründete Behauptung dieser Art aufgestellt werden, so könnte man sich damit sachlich auseinandersetzen. Aber auch dann würde damit noch immer nichts gegen die Sozialdemokratie als Partei und auch nicht einmal gegen diejenigen unserer Parteigenossen, die mit diesem holländischen Industriellen und Bankier bekannt sind, bewiesen sein. Aber bisher ist nicht einmal der Versuch unternommen worden, eine solche Anschuldigung gegen Barmat zu erheben.

Die „Rote Fahne“ macht es sich aber sehr leicht. Im Zusammenhang mit der vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter angeordneten Festnahme des Regierungsrats Bartels sind gegen mehr oder minder einwandfreie Geschäftsleute russischer Herkunft — Holzmann, Kutischer und von Stein — Dinge aufgedeckt worden, die auch für die deutschnationalen Zeitung der Preussischen Staatsbank belastend sind. Die Staatsbank hat ihnen Kredite ohne die nötige Deckung und für zweifelhafteste Spekulationsgeschäfte erteilt, und hat dabei, wie es scheint, auch Verluste erlitten.

Nun haben auch einzelne Industrieunternehmen, bevor sie dem Barmat-Konzern angegliedert wurden, Kredite von der Preussischen Staatsbank erhalten. (Uebrigens, selbst wenn diese Kredite für große Unternehmen mit mehreren Tausend Arbeitern nach deren Übernahme durch den Barmat-Konzern erteilt worden wären, so wäre auch nichts dabei, denn dazu ist doch die Staatsbank da.)

Die kommunistische Methode kennen wir: der Massenmörder Haarmann lebt in Hannover, der Oberpräsident Roste lebt auch in Hannover — folglich schreibt man: System Haarmann-Roste. Oder: der Regierungsrat Bartels war im Polizeipräsidenten tätig, der Polizeipräsident ist ein Sozialdemokrat, der Minister des Innern ist ebenfalls ein Sozialdemokrat — folglich schreibt man: System Richter-Bartels-Severing. Oder endlich: Holzmann machte mit Kutischer zweifelhaftes Geschäft, Kutischer erhielt ungenügend gedeckte Kredite von der Staatsbank, einzelne Werke des Barmat-Konzerns hatten auch Kredite von der Staatsbank erhalten — folglich schreibt man: Kutischer-Barmat, obwohl die beiden nicht das entfernteste jemals miteinander zu tun hatten.

It also der kommunistische Anti-Barmat-Kummel für denkende Menschen absolut sinnlos, so ist es aber durchaus verständlich, wenn die deutschnationalen Presse den Freßzug der „Roten Fahne“, wie immer, mit Wohlmut mißfällt, um sich ebenfalls in ihrer Verzweiflung über das nahe Verhängnis vom 7. Dezember

dieses unsauberen Kampfmittels gegen die Sozialdemokratie zu bedienen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Großunternehmer, der nicht mit der deutschnationalen oder volksparteilichen Industriellen-Clique durch Dieb und Dünne geht, sondern mit Sozialdemokraten verkehrt und mit der Arbeiterbewegung tätig sympathisiert, mit allen Mitteln bekämpft werden muß.

Und die Moral von der Geschicht? — wenn man von Moral bei diesem kommunistisch-deutschnationalen Dreck überhaupt noch reden kann: die Gegner der Sozialdemokratie pfeifen auf dem letzten Loch, und es ist ihnen kein Schwindel, den sie gemeinsam aufziehen können, plump genug, um nicht damit in letzter Stunde noch zu versuchen, ein paar naive Gemüter mit der altbewährten Taktik des Untertischen zu betören. Es wird ihnen aber doch nichts nützen!

Sozialistischer Wahlgruß aus Frankreich.

Am Donnerstag traf beim Parteivorstand der SPD. folgendes Telegramm aus Paris ein:

An den Sozialdemokratischen Parteivorstand,
Berlin, Lindenstraße 3.

Am Vorabend der deutschen Reichstagswahlen sendet die Sozialistische Partei Frankreichs der Deutschen Sozialdemokratie ihre aufrichtigsten Siegeswünsche.

Der Weltfrieden hängt in hohem Maße von dem Erfolg ab, den Ihr nach einem harten Kampfe erringen werdet. Wir sehnen Euren Erfolg aus ganzem Herzen herbei und senden Euch unsere brüderlichen Grüße.

Generalsekretariat der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Hitler-Putsch und die Schweiz.

Eine Erklärung der Schweizer Regierung.

Gen., 4. Dezember, Mitternacht. (Eigener Drahtbericht.) Die hierher übermittelten Meldungen des „Vorwärts“ über die Umtriebe reichsdeutscher Hakenkreuzler in der Schweiz haben großes Aufsehen hervorgerufen und werden in der ganzen Presse besprochen. In der amtlichen Darstellung des Bundesrats (wir lassen sie weiter unten folgen. Red. d. „Vorw.“) fällt besonders auf, daß sie sich über alle anderen Punkte als über den in die Angelegenheit verwickelten höheren Schweizer Offizier vollkommen ausschweigt. Morgen, Freitag nachmittag, wird im Nationalrat eine Interpellation über diese Sache eingebracht werden.

Die Schweizerische Depeschagentur erklärt zu den Mitteilungen des Soz. Pressedienstes über die Beziehungen schweizerischer Offiziere zum Hitler-Putsch:

Vor einigen Monaten sind dem Bundesrat Berichte zugegangen, in denen behauptet wurde, Hitler hätte sich in der Schweiz aufgehalten, sei während längerer Zeit bei einer bekannten Persönlichkeit zu Gast gewesen und habe von dieser zur Unterstützung seines Unternehmens Geldbeträge in beträchtlicher Höhe erhalten. Ferner wurde gesagt, daß mit einer Abordnung aus Tirol über die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes in jenem Gebiet verhandelt worden sei.

Nach dem Befund der Bundesanwaltschaft kommt ein strafrechtlich verfolgbare Tatbestand nicht in Betracht. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß eine der angeblich beteiligten Persönlichkeiten ein Kommando in der Armee bekleidet, hat der Bundesrat das Militärdepartement beauftragt, den betreffenden Offizier über den Sachverhalt zu vernahmen. Bei seiner Einnahme hat dieser Offizier die Richtigkeit der Tatsachen, die ihm zur Last gelegt worden sind, in allen Teilen bestritten und selber verlangt, daß durch eine Untersuchung seine Auslagen nachgeprüft werden. Diese Untersuchung ist vom Militärdepartement durchgeführt worden und hat ergeben, daß die Darstellung des genannten Offiziers vollständig richtig ist. Es wurde festgestellt, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unbegründet sind und kein dort beanstandetes Verhalten einwandfrei war und zu keinen Ausgehungen Veranlassung geben könnte.

Der Bundesrat hat von dem Ergebnis dieser Untersuchung in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen und das Militärdepartement angewiesen, dies sowohl dem in Frage kommenden Offizier als auch seiner vorgehenden Kommandostelle zur Kenntnis zu bringen.

Das alles gilt nur von einem beschuldigten Offizier. Von den sonst genannten Personen sagt die Schweizerische Depeschagentur nichts!

Sadoul verhaftet.

Paris, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige französische Hauptmann Sadoul wurde am Donnerstag vormittag in Paris auf der Straße verhaftet. Er war im Besitz eines falschen Passes.

Paris, 4. Dezember. (E.P.) Die Kammer hat heute nachmittag mit 545 gegen 29 Stimmen auf Verlangen der Regierung beschlossen, die Diskussion der Interpellation (Roman) André Bertons über die Verhaftung Sadouls auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Auf eine Anfrage des genannten Abgeordneten, ob der Hauptmann Sadoul provisorisch auf freien Fuß gesetzt werde, erklärte Herrriot, daß nur das Kriegsgericht, das Sadoul verurteilt habe, eine Maßnahme dieser Art beschließen könnte. Die Regierung wünsche nicht, irgendeine Erklärung abzugeben, die als eine Intervention der Regierung in einer Justizangelegenheit ausgelegt werden könnte.

Kraffin in Paris eingetroffen.

Paris, 4. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der neu ernannte russische Botschafter in Paris, Kraffin, ist am Donnerstag vormittag in der französischen Hauptstadt eingetroffen. Seine Ankunft wurde von den Kommunisten zu einer Kundgebung benutzt, an der etwa 1000 Personen teilnahmen.

Wann wird Köln geräumt?

Das hängt vom Militärkontrollbericht ab.

London, 4. Dezember. (W.B.) Zur Frage der Räumung der Kölner Zone erzählt Reuter von gutunterrichteter Seite, daß die britische Regierung noch keine Entscheidung über die Räumung, die nach den Bedingungen des Pariser Vertrages am 10. Januar 1925 stattfinden müsse, habe herbeiführen können. Die ganze Angelegenheit schwebt noch in der Luft, da sie eine internationale Frage darstelle und nur durch Beratungen zwischen Großbritannien und seinen Alliierten endgültig geregelt werden könne. Auch könne eine endgültige Entscheidung nicht getroffen werden, bevor die Interalliierte Kontrollkommission, die gegenwärtig den Stand der deutschen Rüstungen prüft, ihren Bericht vorgelegt habe. Das genaue Datum der Räumung hänge von Deutschlands gutem Willen in der Reparationsfrage und in der Entwaffnungsfrage ab. Was den ersten Punkt anbetreffe, so habe ihm Deutschland durch die Ausführung des Dawes-Planes genügt. Zum zweiten Punkt sei zu bemerken, daß die Inspektion durch die alliierten Behörden während eines beträchtlichen Zeitabschnitts, nämlich während der Ruhrbesetzung unmöglich gewesen sei. Die kurze Zeit, die seit Wiederaufnahme der Inspektion vergangen sei, genüge nicht, einen ausführlichen und klaren Bericht über die Frage der deutschen Entwaffnung vorzulegen.

Die Rückkehr zum Achtstundentag.

Durch den Kampf der Gewerkschaften.

Die Arbeitgeber wenden sich in immer neuen Kundgebungen gegen den Achtstundentag. Sie verlangen, daß mindestens die Arbeitszeit der Vorkriegszeit wiederhergestellt wird. Daher Ablehnung jeder internationalen Bindung, keine Anerkennung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland. Dem deutschen Spießherd wird bange gemacht. Das Drängen der Gewerkschaften nach Sicherung des Achtstundentages muß dadurch vereitelt werden, daß der Einfluß der Sozialdemokratie im kommenden Reichstag nicht zu stark wird.

Auch die Kommunisten greifen im Wahlkampf besonders heftig die freien Gewerkschaften an. Diese hätten den Arbeiter „verrotten“, den Achtstundentag „preisgegeben“ und tun nichts, um hinsichtlich der Arbeitszeit die physischen und kulturellen Interessen der Arbeiter zu sichern. Helfen könne nur der Kommunismus und seine „direkte Aktion“, von der freilich kein Kommunist zu sagen weiß, was er sich darunter vorstellt.

Gegenüber solchen Angriffen von rechts und links läßt man am besten trockene Zahlen reden. Der ADGB ließ im Mai dieses Jahres durch die Ortsausschüsse im ganzen Reich eingehende Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit

durchführen. Diese Erhebungen, die sich auf sieben der größten und wichtigsten Industrien erstreckten, haben die Ortsausschüsse Ende November wiederholt. Das erste Ergebnis dieser statistischen Umfrage liegt soeben vor. Da sich der Ortskreis der beiden Erhebungen im wesentlichen deckt, sind wichtige Vergleichszahlen gewonnen, die anzeigen, was die Gewerkschaften leisteten.

Die Novemberstatistik ergibt folgendes Bild:

	Zahl der erfaßten Beschäftigten	Dauer der arbeitszeitlichen 48 Stunden wöchentlich	In Prozenten der Beschäftigten	Vergleichszahl der Erhebung Anfang Mai 24: über 48 Stunden wöchentlich arbeiteten in Proz. der Beschäftigten
Baugewerbe	240 207	25 152	10,5	11,0
Buchdruckgewerbe	59 447	15 775	26,5	49,4
Chemische Industrie	150 669	58 469	38,8	44,0
Holzgewerbe	161 780	32 373	13,8	21,4
Metallindustrie	1 324 846	703 849	53,1	63,5
Schuhindustrie	61 124	4 962	8,1	14,5
Textilindustrie	861 543	238 644	27,8	32,4
Insgesamt	2 359 616	1 069 224	45,3	54,7

Es ist also die Zahl der mehr als 48 Stunden wöchentlich Arbeitenden erheblich gesunken. Dies trifft für alle sieben Berufsgruppen zu. Besonders stark im Buchdruckgewerbe, wo im Mai noch fast die Hälfte der Beschäftigten über 48 Stunden arbeiten mußte, jetzt nur noch ein Viertel. In der Metallindustrie ist die Zahl um mehr als 10 Proz. gesunken. Die Textilindustrie, in der die Arbeitszeit besonders häufig 48 Stunden überschritt, zeigt einen Rückgang von 82,4 auf 66 Proz. Ge-

Die Kosten der Erwerbslosenversicherung.

Die Arbeitgeber wehren sich gegen die Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Erwerbslosenversicherung wegen der hohen Kosten, die sich daraus ergeben würden, da die Vorauszahlung der Bedürftigkeit in Wegfall käme und jeder Versicherte auch ein Recht auf Unterstützung hätte. Zu dieser Frage nimmt Dr. Gustav Böhm, Regierungsrat im Bayerischen Staatsministerium für Sozialfürsorge, in Nr. 27 des „Reichsarbeitsblattes“ Stellung. Den eingehenden Darlegungen entnehmen wir folgende Ausführungen:

„Das Bayerische Landesamt für Arbeitsvermittlung hat einer Reihe von nach Größe und wirtschaftlicher Struktur ihrer Bezirke typischen Arbeitsämtern und Fürsorgestellen die Frage vorgelegt, um wieviel sich der Aufwand der Erwerbslosenfürsorge durch den Wegfall der Bedürftigkeit als Voraussetzung der Unterstützung vermehren würde.“

Die Antworten sind folgende: Vier großstädtische Arbeitsämter schätzen den Mehraufwand auf 4,5–5 v. H., 7–8 v. H., 6,8 v. H. und 5–8 v. H. Drei Arbeitsämter von mittleren Städten geben 1,10 und 2,5 v. H. als voraussichtlichen Mehraufwand an, während von zwei Arbeitsämtern in ausgesprochenen ländlichen Bezirken das eine 5, das andere 50 v. H. Mehraufwand annimmt; dabei sind aber gerade die Angaben des letzten Arbeitsamtes mit Vorsicht zu verwenden. Es wird hier Unterstützungsbewerbern aus landwirtschaftlichen Kreisen gegenüber mit besonderer Schärfe vorgegangen, die aber auch nach Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung durch eine strenge Auslegung der übrigen Voraussetzungen in vielen Fällen wird festgehalten werden können. Der Schwerpunkt dürfte bei etwa 7,5 v. H. liegen. Aber selbst wenn man diese Schätzung vorsichtshalber verdoppelt würde, bleibt zu beachten, daß sich der Verwaltungsaufwand durch den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung sicher um die Hälfte vermindern würde. Nimmt man einen durchschnittlichen Verwaltungsaufwand von nur 10 v. H. an, so dürfte sich die Nettomehrbelastung durch den Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung auf höchstens 10, vielleicht auf nicht mehr als 5 v. H. stellen.

Wird somit auf der einen Seite der Mehraufwand der Erwerbslosenfürsorge im Falle des Wegfalls der Bedürftigkeit als Voraussetzung der Unterstützung gewaltig überschätzt, so wird auf der anderen Seite unerschütterlich völlig übersehen, daß eine Reihe von anderen Bestimmungen des Versicherungsgesetzes gegenüber den entsprechenden Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorgeordnung eine beträchtliche Minderung des Aufwandes zur notwendigen Folge haben. Die Grenzen gegenüber der Wohlfahrtspflege sind in der Erwerbslosenfürsorge naturgemäß noch nicht so scharf gezogen wie sie in einer Versicherung gezogen werden müssen, und die Gemeinden, die bei ihrem Einfluß auf den öffentlichen Arbeitsnachweis noch heute tatsächlich als Vollzugsorgane der Erwerbslosenfürsorge angesprochen werden können, haben es in langjähriger Praxis teilweise vorzüglich gelernt, die Erwerbslosenfürsorge soweit als möglich zur Entlastung der Wohlfahrtspflege, deren Kosten sie jetzt zu tragen haben, heranzuziehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist vor allem die Dauer der Unterstützung zu betrachten. Nach den Bestimmungen des Versicherungsgesetzes ist der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft, wenn innerhalb

sechsechzig Tagen der sieben Berufe ist, daß von fast 2 1/2 Millionen Arbeitnehmern jetzt nur noch etwas über 1 Million über 48 Stunden arbeiten. Dabei sei bemerkt, daß alle kurzarbeitenden Betriebe bei der Zählung ausgeschlossen wurden.

Die Novemberstatistik des ADGB zeigt, daß die Gewerkschaften imstande gewesen sind,

mit großem Erfolg den Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu führen.

Als die Gewerkschaften durch den einseitigen Währungsverfall im Vorjahre finanziell im höchsten Maße geschwächt wurden und die Gewerkschaftsmitglieder durch die Leiden in der Inflationszeit völlig erschöpft waren, glaubte das Unternehmertum die vorübergehend erlahmte Stoßkraft der Gewerkschaften zu einem groß angelegten Streik gegen die Arbeitszeit nutzen zu können. Unter dem Stichwort: „Gegen den schematischen Achtstundentag“ steuerte man auf den Zehnstundentag los. Die Erhebung des ADGB im Mai zeigte, daß diese Absicht nicht gelang. Die Gewerkschaften bildeten trotz der Schwächung durch den Währungszusammenbruch einen wirksamen Wall. Die jetzige Erhebung zeigt, daß es den Gewerkschaften im steten Kampf gelang, die Arbeitszeit wieder herabzudrücken, trotzdem die riesenhafte Arbeitslosigkeit diesen Kampf stark hemmte. So sieht der „Verrat“, das „Preisgeben“ der Gewerkschaften in der Praxis aus. Aber die Gewerkschaften kämpfen

gegen drei Fronten.

Gegen die Arbeitgeber, die um jeden Preis den Achtstundentag beseitigen wollten, gegen die Arbeitslosigkeit, die das Streben der Arbeitgeber stark stützte, und zugleich gegen die Gewerkschaftspaltung der Kommunisten. Es muß angesichts der Erfolge der Gewerkschaften, die unter so schweren Vorbedingungen erzwungen wurden, die Frage gestellt werden: Was wäre möglich gewesen, wenn nicht die Parolen von Rostau die Einheit und den Zusammenhalt der Mitglieder gestört hätten. Was wäre möglich gewesen, wenn die Millionenmasse der deutschen Gewerkschafter nur das eine Ziel im Auge gehabt hätte: Unrecht und Untragbares vom deutschen Arbeiter fernzuhalten?

Die neue Statistik zeigt auch, daß das Verlangen der Arbeitgeber nach Verlängerung der Arbeitszeit unberechtigt ist. Die Unternehmer erklären in ihrer Wahlpropaganda für die Rechtsparteien, daß die deutsche Wirtschaft auf lange Zeit hinaus abhängig sei von langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen. Die Gewerkschaften haben bewiesen, daß der Aufbau mit der Durchführung des Achtstundentages sehr wohl möglich ist.

Die Wähler werden am 7. Dezember die Konsequenzen zu ziehen haben. Für den Achtstundentag, für die Zustimmung zum Washingtoner Abkommen, das den Achtstundentag auf internationaler Grundlage sichert, gegen die Gegner der Sozialpolitik, aber auch gegen die kommunistischen Elemente, deren Phantasereien und Parolen den wirklichen Klassenkampf unmöglich machen.

der letzten 24 Monate Unterstützung für insgesamt 26 Wochen gewährt ist. Ist der Anspruch erschöpft, so wird die Arbeitslosenunterstützung erst dann wieder gewährt, wenn der Arbeitslose in 24 Monaten vor dem Eintritt der Arbeitslosigkeit neuerdings mindestens 26 Wochen lang in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gefanden hat. Zwar kann auch hier der Reichsarbeitsminister bei besonders unzulänglichem Arbeitsmarkt die Höchstdauer der Unterstützung verlängern, allein schon die regelmäßige Höchstdauer beträgt nur die Hälfte derjenigen Zeitspanne, die sie jetzt umfaßt. Nach der letzten Statistik sind ein Sechstel der in Bayern unterstützten Erwerbslosen sogenannte langfristige, d. h. über sechs Monate unterstützte. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der größte Teil dieser Personen in einer Versicherung nicht mehr unterstützt werden könnte. Schon daraus ergibt sich eine entsprechende Minderbelastung. Eine noch größere Rolle als die Verkürzung der Unterstützungsdauer an sich wird aber die Verschärfung der Voraussetzungen für den erneuten Bezug der Unterstützung durch Ausgewerkerte spielen.“

Der Verfasser weist mit seinen Ausführungen auf den Entwurf des Versicherungsgesetzes hin. Wie dieses schließlich gestaltet wird, hängt wesentlich von der Zusammenfassung des neuen Reichstags ab. Es wird vor allem davon abhängen, daß gewisse Härten vermieden werden gegenüber denen, die unversichert länger arbeitslos als bezugsberechtigt sind. Darüber zu wachen, wird Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, von deren Stärke auch ihr Einfluß abhängt.

Die Lohnbewegung der Töpfer beendet.

Eine neuartige Ferienregelung.

Die Ofenheer Berlins hatten, wie bereits berichtet, als ihre letzte Lohnvereinbarung am 31. Oktober abließ, neue Forderungen gestellt. Die geforderten Lohn- und Akkordlöhne entsprachen dem Friedenslohn mit einem Aufschlag von ungefähr 30 bis 35 Proz. Diese Forderung wurde von den Unternehmern abgelehnt. Der angerufene Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin sprach den Töpfern 120 M. Sundenlohn bzw. 110 Proz. bei Akkordarbeiten zu. Daneben sollte eine Handwerkszeugentschädigung von 2 1/2 Proz. des Tariflohnes gezahlt werden. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Verbindlichkeitsklärung, die vom Baugewerksbund beantragt worden ist, wurde von dem Schlichter Groß-Berlins abgelehnt. Es trat nun ein tarifloser Zustand ein. In den Verhandlungen machte sich eine starke Streikimmung bemerkbar; doch als bekannt wurde, daß die Sonderorganisation der Syndikalistinnen gegen den Streik war, konnte die nach dem Statut notwendige Zweidrittel-Mehrheit bei der Abstimmung nicht erreicht werden. Schließlich wurde der Fraugruppenleitung erneute Vollmacht gegeben, zu verhandeln und ev. abzuschließen, da schließlich — wie die Meinung der Versammlung war — ein immerhin etwas niedrigerer Lohn dem tariflosen Zustand vorzuziehen sei. In einer Verhandlung am 3. d. M. kam nach langen Schwierigkeiten endlich folgende Vereinbarung zustande:

„Der Minimalstundenlohn wird auf 1,15 M. festgesetzt. Bei Akkordarbeiten werden 105 Proz. des am 1. September abgeschlossenen Akkordtarifes gezahlt. Außerdem erhält jeder Ofenheer

pro Woche 1,30 M. als Handwerkszeugentschädigung. Diese Vereinbarung tritt am 5. Dezember in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. März 1925. Diejenigen Firmen, die in der Zeit vom 1. November bis 4. Dezember höhere Löhne und Akkord-Prezentlöhne gezahlt haben, dürfen für diese Zeit die mehr gezahlten Summen nicht in Abzug bringen.“

Weiter kann berichtet werden, daß ab 1. Januar 1925 ein Ferienvertrag in Kraft tritt, welcher für ganz Deutschland abgeschlossen wurde. Im wesentlichen sind die Bestimmungen so, daß nach 40 Wochen Arbeit Ferien gewährt werden. Da der Wochel der Ofenheer bei den einzelnen Firmen ein prozentual sehr hoher ist, hat man sich geeinigt, daß jeder Arbeitgeber in eine Ferienkarte Marken in Höhe von 2 1/2 Proz. des verdienten Lohnes pro Woche einlegt. Sobald die Ferienkarte voll gefüllt ist (nach 40 Wochen), erhält der betreffende Ofenheer die Summe ausgezahlt. Die Zahl der Tage der Ferien wird erst dann nach der ausgerechneten Gesamtsumme geteilt durch acht Stundenlöhne. Bei 40 Wochen erhält der Arbeiter also genau sieben Tage Lohn. Die Ofenheer sind angewiesen, sich sobald wie möglich im Bureau des Baugewerksbundes zu melden, damit ihnen schon vor dem 1. Januar die Ferienkarte ausgehändigt werden kann.

Die Lüge von der schlechten Arbeitsleistung.

Jede Lohnforderung der Arbeiterschaft wird von den Unternehmern mit der Behauptung bekämpft, die Arbeitsleistung sei zu gering, um die erhöhten Löhne tragen zu können. Oft genug haben wir auf die Widersinnigkeit der Behauptung hingewiesen und darauf, daß niedrige Reallohne für die Wirtschaft schon deshalb keinen Vorteil bringen können, weil sie damit den Absatz der Industrie und zugleich die Beschäftigung der Unternehmungen untergraben. Die Unternehmer untereinander scheinen allerdings zumeist anderer Meinung zu sein, als es die Sünden ihrer Verbände und die diesen Denkchriften über die Arbeitszeitfrage wahr haben wollen. Unbestreitbar ist, daß ganz allgemein in den letzten Jahren die Leistung der Arbeiterschaft wesentlich gestiegen ist. Was besonderem Interesse ist es daher, wenn der jetzige Leiter des Stinnes-Montan-Konzerns, Edmund Stinnes, in der Generatorenversammlung der Hugo Stinnes-Kiebed-Montan- und Delwerke L.-G. ausführte:

„Jedoch hier möchte ich betonen, daß die Verwaltung der Hugo-Stinnes-Kiebed-Montanwerke mit ihren Arbeitern und Angestellten bezüglich ihrer Arbeitsleistung durchaus zufrieden sein kann und daher auch Lohn- und Gehaltserhöhungen vor wenigen Tagen gut bewilligt werden konnten.“

Hier ist also einmal offen zugestanden, daß von minderer Arbeitsleistung nicht die Rede sein kann. Damit ist auch die Fabel, daß allgemein der Wirkungsgrad der Industrie heute geringer sei als in anderen Zeiten, erledigt. Es wird in Wirklichkeit keinen ehrlichen Unternehmer geben, der die steigende Leistung bestreiten wird.

Es ist immerhin merkwürdig, daß heute selbst führende Unternehmer an diesen Tatbestand nicht mehr vorbeikönnen. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die zwingende Pflicht, in starken Organisationen sich zusammenzuschließen und durch die Stärkung ihrer politischen Macht weiter um ihre Besserstellung zu kämpfen, unbetruet um das Gerede mancher Unternehmer, die für den geringeren Leistungsgrad ihrer Werke die Arbeiterschaft anstatt die unzulängliche Organisation der Betriebe verantwortlich machen wollen.

Keinliche Schikane gegen den Angestelltenrat.

Die kaum bekannte Metallfirma Julius Pinisch AG. ersucht als Beklagte vor dem Gewerbegericht in einer Angelegenheit, die ihr keiuliches Verhalten gegenüber der Betriebsvertretung in greller Beleuchtung legt.

Der Angestelltenrat hatte die Firma ersucht, ihm einen Raum zu überlassen zur Abhaltung einer Betriebsversammlung, in der das Thema besprochen werden sollte: „Was bedeutet die Kündigung des Tarifvertrages für die Angestellten der BWM-Betriebe.“ Die Firma erklärte sich zur Herabgabe eines Raumes bereit unter der Bedingung, daß kein Vertreter einer Gewerkschaft an der Versammlung teilnehme. Der Angestelltenrat weigerte sich, diese Bedingung zu erfüllen, weil sie dem Betriebsratsgesetz widerspricht. Er hielt die Versammlung außerhalb des Betriebes ab und forderte von der Firma die Bezahlung der Saalmiet im Betrage von 15 M. Da die Firma die Zahlung verweigerte, klagte der Angestelltenrat beim Gewerbegericht. Die Firma bestreitet die Zuständigkeit des Gewerbegerichts und beauftragte, für diese Streitfrage sei der Gewerbe- und in zweiter Instanz der Polizeipräsident zuständig. Damit kam die Firma aber nicht durch. Das Gewerbegericht erklärte sich für zuständig. Zur Sache machte dann die Firma den Einwand, sie habe schon vor der Versammlung erfahren, daß in der Versammlung Angelegenheiten erörtert werden sollten, die keine Betriebsangelegenheiten seien und nicht zu den Aufgaben des Angestelltenrates gehören. Beweisen könne sie das allerdings nicht, weil sie ihren Gewährsmann nicht als Zeugen angeben wolle.

Das bedeutet also: Die Firma läßt den Angestelltenrat — vielleicht auch den Arbeiterrat — bespödeln und will ihren Spieß nicht dreizehen.

Wie nicht anders zu erwarten war, kam das Gericht zu dem Beschluß: Die Klagen des Angestelltenrates für den Versammlungsraum sind berechtigt. Die Firma muß also zahlen und hat mit ihrer keiulischen Schikane gegen den Angestelltenrat eine Barmage erlebt.

Graphisches Gewerbe. Heute ab 5 Uhr nachmittags im Restaurant **Denning**, Alexandrinenstr. 44, Abholung von Werbematerial. Wichtigen unsere Funktionen, dafür zu sorgen, daß für jeden Betrieb Abholung erfolgt. Besondere Einladung erfolgt nicht mehr.

Der graphische Werbewerksbund. J. A.: Otto Fiedler, SPD, **Wanderer** des 8. Bezirks (Kreuzberg), Sonnabend abend 7 1/2 Uhr Bezirkskonferenzversammlung bei Rusk, Hermannstr. 6, Ecke Reinholdstr. Wichtige Tagesordnung, niemand darf fehlen.

Der Fraktionsvorstand.

Beamtenschaft für Politik: Ernst Kessler; Wirtschaft: Bruno Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Felix Salernus; Reichstag: Dr. John Schilowski; Soziale und Sozialisten: Fritz Kersch; Auswärtige: Dr. Blode, sämtlich in Berlin. Berlin: Norddeutsche-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Norddeutsche-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 2, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und „Die Wählerin“.

Ein milde und sicher wirkendes **Abführmittel** sind **San-Rat Dr. Strahls Hauspillen**, seit dem Jahre 1851 weltbekannt. Auch bei Hämorrhoidal-, Leber- und Gallensteinleiden vorzüglich bewährt. Von Ärzten u. Patienten glänzend begutachtet. In Originalschachteln à Mk. 1.— u. 2.— zu haben in den Apotheken, wo nicht, franko Nachnahme durch Elefant-Apothek, Berlin SW., Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des **Deutsch. Musiker-Verbandes**. Annahmestellen: Rosenthaler Str. 14 (Norden 4719), Bernburger Str. 30 (Nollend. 647).

Neu! **WENESTI 3-4 SCHERIF**

Jackett-Anzüge 30, Ulster 28, Damenmäntel 25 M.

Extra-Angebote in Pelzwaren: Kreuzfische 10. gebt., Ziegen 15, Sportpelz: 35, Gehpelze 125, Pelzmäntel, Pelzjacken, ferner Teppiche, Wäscse, Gardinen, Schuhe usw. — **enorm billig** — im **Leihhaus Moritzplatz 58a** Lombardstraße.

Diener des Publikums.

Zur Psychologie des weihnachtlichen Ladentisches.

Das Zeitalter des Hochkapitalismus hat für den größten Teil unserer Zeitgenossen recht unflätliche Sitten zur Folge. Das gesteigerte Luxusbedürfnis der Menschen zog eine ungeheure Steigerung der Produktion nach sich und die daraus resultierende Notwendigkeit schnellster Verbreitung der Waren schuf ein Verkaufssystem, das rein organisatorisch an sich bewundernswert, im Hinblick aber auf die trotzdem herrschende Not der Massen grotesk erscheinen muß. Diener am Werk im Eßsinn des Wortes sind nur wenige, die meisten sind nur Bediener ihrer Wertherren. Trotz „Gewinnbeteiligung“ und anderer illusionärer Werte wird dieser Zwiespalt, der hier noch deutlicher als überall in Erscheinung tritt, erst mit dem Sozialismus überwunden werden können.

Die „wissenschaftliche Seite“.

Der Verkäufer muß genau so ein Meister in seinem Fach sein, wie der Hersteller der Ware selbst. Diese theoretische Forderung ist praktisch nur selten erfüllt, denn wir wissen, daß die Berufswahl junger Menschen aus proletarischen Kreisen, und diese stellen hier vor allen Dingen das Hauptkontingent, nicht nur von der Frage der Eignung und der Liebe zur Tätigkeit, sondern auch von materiellen und anderen Erwägungen aus entschieden wird. Gewiß hat gerade in der Frage zielgerichteter Schulausbildung die Sozialdemokratie eine ganze Menge erreicht, aber niemand wird sich in der Illusion wiegen, daß das Bildungsmonopol der besitzenden Klassen bereits gebrochen wäre. Wenn frühmorgens Tausende und aber Tausende sich in der U-Bahngrund- und Stadtbahn drängen, wenn ebenso viele

den weniger Bedürfnissen, deren Befriedigung sie sich zur Aufgabe gemacht haben, auch vollkommen gerecht werden zu können. Solche Spezialgeschäfte sind beispielsweise Buchhandlungen, Handarbeitsläden, Schuh- und Schirmgeschäfte usw. Die Bedarfsartikelgeschäfte erweitern den Kreis der von ihnen geführten Warengattungen, beschränken sich aber dafür in der Auswahl. Sie genügen damit einer ganzen Reihe von Bedürfnissen, die meistens in einem gewissen inneren Zusammenhang stehen. Die erweiterte Form des Bedarfsartikelgeschäfts ist das Warenhaus. Nimm ein Warenhaus im Westen Berlins, im Zentrum, im Norden — überall bietet sich dir im wesentlichen dasselbe Bild. Schon beim Eintritt schlägt dem Besucher ein betäubender Dunst von noch Rohem, bereits Verarbeiteten, von Unschönem und Edlem entgegen, eine Fülle von Eindrücken, die auf ihn einströmen, kann er in seinem Gehirn nur mühselig ordnen, und ein Meer von Licht blendet seine Augen. Schwer fällt es ihm in Zeiten regen Geschäftsbetriebs in der schier endlosen Gängen vorwärtszukommen, und wenn er das Haus verläßt, brummt ihm der Kopf, und er wundert sich, daß er denen, die ihr Beruf den ganzen Tag in den bunten Stapelbau zwingt, nichts maschinenmäßig denkt.

Acht Stunden sehen.

Sie haben es wirklich nicht leicht, die „Ladentischler“, wenn man sie so nennen darf, acht Stunden, wenn nicht länger, müssen sie ihre Zeit im wesentlichen stehend, laufend, kletternd und sich bückend verbringen, unruhig, häufig übertrieben mißtrauischer Kontrolle, mit knapp bemessener Mittagspause und sehr schlecht entlohnt. Wirkliche Berufsfreude ist deshalb gerade hier nur selten zu finden, aber es ist anzunehmen, daß sie bereits dann in stärkerem Maße vorhanden wäre, wenn auf die fachliche Ausbildung des Verkaufspersonals, das übrigens in den großen Warenhäusern ungefähr zu vier Fünfteln aus Damen und nur zu einem Fünftel aus Herren besteht, mehr Wert gelegt werden würde. Die Unternehmer betrachten ihr Personal gewissermaßen als eine Maschine; sie öfen sie nur unzulässig und wundern sich dann, wenn sie schnell genug kauft. „Es herrscht Mangel an guten Verkaufskräften“, klagte einer der Personalchefs, mit denen ich sprach, er sollte sich öfters mit denen, die er noch hat, unterhalten, dann würden ihm die Gründe klar werden. Gerade aus der persönlichen Unterhaltung gewinnt man hier den Eindruck großer Resigniertheit und fernerhin die Ueberzeugung, daß auch da, wo bei der Postenbesetzung nach dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ vorgegangen wird, die freie Bahn eine sehr schmale Bahn ist, auf der sich nur sehr wenig Tüchtige vorwärts bewegen können. Schief angesehen von den Kollegen wird mit Recht der, der sich „beim Alten“ „lieb Kind“ macht, indem er andere „verpeht“, um einmal im Jargon zu reden — das ist die Verkäuferwelt von der Rehrseite.

Verkäufer und Publikum.

Verkäufer und Publikum — das ist überhaupt ein Kapitel für sich, manchmal heiter, manchmal ernst, oft auch beides, immer jedoch lebensecht, so daß es auch oft in Romanform erweiterte Ausgestaltung durch bekannte Schriftsteller erfährt. Publikum heißt zu deutsch Öffentlichkeit, und der „öffentliche Mensch“, ein Topos, der im Gegenstand zur Persönlichkeit in erschreckendem Maße sich vermehrt, ist ebenso nervös wie diese selbst. Erst in den Wänden seiner Wohnung wird der „öffentliche Mensch“ genießbar, tritt er in Schwärmen auf, sich dabei in ein Stück Publikum verwandelnd, so sind seine Opfer zu bedauern. Hilflos ist der Verkäufer gegebenenfalls ihm preisgegeben, und der Ladentisch schüttet vor Strafe nicht, falls der Schuh zu eng ist, das Kleid nicht paßt oder der Kaffee nichts taugt. Kommen da drei Jungen in die Abteilung Zunderwaren. „Ja möcht 'n Viertel Sahnbondons.“ Die Verkäuferin klettert nach dem obersten Regal und macht das Verlangte fertig. Der zweite: „Ja möcht ooch 'n Viertel Sahnbondons.“ „Du daselbe?“ fragt die Verkäuferin den dritten, indem sie den zweiten bedient. „Ree, id nich“, antwortet der dritte und fügt, nachdem alles erledigt ist, hinzu: „Ja möcht 'n halbes Viertel Sahnbondons.“ Uebrigens: Kinder als Käufer tut selten gut — weder den Kindern, die „für das Geld“, falls sie es nicht unterwegs verloren haben, mit Vorliebe das Verlehrte verlangen, noch dem Verkäufer, der dann betamntlich stets „schuld“ ist, nach den meist elterlichen Auftraggebern. Dann gibt es

direkte und indirekte Beschwerden, Zusammenstöße und Tränen, und es ist nur allzu verständlich, wenn dem Verkäufer jeder der „meadow“, wie es sachmännisch heißt, zunächst einmal unsympathisch ist.

Lauter Tag — „Stille Nacht“.

Selbst wenn die Spezies der „Mederer“ nicht existierte, führen die Verkaufsstellen kein beneidenswertes Dasein, jetzt aber vor Weihnachten tatsächlich ein bedauerndes. Der gewiß romantisch-schöne Gedanke, wie wundervoll es doch ist, Vermittler freudelustiger Ueberraschungen zu sein, kann gar nicht zur Entlastung



kommen bei der Hast, in der gerade in dieser Zeit naturgemäß gearbeitet werden muß. Romantik kann leicht nur der ausbrüten, der sorglos ist, der im Dienst des Kapitals stehende Proletarier ist es indes selten. Eine Dame kauft für ihr kleines Tochterchen Puppen und andere Spielsachen in Hülle und Fülle, die Verkäuferin fragt sich dabei vielleicht sorgend, ob sie für das Kind, das heute noch in ihrem Herzen trägt, wird die nötigste Wäsche kaufen können. Keine Zeit, keine Zeit! Weiter, der Nächste! Sie wünschen bitte? — Große Kunden, kleine Kunden, sie fragen, sie suchen, sie kaufen, sie tauschen, Betrieb von morgens bis abends, Zwischenbruch sollen auch noch hin und wieder die Bestände geordnet und neuankommende Waren verstaubt werden, die Verkaufsgegenstände müssen mit Preisen ausgezeichnet und die Fenster dekoriert werden, Sonderwünsche äußert der Chef, und wer sie nicht respektiert, der „steigt“ — nach Neujahr.

Gerade zu Weihnachten wird es ja ganz besonders deutlich, daß der Beruf des Verkäufers nicht nur proletarisch ist in seinen mak-



den Mut besitzen, mit der Straßenbahn zu fahren, dann befinden sich in diesem Heer der Arbeit auch unendlich viel „junge Leute“, die ihre Tagesarbeit in den zahlreichen Spezial- und Bedarfsartikelgeschäften zu erledigen haben. Die Spezialgeschäfte führen nur wenige Warengattungen, halten diese aber in der reichsten Auswahl vorrätig, um

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Ueber O'Briens Schuld bestand kein Zweifel. Bertram kannte ja die Einzelheiten. Natürlich vom gewissen Standpunkt aus war er kein gemeiner Mörder, und wenn die Iren verlangten, daß solche Gefangene wie Kriegsgefangene behandelt werden müßten, so könnte er, Lavington, als Soldat ihnen eigentlich nicht unrecht geben, das Ganze war ein schmutziges Geschäft. Scheußlich! Schlimmer als Krieg.

Er würde selbst den Vorstehenden des Gerichtshofes anhängeln.

Bertram hörte auf die abgebrochenen Telephonantworten wie auf das Schicksal. „Dort der Vorstehende? Hier Oberst Lavington. Wegen des O'Brien, im Muntjoo-Gefängnis, der morgen gehängt werden soll. Sein Schwager, Major Bolland, ist auch hier. Sie wissen schon. Telegramme von London? Spezialbericht? Also glauben Sie nicht? Muß stattfinden? Ausschub unmöglich? O, bedaure, Sie gestört zu haben. Um 6 Uhr morgen früh? Ja, Ihre Teilnahme? Danke, Herr. Schluß.“

„Keine Hoffnung?“
„Nein, das haben Sie wohl leider schon aus meinen Antworten verstanden. Die Gerechtigkeit muß ihren Lauf nehmen und so weiter. Es tut mir Ihretwegen und Ihrer Schwester wegen schrecklich leid.“

Er war voll wunderbarer Höflichkeit und Teilnahme, aber das konnte O'Brien nichts nützen.

Die Hinrichtung findet um 6 Uhr statt? Im Muntjoo-Gefängnis? Ja. Es würden starke Wachen aufgestellt sein. Bertram dankte dem Oberst, gab ihm die Hand und ging. Sein Kommen war vergebens gewesen. Wo seine Schwester wohnte, ahnte er nicht. Und vielleicht war es besser so. Was konnte er ihr sagen? Wie sollte er sie trösten?

32.

In jener Nacht schlief er ein bißchen auf dem Stuhle seines Hotelzimmers. Zu Bette ging er nicht. Um 4 Uhr morgens wachte er steif und fröstelnd auf. Etwas trieb ihn dazu, nach dem Muntjoo-Gefängnis zu fahren. „Die Szenen, die an solchen Hinrichtungstagen um das Gefängnis vor sich gehen, sind haarsträubend.“ hatte Oberst Lavington gesagt. Was für Szenen? Er wollte sich überzeugen.

Er fand einen rumpelnden Wagen und gab dem Kutscher die Weisung, ihn zum Muntjoo-Gefängnis zu fahren.

„Heut hängen sie Dennis O'Brien“, sagte der Mann. „Gottes Fluch über sie!“

Um das ganze Gefängnis waren starke Truppen gezogen. Panzerwagen standen aufgeföhren und ein Scheinwerfer war auf die dicke Menge von Wartenenden gerichtet, welche die ganze Nacht dort ausgeharrt hatten. Es waren meistens Frauen und Mädchen mit Tüchern um den Kopf. Sie waren gekommen, von jeder Klasse, jedem Alter, und zwischen ihnen bewegten sich Priester, welche die Vitane des Rosenkranzes anstimmten.

Wieder und wieder in endloser Wiederholung murmelte die auf den Steinen knieende Menge:

„Heil Dir, Maria voller Gnaden,

Der Herr ist mit Dir.

Heilige Maria, Mutter Gottes,

Bitt' für uns arme Sünder

Jetzt und in der Stunde unseres Absterbens! Amen.“

Und zwischen jedem Laut erhob sich ein anderer Laut. Der unheimlichste, schrecklichste Laut aus Menschenmund, den Bertram je gehört hatte. Es war das Klagen der Frauen. Wie der Schrei der Banhee, des irischen Gespenstes, das er in seiner Kindheit so gefürchtet hatte, klang es. Der Schrei schwoll an und sank in rhythmischem Stöhnen von all diesen Frauen, die zum Himmel Häupter und Hände hoben, wie ein griechischer Chor. Der Scheinwerfer suchte die Reihen der emporgewandten Gesichter ab, als wollte er ihre leidenschaftlichen Seelen erforschen. Zwischen den Bergen der Vitane und der Klage der Frauen erhoben sich einzelne Stimmen in kurzen Ausrufen und Gebeten:

„Heilige Mutter Gottes! Süßer Jesus, erbarme dich seiner! — Christus, stehe ihm bei in der Todesstunde! — Heiliger Joseph, tröste ihn! — Gott helfe ihm!“ —

Die Soldaten in Feldausrüstung standen bewegungslos da. Ab und zu stieß einer jemanden aus der Menge scharf, aber ohne Brutalität mit dem Kolben zurück. Bertram war in eine Gruppe von Frauen eingekleidet. Als sie niederknieten, fühlte er sich als einziger aufrechtstehender Mann zwischen ihnen so auffallend, daß er gleichfalls niederkniete. Er beugte den Kopf, als die Gebete wieder anfliegen für eine arme Seele, die in kurzem von dem Stricke des Hängers in die Ewigkeit geschleudert werden sollte. Schrecklicher Gedanke! Dennis O'Brien war sein Kriegskamerad gewesen, und noch

vor ein paar kurzen Wochen hatte er mit Susan in Bertrams Zimmer in Holland Street gefessen.

„Heilige Maria, Mutter Gottes,

Bitt' für uns arme Sünder

Jetzt und in der Stunde unseres Absterbens! Amen.“

Zum tausendsten Male stiegen diese Worte von der knieenden Menge auf. Eine Frau dicht neben Bertram fiel ohnmächtig auf die kalten Steine. Andere beugten sich über sie, um ihr beizustehen. Ein Mädchen weinte laut, ein Junge, fast ein Kind noch, beendete sein Gebet mit dem Fluch: „Zur Hölle mit England!“

Hier in der Menge war vielleicht auch Susan und weinte und betete für ihren Mann. Als der Scheinwerfer wieder aufleuchtete, suchte Bertram schnell in den Gesichtern, aber ihres war nicht darunter. Ueber den Gefängnismauern kroch das Dämmerlicht in den Himmel. Plötzlich durchbrach ein silberner Streif die schwarzen Wolken. Die Menge sah es, und je näher die Stunde der Hinrichtung rückte, desto lauter und verzweifelter erhob sich die Klage der Frauen.

„Christus, habe Erbarmen mit ihm!
Herr erbarme dich seiner!“

Eine Glocke begann zu läuten. Ein Priester stellte sich auf irgendeine Erhöhung und sprach einige Worte zur Menge. Bertram aber konnte sie nicht verstehen. Irgendwo schrie eine Frau laut auf. Alle Köpfe waren gebeugt und eine tiefe Stille senkte sich, wie es Bertram dünkte, lange auf die Menge hernieder, bevor das Murmeln der Gebete sich wieder erhob. Die Dämmerung kroch weiter, der Himmel war grau, und es begann zu regnen.

Bertram fühlte, wie die scharfen Steine in seine Knie schnitten. Er war schwach vor Hunger und fühlte sich elend, kalter Schweiß brach ihm auf der Stirn aus, er begann zu altern, seine Gedanken verwirrten sich. Dennis O'Brien, Eulans Mann!

Welches Jahr schrieb man denn? 1921? Nach dem großen Kriege! Zivilisation! Friede! Die Selbstbestimmung der Nationen! Freiheit! Was wohl Joyce jetzt tat? Was war dies ganze Trauerpiel, das Leben? Wo war Gott? Wo war Susan hier in der Menge? O Jesus! Der silberne Streif nahm zu und die Spigen der Gefängnismauern hoben sich scharf gegen den Himmel ab.

(Fortsetzung folgt.)

riellen Bedingungen, sondern auch in seiner Weise an sich. Zu verkaufen, ohne zu besitzen, ist ebenso tragisch, wie zu produzieren, ohne zu besitzen. Wann stehen die Bedenken offen aller, die arbeiten? Wann ist die Beschäftigung „hinter'm Badentisch“ Dienst am freien Menschen?

Auf dem Flettner-Schiff.

Eine Probefahrt in der Kieler Bucht.

Anton Flettner, der Erfinder des Windkraftschiffes, über dessen Aufbau feinerzeit im „Vorwärts“ berichtet wurde, hatte zu einer Vorführung des Rotor Schiffes in Kiel eingeladen. Aus allen Teilen Deutschlands waren Vertreter der Presse, Fachleute usw. erschienen, um das neueste Wunder der Technik zu sehen. Die Vorführung stand unter keinem guten Stern. Nebel hüllte den Kieler Hafen weit und breit ein und der Regen trug mit dazu bei, den trübenden Eindruck zu verstärken. Gefahren wurde aber trotzdem.

Weit draußen, auf der Kieler Förde schwamm das Rotor Schiff, lange bevor die geladenen Gäste — es waren ihrer nur zu viele — sich an der Landungsbrücke in der Nähe des Bahnhofes versammelten. Alle, die gekommen waren — es sollen über 800 gewesen sein — wurden auf dem „Bubenden“ untergebracht, jenem Dampfer, der längere Zeit den Dienst zwischen Swinemünde und Billau versah. Dort ging es in langsame Fahrt hinaus aus dem Kieler Hafen, vorbei an der Germania-Werft und der Deutschen Werft bis dorthin, wo die Ufer der Kieler Bucht den Blicken gänzlich entzogen sind, dort wo das Frotierschiff „Riel“ seine Rebellsignale drohend ertönen läßt. Dort entdeckte man endlich nach gespanntem Anblick die unbestimmten Formen des Flettner-Rotor Schiffes. Die „Bubenden“ stoppte. Die ganze Zuschauerflut strömte nach Bord, um den ersten Wandern des geheimnisvollen Flettner-Schiffes folgen zu können. Während die „Bubenden“ eine letzte Schallotze bekam, näherte sich die „Budau“, das Windkraftschiff, dessen Entfaltung den ganzen Aufwand verursacht hatte. So ungünstig wie das Wetter an sich war, so unglücklich war auch der Wind. Er hatte knapp zwei Sekundenmeter. Alle Seefahrer behaupteten, daß damit ein Dreimastschoner von der Größe des Rotor Schiffes „Budau“ sich kaum von der Stelle bewegen würde, ein anderer behauptete natürlich das Gegenteil. Es ist bemerkenswert, daß zum Vergleich nicht ein Segelschiff von der Größe der „Budau“ zur selben Zeit vorgeführt wurde. Immerhin fuhr die „Budau“ am Winde mit etwa 3 bis 4 Knoten Geschwindigkeit. Dann machte sie eine Wende, und später eine halbe, die durch Einlegen eines Turmes bzw. entgegen gesetztes Drehen der Lärme bewerkstelligt wurden. Nachdem die „Budau“ die „Bubenden“ umfahren hatte, ging sie in schneller Fahrt dem Binnenhafen zu. Hierbei jedoch wurde die Hilfsmaschine, die schon vor dem Umbau im Schiff war, in Betrieb gesetzt. Flettner selbst behauptete, daß die geringe Windstärke keinen besseren Eindruck der Vorführung vermitteln konnte. Die Meinung der Fachleute war geteilt. Während die einen begeistert von der neuen Sache sprachen, verhielten sich andere abwartend. Insbesondere Kapitän König, der Führer des früheren Sonder-U-Bootes „Deutschland“, sprach sich in sehr anerkennenden Worten über die Vermittlungsmöglichkeiten der „Budau“ aus. Auch die Besatzung der „Budau“ ist mit dem Schiff zufrieden. Flettner selbst brennt darauf, mit der „Budau“ Sturmschiffe zu machen, um so die Ueberlegenheit des neuen Typs schonend zu beweisen. Immerhin, wenn man annehmen möchte, daß ein Segelschiff alten Schafes von der Größe des Flettner-Schiffes mit derselben Geschwindigkeit gefahren wäre, wie bei der Vorführung am 3. Dezember, so wäre damit schon die Ueberlegenheit des neuen Typs dargelegt. Denn es sind bei dem Flettner-Schiff zahlreiche Gefahrenquellen ausgeschaltet, zum anderen benötigt es eine wesentlich geringere Besatzung. — Nachdem die „Budau“ und die „Bubenden“ am Kai festgemacht hatten, fand eine Besichtigung des Rotor Schiffes statt.

Wie sie lügen!

Propagandasfahrten am Wahltag.

Einige rechtsstehende Blätter veröffentlichen eine förmliche Anfrage an den preussischen Minister des Innern, Seegering, ob es wahr sei, daß der Polizeipräsident von Berlin „sämtlichen Kameradschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ am Wahltage geschlossene Umzüge mit Musik und Fahnen gestattet habe, während anderen Organisationen Veranstaltungen und Umzüge verboten werden. — Wie der „Amliche Preussische Presseblatt“ hierzu erzählt, ist diese Nachricht falsch. Der Berliner Polizeipräsident hat vielmehr allen Parteien, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, am Wahltag sogenannte Propagandasfahrten auf Lastautos oder Wagen mit Musik, Musik und Fahnen gestattet, unter der Bedingung, daß bei dieser Gelegenheit keine Ansprachen gehalten werden.

Anlagen gegen die Charlottenburger Wasserwerke.

Man schreibt uns aus Siedlerkreisen:
Früher war es den Wasserwerken sehr lieb, wenn sich recht viele Abnehmer meldeten, und an Ertragsentkommen fehlte es nicht. Fast alles wurde dem Verbraucher an Anlagen zur Wasserentnahme bis zum Grundstück umsonst geliefert. Heute rechnet man anders. Heute darf der Wasserabnehmer nur zahlen. Für Zustimmungsarbeiten rechnet man bei Neuanlagen dem Siedler „3000 Mk.“ Zuschuß für 1 Kilometer. Dabei behauptet die Direktion, das sei der geringere Teil der Unkosten, der größte Teil (?) werde von den Werken getragen. Dazu kommt nun noch der Anschluß zum Grundstück, hierfür werden augenblicklich gefordert: für 14 Meter 240 Mk., für 12 Meter 210 Mk., für 4 Meter 104 Mk., d. h. in letzterem Fall für einen laufenden Meter 26 Mark. Ist der Gartenbesitzer gezwungen, seinen Wassermesser im Winter abnehmen zu lassen, so berechnet man ihm augenblicklich 7 Mk. dafür. Dazu kommt noch eine Gebühr bis zur Wiederanstellung von 5 Kubikmeter gleich 1,80 Mk. pro Monat. Es werden, wie es scheint, bei allen Arbeiten die höchstmontagelöhne von 2,10 Mk. für die Stunde in Anspruch gebracht; nur daß die Arbeiter sie nicht erhalten. Sie bekommen auch für Arbeiten in den Außenbezirken nur ihren gewöhnlichen Stundenlohn, der nach den Angaben der Direktion 200 Proz. (?) über Tarifvertrag liegt. Alles folgen, wie die Direktion behauptet, des Achtstundentages und des vierwöchigen (?) Urlaubs der Arbeiter. Sonderbarerweise konnte man im Frühjahr mit 4,50 Mk. auskommen. Sind die Löhne seit April 1924 um über 55 Proz. gestiegen (?), daß eine solche Erhöhung eintreten mußte? Andererseits: der Wasserpreis wurde trotz Abbau der Kohlenpreise von 21 auf 36 Pf. pro Kubikmeter, also um rund 70 Proz. erhöht. In Friedenszeiten und auch noch in der Kriegszeit wurde der tatsächliche monatliche Wasserverbrauch bezahlt plus Messermiete. Erst später wurde ein Mindestquantum von 30 Kubikmeter pro Quartal festgesetzt. Dieses Mindestquantum trifft besonders stark den Gartenbesitzer im Winter, da ist er nur Zahler, aber nicht Verbraucher. Zwar ist das Mindestquantum auf 12 Kubikmeter herabgesetzt, die Messermiete aufgehoben worden. Dafür zahlt man aber dauernd eine Verwaltungsgebühr von 14 Kubikmeter gleich 5,04 Mk., d. h. man verbraucht 12 Kubikmeter und zahlt dafür 26 Kubikmeter. Die Verwaltungsgebühr

beträgt also mehr als 100 Proz. des Mindestwasserpreises pro Quartal. Konturrenz ist nicht da, also nicht zu fürchten. Sollten der hohen Kosten wegen Hunderte oder gar Tausende nicht mehr Wasser abnehmen, so schadet das dem Werke nichts, denn die noch vorhandenen Abnehmer müssen unter allen Umständen den dann errechneten Preis zahlen. Angeblich wollen die Werke sich nicht eher umstellen, ehe nicht der Achtstundentag und die nach ihren Berechnungen um 200 Proz. (?) über Friedensstärker liegenden Löhne abgebaut sind.

Es wäre ganz interessant, wenn sich die Charlottenburger Wasserwerke zu diesen Anlagen äußern würden.

Der Untergang der Welt!

Schweres Unglück bei einer Filmaufnahme.

Das schwere Explosionsunglück auf dem Filmgelände der Decca-Bioskop-Gesellschaft in Neubabelsberg war Gegenstand einer Verhandlung vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht. Angeklagt waren der Elektrotechniker Arthur Horning, Potsdam, der Prototechniker Emil Schmidt-Berlin, Filmregisseur Johannes Meyer-Berlin, Obermeister Ernst Peitsch.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, durch Berufsschaffigkeit den Tod des Arbeiters Bohme aus Berlin und durch Berufsschaffigkeit die Körperverletzung des Arbeiters Ernst Mariens aus Romowes verursacht zu haben. Am 25. Juli d. J. abends gegen 8 Uhr, sollte in Romowes auf dem Gelände der Decca-Bioskop von der Ufa-Kulturabteilung eine Filmaufnahme gemacht werden, die den Untergang der Welt darstellte. Bei Berührung der Erde mit einem Kometen sollte sich ein Berg plötzlich spalten und Feuer und Rauch aus ihm hervordringen. Für die Aufnahme wurde ein großer Berg aus Pappe und Holz hergestellt. In dessen Innern wurden in einem besonderen Gang vier große Büchsen Schwarzpulver eingebettet. Die Filmaufnahme sollte nicht etwa den Berg zerstören, sondern nur die Effekte hervorrufen. Eine jede dieser Büchsen führte je eine elektrische Startstromleitung, die von einer Schalttafel aus kurzgeschlossen werden konnte. Die Schalttafel konnte in einem besonderen Dynamo, der in einem Lichtwagen auf dem Platz stand, mit Strom gespeist werden. Als die Arbeiter Bohme und Mariens noch im Innern des Berges mit dem Einbau der vierten Sprengtafel beschäftigt waren, explodierte plötzlich die bereits eingebaute dritte Sprengtafel. Dabei erlitten die beiden Arbeiter schwere Brandwunden, an denen Bohme im Oberlin-Krankenhaus verstarb. Nach der Anklage ist der Leiter der ganzen Aufnahme der Regisseur Meyer. Mit der Einrichtung und Ausführung der Explosion waren die Angeklagten Schmidt, Peitsch und Horning beauftragt. Als die Vorbereitungen zur Aufnahme beendet waren, schritt man, ohne daß zuvor festgestellt wurde, ob noch Arbeiter mit dem Einbringen der Sprengladungen beschäftigt waren, zur Prüfung der Schalttafel. Zu diesem Zweck ließ der Angeklagte Peitsch zu dem Dynamolichtwagen und rief zu der Schalttafel hinüber: „Alles raus!“ (d. h. die zu den Sprengbüchsen führenden Leitungen sollten vor der Schalttafel abgenommen werden) und ließ, ohne sich von der Ausführung des Befehls zu überzeugen, sofort die Maschinen laufen. Nun soll der an der Schalttafel beschäftigte Unglücksopfer Horning die Leitung Nr. 3 in die Steckvorrichtung der Schalttafel gesteckt haben. Da er außerdem den Hebel der Schalttafel eingeklinket hatte, erfolgte nach Anlaufen der Maschinen ein Zusammenstoß und dadurch die Zündung der Sprengladung Nr. 3 und deren Explosion. Der für das ganze Sprengunternehmen verantwortliche und zu dessen Ueberwachung besonders hinzugezogene Prototechniker Schmidt hat nach der Anklage die mit besonderer Vorsicht vorzunehmende Prüfung nicht genügend überwacht. Außerdem soll weder er noch der angeklagte Regisseur, der die ganze Aufnahme überwachen mußte, überhaupt darauf hingewiesen haben, daß eine derartige gefährliche Sprengung vorgenommen werden sollte. Die Angeklagten bestreiten entschieden, sich schuldig gemacht zu haben. Die Gutachten der Sachverständigen über die Ursache der zu frühen Zündung gingen weit auseinander. Bisher wurden derartige Filmaufnahmen stets mit sogenannter Rändelung ausgeführt. Erst in letzter Zeit hat man begonnen, mit Startstrom zu arbeiten. Nach dem Entzogen des Anklagevertreters wurde die Sache zwecks Einholung eines Obergutachtens vertagt und die Akten der Technischen Hochschule überwiesen. Zu dem Termin waren viele Sachverständige auf dem Gebiet der Prototechnik geladen. Der Zuschauerraum war dicht mit Filmläuten besetzt.

Die Muttat der Gertrud Rägler.

Die Ermordung des Kaufmanns Wolfmeyer beschäftigte gestern zum fünftenmal die Berliner Gerichte. Von den Teilnehmern an der Muttat ist nur noch Gertrud Rägler zur Aburteilung übrig geblieben. Die Muttat war von dem Geschwornen Ernst und Gertrud Rägler und ihrem Vetter, dem Drogerien August Bod ausgeführt worden, indem sie ihr Opfer mit einer Kethermaste betäubten. Wolfmeyer wurde dann von Bod getötet. Man hatte es darauf abgesehen, Wolfmeyer einen wertvollen Brillantring zu rauben, wobei das Mördertrio als Käufer auftrat. Schon vor drei Jahren fand die erste Verhandlung statt. Das Schwurgericht verurteilte August Bod und Ernst Rägler zu 15 Jahren Zuchthaus. Auf die eingeklagte Kaufmannin Gertrud Rägler wurde ein Urteil auf. In einer erneuten Verhandlung kam Ernst Rägler mit 15 Jahren Zuchthaus davon. Gegen Gertrud mußte das Verfahren abgetrennt werden, da sie in der Verhandlung einen Anfall bekam und verhandlungsunfähig erkrankte. August Bod ist inzwischen im Zuchthaus gestorben. Ernst Rägler, gegen den die Strafe inzwischen rechtskräftig geworden ist, wurde als Zeuge vorgeführt. Gertrud Rägler, ein 25 Jahre altes, schlantes und hübsches Mädchen, sieht sehr wohl aus. Sie zeigt eine ganz gleichgültige Miene und läßt die Augen im Saal herumschweifen, so, als ob die Sache sie nichts angehe. Mit dünner Stimme erklärt sie auf die Frage, ob sie sich zu der Tat bekenne, daß sie keine Auskunft geben könne. Es wird darauf von einer weiteren Vernehmung der Angeklagten zur Tat Abstand genommen und in die Beweisaufnahme eingetreten, die nur die längst bekannten und in mehr-

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 5. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. Abteilung Bildungskurse der Funkstadt. Handelskurse: Stadtrat Dr. jur. Jordan: „Rechtfragen des Alltags“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Weibchen und Mode“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. Abteilung Bildungskurse der Funkstadt. Medizinische Vorträge: Hygiene des Hauses Dr. Paul Meißner: „Hygiene des Schlafzimmers“. 8.30 Uhr abends: Beethoven-Abend. Dirigent: Otto Ursak. 1. Sinfonie Nr. 5 in C-Moll. a) Allegro con brio; b) Andante con moto; c) Allegro; d) Allegro. 2. Violinkonzert in D-Dur (Boris Schwarz). 3. Ouvertüre zu Goethes „Egmont“. Das Orchester besteht aus Mitgliedern der Berliner Staatsoper. Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

fachen Prozeßberichten geschützten Vorgänge bestätigt. Die Sachverständigen, Sanitätsrat Dr. Julius Bnoger, Oberarzt Dr. Seelich und Professor Dr. Strauch bezeichnen die Angeklagte Gertrud Rägler übereinstimmend als eine zwar stark degenierte Person, die aber nichtigeisteskrank sei. Die Beweisaufnahme beschränkte sich auf die Vernehmung des Vaters der Angeklagten und deren Bruder Ernst Rägler, der aus dem Zuchthaus in Luckau vorgeführt wurde. Ernst Rägler schob die ganze Schuld an dem Tode Wolfmeyers auf seinen verstorbenen Vetter Bod. Eine Tötung sei nicht beabsichtigt gewesen, sondern nur die Betäubung des Opfers. Nur durch die Ungeschicklichkeit Bods, der mit Keiter nicht umzugehen verstand und den Knebel zu tief in den Hals gestopft habe, sei die Erschließung Wolfmeyers erfolgt. Staatsanwaltschaftsrat Schwandke hielt die Angeklagte Gertrud Rägler für überführt, an dem Raube mit tödlichem Ausgang beteiligt gewesen zu sein. Der Plan sei von allen drei Teilnehmern vorher genau festgelegt worden. Er beantragte unter Einbeziehung der vom Landgericht Braunschweig gegen Gertrud Rägler wegen Diebstahls erkannten Gefängnisstrafe von einem Jahr eine Gesamtstrafe von zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, bei der Strafe aber 1½ Jahre Untersuchungshaft in Abrechnung zu bringen. Rechtsanwält Dr. Alsbach hielt nur für erwiesen, daß Gertrud Rägler einen Diebstahl ausführen wollte. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu der Beurteilung der Angeklagten Gertrud Rägler wegen gemeinschaftlichen Raubes mit Todesfolge zu zwölf Jahren sechs Monaten Zuchthaus.

Der Stellenvermittlerprozeß.

Vereinsgründungen und Vermittlergeschäfte.

In dem Stellenvermittlerprozeß gegen Vienemann, Gabriel, Romack usw. wurde gestern, am vierten Verhandlungstag, der Geschäftsbetrieb des Angeklagten Gabriel weiter erörtert. Einiae Zeugen berichteten über Enttäuschungen, die ihnen im Geschäftsverkehr mit Gabriel beschieden gewesen sind. Ein stellungsfindender Vorknitter hatte Ende August 1923 von der Provinz aus bei Gabriel in Berlin brieflich wegen einer Stelle angefragt und die Antwort erhalten, er möge nur nach Berlin kommen, eine Stelle sei für ihn zu haben, aber er solle einen Saal Kartoffeln mitbringen und auch ein paar Pfund Erbsen, Bohnen, schönes Weizenmehl, dazu Butter und Speck. „Kommen Sie nicht mit leeren Händen!“, schloß Gabriel mahnend seinen Brief, und der Vorknitter beherzigte das. Aber die mitgebrachten Lebensmittel, die er sich als Vorkauf auf die Vermittlungskosten dachte, verhalfen ihm nicht zu der gehofften Stelle. Ein anderer Vorknitter, der in einer durch Gabriels Vermittlung beschafften Stelle war, sah aber zu verändern mündete, schickte an Gabriel eine Gans und etwas Schinken. Dieser Stellungsucher erhielt von Gabriel ein Telegramm, er solle sofort kommen. Er kam, aber er sollte den Betrag von 200 Mark zahlen, den Gabriel vor Gericht als eine durch ihn selber einzuzahlende „Kautions“ erklärte. Infolge Zahlungswelgerung erhielt dann der Vorknitter die Stelle nicht.

Gabriel wird auch der Untreue gegen den „Verband der Vorknitter“ beschuldigt, den er gegründet habe, um den Mitgliedern Stellen zu vermitteln. Das Gericht bemühte sich, die Verwendung der Verbandseinnahmen aufzuklären. Die in den Büchern stehenden Beträge von Zahlungen an die Rechtsanwält Gerthausen und Schauer, denen der Verband keine Rechnung überlassen übertrug, konnten dem Staatsanwalt ungewöhnlich hoch. Rechtsanwält Gerthausen erklärte als Zeuge, so hohe Einnahmen seien ihnen aus ihrer Tätigkeit für den Verband nicht zugeflossen. Es ergab sich dann, daß es sich bei diesen Beträgen um Rückzahlungen von Katen eines Darlehens handelt, das sie an Gabriel gegeben hatten, weil er Geld zur Eröffnung seines Stellenvermittlungsgeschäftes brauchte. Gabriel hat das Darlehen nicht in die Bücher eingetragen. Die Rechtsanwält Gerthausen kam früher her, und bei der Gründung des Vorknitterverbandes durch Gabriel wirkte Rechtsanwält Schauer mit. Gabriel verpflichtete sich, den Darlehensgeber sämtliche Prozesse zu überweisen.

Auch Vienemanns gegen Gabriel gerichtete Gründung, der sich als „national“ empfehlende „Reichsbund deutscher Aufseher und Vorknitter“, wurde nach durch einige Ausagen bezeugt. Die Sozialbeamtin Frau Gröber vom Bundesarbeitsamt schilderte diese Organisation als eine gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Die Mitglieder seien ziemlich zahllos aufgenommen worden, selbst Ausländer habe der Bund zu Mitgliedern gehabt. Zur Sprache kam, daß Vienemann sich auch Birkenmann nannte. Er erklärte dazu: „Das ist ich aus politischen Gründen, weil ich unter dem Namen Vienemann verfolgt wurde, zusammen mit Hauptmann Pfeffer, der sich ebenfalls einen anderen Namen beilegte.“

Der Prozeß wird noch mehrere Tage dauern.

Verurteilung eines Posträubers.

Ganze Wagenladungen von Waren, die aus beraubten Postpaketen stammten, wurden in der Wohnung des Postkassiers Julius Wolf gefunden. In ihm hatte man endlich den Posträuber gefunden, der seit langem auf dem Postamt sein Unwesen getrieben hatte. Zunächst hatte man am wenigsten den Täter in Wolf vermutet, da es sich um einen Beamten handelte, der sich seit über zwanzig Jahren im Postdienst betätigte. Man fand in der Wohnung Waren aller Art, wie Stoffballen, Stiefel, Koffer, Pulver, Farben, Tabak, Zigaretten, Spirituosen, Messer und Gabeln und vieles andere mehr. Das ausgeplünderte Diebeslager war so umfangreich, daß ein großer Postwagen zur Fortschaffung nötig war. Man konnte das Befragungsmaterial auch nicht bei der Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht Mitte vorführen, weil dazu ein besonderer Saal notwendig gewesen wäre. Wolf war geständig, in etwa 30 Fällen Postpakete weggeschafft und die Begleitadressen vernichtet zu haben. In zahllosen anderen Fällen hatte er die Pakete geöffnet und eines Teils ihres Inhalts beraubt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Wolf 2½ Jahre Zuchthaus. In Uebereinstimmung mit Rechtsanwält Dr. Schwindt verneinte das Gericht jedoch das Vorliegen einer Urkundenvernichtung, weil er die Begleitadressen vernichtet habe, nicht um dadurch in den Besitz der Pakete zu gelangen, sondern um eine Entdeckung seiner Straftat zu verhindern. Wolf kam deshalb mit einer Strafe von 1½ Jahren Gefängnis wegen Amtsunterschlagung davon.

„Das Köchlein von Heilbronn“ ist in der deutschen Literatur eine Frauengestalt, die es vermocht hat, sich die Volksgunst zu eringen. Das Rose-Theater nahm aus der romantischen Geschichte Kleists das Märchenhafte heraus. Es fallierte ganz richtig, ein Ritterstück liegt jenseits des Geschmacks unserer Zeit, weil wir Märchen von heute kein Interesse mehr an den Liebeslieder girrenden Kaufleuten haben können. Das Märchenhafte hingegen ist ein unerschöpfliches Gut, von dem wir noch jetzt leben. Es ist unerlässlich, aus ihm sprich die echte Kleist. So schuf man in zehn Bühnenbildern eine Märchenbildung, die von den in der Vorweihnachtszeit für Märchen besonders empfänglichen Gemütern dankbar aufgenommen wurde. Peter A. Horn lehrte das Schauspiel

Natürliche Mundreinigung durch Chlorodont-Zahnpaste

Die Erfahrung ist der beste Lehrmeister. Millionen, die heute „Chlorodont-Zahnpaste“ täglich im Gebrauch haben, haben es selbst ausprobiert, daß ein Mundwasser allein die mechanisch reinigende Zahnpaste nicht ersetzen kann. Der mikroskopisch feine, chemisch reine präzipitierte kohlenstoff-

Kalk ist ein seit altersher gekanntes unentbehrliches Putzmittel für die Zähne, das den Schmelz nicht angreift. Neben diesem mechanischen Reinigungsmittel enthält Chlorodont neutrale Salze, die den Speichel mehr und dadurch eine natürliche Mundreinigung bewirken. Schädliche und unan-

genehm schmeckende antisept. Chemikalien sind ausgeschlossen. „Chlorodont-Zahnpaste“ mit ihrem herrlich erfrischenden Pfefferminz-Geschmack ist eine glückliche Komposition von Mundwasser und Zahnpulver auf wissenschaftlicher Grundlage. Wer daneben Mundwasser verwenden will, benutze

das preiswerte und angenehm erfrischend schmeckende „Chlorodont-Mundwasser“. Flasche 1 Mk., die große Tube Zahnpaste 80 Pf. Eine Probetube nebst Gebrauchsanweisung erhalten Sie gegen Einsendung dieses Zeitungsausschnittes mit Ihrer Adresse an: Laboratorium Leo, Dresden-N. 5.

Öffentliche Wählerkundgebungen

geschickt in Szene, er verfolgte gradlinig den Weg, den die für die Gegenwart zugelassene Bearbeitung ihm wies. Die Rolle des Grafen vom Strahl übernahm, wegen Erkrankung seines Kollegen, im letzten Augenblick Herr Elsen, wofür man ihm Anerkennung zollen muß. Anna Ahrens gefiel als Köchlein, während Carl W. Jacoby als Rheingraf vom Stein eine verträglich klingende Note hineinbrachte.

Die Geschichte von Schwarz-Rot-Gold nennt sich eine Serie von 12 mehrfarbig illustrierten Volkstücken (Verlag S. u. W. Sauer, Berlin, Rosenstraße 9-13). Die in geistlich geordneter Reihenfolge das zudumolle Werden der deutschen Reichsbildung auf Grund alter Sagen und Abbildungen eindrucklich und überzeugend darstellt. Jederverfasser seien darauf hingewiesen, am 7. Dezember diese Karten überall beizubehalten.

Veranstaltungen, Gartenstr. 107A, Schulgebäude, 8-10 abends. Dienstag Französisch, Mittwoch Englisch. Stunde: 30 Pf.

Nordprozess Haarmann. Vernehmung des Angeklagten.

Hannover, 4. Dezember. Bei seiner Vernehmung gab Haarmann zunächst Aufschlüsse über seine Familienverhältnisse und seine Schulzeit. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er im Militär Lazarett im Zusammenhang mit einem Unfall beim Turmen wegen epideptischen Irreseins behandelt worden sei, sagte Haarmann: „Ach, das ist ja Unfug, ich bin ganz vernünftig, der Kopfschmerz kam vom Unfall.“ Weiter wurde festgestellt, daß Haarmann wegen Sittlichkeitsvergehens an Kindern aus der Unteroffizierschule ausgeschlossen worden ist. Auch 1897 wurde Haarmann in Hildesheim wegen eines gleichen Vergehens gerichtlich belangt und auf seinen Geisteszustand untersucht, wobei Geisteskrankheit aus angeborenem Schwachsinn festgestellt wurde. Der Angeklagte, der sich später wieder als Soldat gut bewährt hatte, wurde dann wiederholt und zuletzt 1922 auf seinen Geisteszustand untersucht. Im weiteren Verlauf der Vernehmung schilderte Haarmann sein schlechtes Verhältnis zu seinem Vater und schloß mit folgenden Worten: „Ich will geköpft werden, dann bin ich die Qual los. Aber das letzte Wort wird ein Fluch auf meinen Vater sein.“ Haarmann gab dann Aufschlüsse über seine Beschäftigung. Nachdem sein Konfektionsgeschäft zugrunde gegangen war, wurde er in einer Bäckerei eingestellt, wo er Diebstähle beging. Charakteristisch ist, daß Haarmann gegen jede Vermutung, seinen Geisteszustand für irgendwelche seiner Taten verantwortlich zu machen, wiederholt energisch protestiert. 1918 war Haarmann wegen Unfittigkeit gegenüber einem 13-jährigen Knaben ins Zuchthaus gekommen. Nach seiner Entlassung besaß er sich mit Hamstererei. Mit den jungen Leuten, die ihm Lebensmittel brachten, fing er in seiner Wohnung zu „puffieren“ an, wenn ihm einer gefiel. Der Angeklagte bestreitet, Menschenfleisch verkauft zu haben, und bleibt dabei, daß er alles Fleisch von dem noch nicht aufgefundenen Schlachter Kari bezogen habe. Jenen Nord (Friedrich Roth) im Jahre 1918 gibt er zu und sagt auch, daß bei der Hausdurchsuchung damals dessen Kopf, der hinter dem Ofen eingewickelt versteckt war, nicht gefunden wurde und er dann wieder freigelassen worden sei, weil ihm nichts Strafbares nachgewiesen werden konnte. Für die weitere Vernehmung über den Fall Roth wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Danach trat eine kurze Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Verhandlung erzählte Haarmann, wie er Grans kennengelernt habe. Danach habe Grans sich ihm anverwandelt und er habe ihn, weil er über Hunger klagte, in seiner Wohnung aufgenommen. Grans aber, der weiter mit Haarmann zusammenlebte, mußte den letzteren stets für sich auszunutzen. So mußte auch Haarmann betteln, während Grans das Geld verjubelte. Haarmann mußte sogar wegen Bettel einmal sitzen. Auch Wäschdiebstähle führten sie gemeinsam aus. Inzwischen hatte Grans in Haarmanns Wohnung Verkehr mit Mädchen gehabt und zur Beschaffung von Geld die Möbel seines Freundes verkauft. Schließlich habe aber Grans wieder 20 000 Mark gebracht, mit denen er sich wieder neu einrichten konnte. Haarmann gibt 4. bis 5. Morde in dieser Wohnung zu, verneint aber die Frage des Vorsitzenden, ob Grans von den Morden gemutet habe. Grans habe ihm nur junge Leute, besonders in guten Kleidern, zugeführt. Dann erzählte er, wie er von einem Kriminalbeamten aufgefordert worden sei, wegen seiner Beziehungen zur Verbrechertät der Polizei Wink zu geben, und wie er dann das Detektivinstitut Loffo gegründet habe. Grans sei nicht homosexuell veranlagt gewesen.

Haarmann erklärt weiter, daß er der Polizei wiederholt Nachrichten gegeben hat, wo Diebstahl von homoverschen Verbrechern aufbewahrt sei. Haarmann hat mit mehreren Polizeibeamten in persönlicher Verbindung gestanden. Schließlich will er sich bei verschiedenen Leuten als angeblicher Vertreter der Polizei Achtung verschafft haben. Haarmann bestreitet, mit Ueberlegung getötet zu haben. In sozialer Gesprächsform meint er: „Das ist man nicht so einfach, Herr Vorsitzender, so schnell macht man keinen Menschen kaputt, wie Sie sich das denken. Das ist eine aufregende Geschichte“ usw. Haarmann wird auch darüber befragt, wie er die Leichen zerstückelte. Die ausführlichen schauervollen Schilderungen des Angeklagten geben ein Bild von äußerst primitivem Denkvermögen und charakterisieren ihn als ein Wesen von niederster Sexualleben mit groben Manieren. Aus seinen eigenen Ausfugungen läßt sich herleiten, daß er impotent ist und die normalen moralischen und sexuellen Eigenschaften bei ihm in einem Zustande völliger Verkümmung sind. Alle natürlichen Hemmungen sind auf ein Mindestmaß reduziert. — Die Sitzung wurde gegen 4 1/2 Uhr geschlossen. — Fortsetzung der Verhandlung am Freitag vormittag 9 Uhr.

Das Geständnis des Massenmörders.

Aus Haiger wird noch gemeldet: Nach seinem umfassenden Geständnis hat Angerstein in der Nacht zwischen 4 und 5 Uhr seine Frau ermordet. Er erklärt, er und seine Frau seien schwer krank gewesen; er habe deshalb den Entschluß gefaßt, mit seiner Frau aus dem Leben zu scheiden. Er habe beabsichtigt, wegen der von ihm verübten Unterschlagungen seine Stelle und seine Wohnung zu verlieren. Nach der Tötung seiner Frau habe er, um diese Tat zu verdecken, die übrigen Hausbewohner, jeden in einem anderen Zimmer, umgebracht. Er habe, als er nach begangener Tat aus der Stadt zurückgekehrt war und gesehen habe, daß das Haus noch nicht brannte, erneut Feuer angelegt.

heute, Freitag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Tiergarten: Roobiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24. — Schulaula Pallasstraße 15. Wedding: Pharusäle, Müllerstraße 142. — Schulaula Grünthaler Straße 4/5. Prenzlauer Berg: Schulaula Pappel-Allee 40/42. — Schulaula Schönflieher Straße 7. Friedrichshain: Königsbank, Große Frankfurter Straße 117. Kreuzberg: Bodbrauerei, Fridicinstr. 2/3. Spandau: Germaniaäle, Stresowplatz. Siemensstadt: Siemensstadt-Festäle, Schulstraße 4. Wilmersdorf: Viktoria-Luise-Schule, Ihlandstraße Ecke Gasteiner Straße.

Mannsee: Reichsadler, Königstraße 26. Schöneberg: im Vindenhof, Ledigenheim. Lankwitz: Realgymnasium Kaulbachstraße. Lichterfelde: Aula Oberrealschule Ringstraße 2. Mariendorf: Realgymnasium Kaiserstraße. Neukölln: Aula Emser Straße 134. Rudow: Lokal Heineke. Treptow: Ritzsäle, Am Treptower Park 26. Alt-Ostend: Haberecht, Friedrichstraße 2. Adlershof: Wöllstein, Bismarckstraße 75. Niederschöneweide: Schulaula Berliner Straße 31. Köpenick: Aula Körner-Schule, Lindenstraße 11. Friedrichshagen: Schröders Festäle, Friedrichstraße 139. Grünau: Jägerhaus, Bahnhofstraße 1. Lichterberg: Aula Mittelschule, Marktstraße. Kaulsdorf: Turnhalle, Adolfsstraße 25. Biesdorf: Schilleräle, Königstraße 120. Karlshorst: Aula Gymnasium, Treskow-Allee. Mahlsdorf: Anders, Bahnhofstraße. Weißensee: Turnhalle, Schule Bistoriusstraße.

Blankenburg: Klug, Dorfstraße 2. Buch: Gspert, am Bahnhof. Reinickendorf-Ost: Bürgergarten, Hauptstraße 51. Borsigwalde: Borsigwalder Festäle. Redner: Aufhäuser, Eduard Bernstein, Rob. Breuer, Crispian, Dr. Freund, Richard Fischer, Anna Geyer, Heimg, Horlich, Hirsch, Hugo Heimann, Gertrud Hanna, Dr. Herz, Marie Juchacz, Rünfeler, Kreuziger, Klodt, Luise Köhler, Kutner, Lüdemann, Dr. Löwenstein, Kempert, Otto Meier, Dr. Moses, Naderholz, v. Puttkamer, Rüdich, Ruben, Karl Schneider, Ella Seger, Heinrich Schulz, Stimming, Schröder, Stein, Vermuth, Dr. Wenig, Ziska, Zubeil.

„In letzter Stunde!“

Öffentliche Versammlung der beim Bezirksamt Friedrichshain beschäftigten Personen: Freitag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a. — Thema: Bedeutung der Wahlen. — Referent: Landtagslandwirt Jahert.

Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:

Gledow: Lokal Beimmann. Gatow: Lokal „Zu den drei Linden“. Lichtenrade: Stieler, Dorfstraße. Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße. Bohnsdorf: Vierbach, Bahnhofstraße. Mahlsdorf-Süd: Lokal „Heidekrug“, Köpenicker Allee. Buchholz: Lokal Roffad, Hauptstraße 71. Karow: Lokal Sukrow, Dorfstraße. Tege: Siedlung „Freie Scholle“ im Schollentrug. Redner: Aufhäuser, Breuer, Falkenberg, Göring, Klodt, Erna Kreffe, Landa, Münfinger, Ruben.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Abteilungsleiter! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die ausstehenden Abrechnungen heute unbedingt erledigt werden müssen. **Abteilung, Abteilungsleiter!** „Jugend voran“ und „Arbeiter-Jugend“ zum Dezember sind erschienen und müssen heute abgeholt werden. Die Beitragsartenabrechnung ist ebenfalls vorzunehmen. Aussagesitz von 5-7 Uhr. **Abteilung, Mitglieder des Böhmerleis!** Roobiter- und Dezember-Beiträge sind unbedingt im Laufe dieses Monats zu zahlen, da sonst die Vorausgabe des ersten Buches eine Verzögerung erleidet. **Abteilung, Mädchen!** Am Montag, den 2. Dezember, pünktlich abends 7 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3, Mädchen-Konferenz. Thema: „Das deutsche Volkstüm“ mit Musik und Gesangsbeilage. Alle Mädchen müssen teilnehmen.

Abteilungs-Mitgliederversammlungen. Heute 7 1/2 Uhr:

Adlershof: Jugendheim, Bismarckstr. 12. — **Baumhaldenweg:** Jugendheim, Grünstr. 16. **Bortow:** „Geschichte der Jugendbewegung.“ — **Charlottenburg:** Jugendheim, Köpenickerstr. 4. — **Halenker:** Schule, Borchmühlstr. 25. — **Köpenick I:** Schule, Wollener Str. 21. **Bortow:** „Volkstüm und Volkstanz.“ — **Köpenick II:** Gemeindefaule am Steinhilfen. — **Köpenick III:** Jugendheim, Bergstraße 29. — **Köpenick IV:** Jugendheim, Rosenthalstr. 55. — **Niederbichsel:** Gemeindefaule, Hohenfeller Straße 67/70. — **Reichen:** Schule, Dübener Str. 2. — **Reichen II:** Schule, Bödenstr. 48. — **Reichen III:** Jugendheim, Dübener Str. 62. — **Ostend:** Schule, Ragnerstr. 3. — **Prenzlauer Vorstadt:** Jugendheim, Dübener Str. 23. **Vorort:** „Sexualfragen.“ — **Reinickendorf-Ost:** Sozialer, Schwabedörferstr. — **Reinickendorf-West:** Schule, Späthstr. 2. **Reichen:** „73“ und „Wöhen.“ — **Stralitz:** Jugendheim, Holsteinische Str. 2. — **Köpenick:** Jugendheim, Bahnhofstr. 15. — **Reichen:** Die Mitgliederversammlung findet laut Beschluss erst am Freitag, den 12. d. M., statt. Alle aktiven Genossen beteiligen sich an der Veranstaltung der SPD. in den Oberus-Gärten.

Abt. Lichterfelde, Jugendheim, Wödenstr. 14a, Mitgliederversammlung, ab heute jeden Freitag beimobend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund der Arbeiterlichen Familien, Berlin-Weißing III, Geschäftsstelle R. 45, Müllerstr. 13a. Beirat Köpenicker, Weihnachtsfeier am Sonntag, den 29. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, in den Pharusälen, Müllerstraße 142. Eintritt mit Kindern frei. Darbietungen mit Bericht u. a. m. Ausweise sind bei den Vertauensleuten und in der Geschäftsstelle erhältlich. Weihnachtsabend nimmt die Geschäftsstelle mit Dank entgegen.

Vorstandsversammlung der Auslandsdeutschen, Kolonialdeutschen und Grenzlanddeutschen für Gewährung einer neuen Entschädigung, Berlin R. 20, Dorfstraße 64. Große öffentliche Kundgebung am Freitag, den 5. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Tempelhof, Freitag, den 5. Dezember, 8 Uhr, Vortrag des Leiters W. Rabba im Rahmen der 6. Treptower Gemeindefaule, Wödenstr. 13 III über „Ausbildung der Lehrerschaft in der Kenntnis normaler und krankhafter Seelenszustände.“

Briefkasten der Redaktion.

G. M. 4. Die Rentenempfängerin kann nur wegen Verringerung der Beiträge (Verfallminderung des Ruhestandes) eine neue Feststellung der Rente beantragen. Auf eine andere Weise ist eine Erhöhung der Rente nicht zu erreichen. — **D. M. 10.** Berechnen Sie den Unterschied zwischen der Rückzahl der Markt am Fälligkeit und am Zahlungstage unter Benutzung der Indexkoeffizienten. Da es sich um ein Geschäftsbüchlein handelt, finden die gefälligen Vorschriften über die Auswertung keine Anwendung. — **H. M.** Wenden Sie sich zunächst an die Städtische Bauverwaltung. Sollte diese ein Einverständnis ablehnen, so muß der Wohnunggeber den Hauswitz befristet werden. — **E. J. 284.** Goldwert können Sie nicht verlangen, sondern nur Aufwertung nach häuslichem Recht. Darlehenversicherungen verdienen sich nach Ablauf von 20 Jahren. Inzwischen dieses Zeitraumes können Sie Ihren Anspruch geltend machen. — **H. R.** Stellen Sie den Aufwertungsgesuch bei der Aufwertungsstelle (Justizgericht) an. Ihre Forderung beträgt aufgewerteter 250 Goldmark. — **G. R. M.** Kommen Sie in unsere Juristische Sprechstunde. Beantwortung der Fragen im Briefkasten unentgeltlich. — **H. M. 74.** 1. Die Kündigung ist verweigert erfolgt. 2. Wenn keine andere Kündigungspflicht vereinbart worden ist, so kann die Kündigung nur zum Schluß eines Kalenderjahresjahres ausgesprochen werden. — **Stetten.** Kommen Sie in unsere Juristische Sprechstunde.

Sport.

Kennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 4. Dezember.

1. Rennen. 1. Erbfaul (Rauh jr.), 2. Urde (Lichtenfeld), 3. Balfanar (G. Müll). Toto: 45 : 10. Platz: 18, 20 : 10. Ferner liefen: Bismarck, Federnette, Reichstein, Baron Krworich, Florian, Lang Wisa, Fribolin III. 2. Rennen. 1. Kartelle (Rauh jr.), 2. Linscott jr. (Gartell), 3. Baron Kubana (G. Müll). Toto: 56 : 10. Platz: 19, 13, 45 : 10. Ferner liefen: Dichtung, Lunafec, Kulla B., Kurgal, Baradus B., Königshaber, Hippologie, Argentan, Dalerit, Mora. 3. Rennen. 1. Coral (J. Schmitt), 2. Interessent (W. Remzer), 3. Schildard (Reinberg). Toto: 45 : 10. Platz: 14, 14, 15 : 10. Ferner liefen: Algold, Johannfeuer, Reichenstein, Baroness Yndia, Alfred B., Idealit. 4. Rennen. 1. Wasserfall (Grohmann), 2. Margot I (Germann Schlegener), 3. Gassenmüdel (Rindmadel jr.). Toto: 24 : 10. Platz: 14, 25, 21 : 10. Ferner liefen: Laina, Kriater, Adele S., Mangarates, Schlup, Diana VII kam als zweiter ein, lief aber ohne Wette. 5. Rennen. 1. Höhenfenne (W. Remzer), 2. Matador I (Reinberg), 3. Falter (Barntid). Toto: 49 : 10. Platz: 18, 17, 48 : 10. Ferner liefen: Kautzfeld, Kletterer, Ciro Weiss, Trakhdans, Paula Binaen, Heidemann, Kantonka, Dolomit, Juch, Kadel, Fiskus, Hundst, Sturm, Billy I, Jurt. 6. Rennen. 1. Rittschor (G. Müll), 2. Clematis Man (G. Grube), 3. Peter I (G. Grube). Toto: 37 : 10. Platz: 18, 17, 48 : 10. Ferner liefen: Edelochter, Que vive, Daulwart Quoa, Conrad, Silberius, Marcel, Lady Forbes, Johannes, Blafala, Teufelst, Monarchit, Ottomar. 7. Rennen. 1. Stapellauf (Dr. R. Brandt), 2. Ddrffa (Röring), 3. Grell II (Geddeker). Toto: 29 : 10. Platz: 12, 17, 12 : 10. Ferner liefen: Roselle I, Daniel, Hannover, Scillon Prinz, Mars II, Cucco, Gaudige, Friedrich I, Baron Irganille, Sallat. 8. Rennen. 1. Blumelle (G. Jaulenberger), 2. Domblass I (G. Müll), 3. Feingelb (G. Grube). Toto: 87 : 10. Platz: 31, 26, 17 : 10. Ferner liefen: Torveco, Wac Reiner I, Inge I, Ziegenbaron, Baron Watis jr., Rina, Ruffical Wirt, Lecker Roblfaner, Heibeece, Wac Gregor, Abdallah Silber, Daineca, Raitfingir I, Eirene I.

Für das Eröffnungsrennen auf der Berliner Winterbahn im Sportpalast ist die Unterteilung für die einzelnen Wettbewerbe nunmehr wie folgt getroffen: Das Hauptrennen: ein 2000-Runden-Kunflesahren, wird von 15 Fahrern bestritten und zwar: Polstrom, Kämpfer, Galtfried, Diermeier, Kämpfer, Dofar Dief, Semede, Samab, Gelle, Kubel, Ledner, Jansen, Troll, Stolz und Behrendt. Diese 15 Fahrer bestritten auch das Allger-Kunflesahren, zu dem außerdem noch Albert Neuer, Poffenheim, Krahner, Erzeleid, Otto Dief, Müller und Grizden zugelassen sind. Für das 6000-Sunden-Wannschafsfahren, das von 12 Fahrern bestritten wird, sind folgende Zusammenstellungen vorgenommen: Schmidt-Gassenheim, Krahner-Reinas, Schulz-Schönborn, Bawle-Zelbst, Lehmann-Guter, Grizden-Seel, Zimmermann-S. Neuer, H. Neher-Jensie, Müller-Kaufstol, Vinfer-Sträger, Schreid-Dio Dief. Beginn der Rennen abends 7 1/2 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Dem Volks-Zerwerbshilfsverein Groß-Berlin e. V. a. G. muß auf Grund seiner unermittelten Beiträge das Recht einräumt werden, die vollständige Verbreitung der Zerwerbshilfsvereins-Zeitschrift zu haben. — Der Verein ist gemeinnütziger Unternehmer, alle Gewinne kommen nur den Mitgliedern zufließen. — Am 18. November 1924 ist die Parteitag für Neueinsteiger von einem Jahr auf einen Monat herabgesetzt. Mitglieder anderer Zerwerbshilfsvereine treten ohne Eintrittsgeld sofort in den Genus der hiesigen Organisation.

Diele Bauvereine müssen es noch nicht, daß die Wandman-Gesellschaft neben dem seit Jahren bestehenden und in jedem Haushalt unentbehrlichen Wandman nunmehr auch Wandman-Buchhalter und Wandman-Publikationsverlag herstellt. Preis für Wandman-Buchhalter, die in n. m. m. dem Wandman-Buchhalter, die Wandman-Buchhalter sind unbedingt unverzichtbare Zweite des Teilers unter Vermeidung jedes Mißverständnisses.

veranschaulicht in dem neuen goldnen Gewande
eindrucksvoll den inneren Gehalt, sie ist und bleibt

Fritzi Massary

Die Unvergleichliche.

Zigarette 3 1/2

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einforderungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 3. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Wedding. Jede Abteilung tritt am Freitag abend die zu neuzustellenden Männchen von Gilmwald, Vorkufer Str. 24, abholen.

2. Kreis Kreuzberg. Oberstl. Freitag (Heute), 7 Uhr, Bodbrauerei, Abteilungsbesprechung. - Die 36., 44. und 47. Abt. heute, Freitag, morgen Kleberarbeiten und Sonntag für öffentliche Rundgebung im Sekretariat abholen und verbreiten.

3. Kreis Reinickendorf. Die Genossen und Genossinnen, insbesondere die Frauen, beteiligen sich an der am Sonntag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel Schallenberg, Engel, Kolonie „Freie Schöde“, stattfindenden öffentlichen Parteifunktion.

4. Kreis Neukölln. Sonntag, den 6. Dezember, 4 1/2 Uhr, treffen sich alle Genossen mit Angehörigen im 5. Bezirk, Reichstr. 8.

Heute, Freitag, den 5. Dezember:

34. 154. Genossinnen und arbeitende Genossen um 7 Uhr bei Kolln.

35. 251. 6 Uhr bei Dorst, Friedenstr. 88, „Mädchen“ abholen. Besondere wichtige Parteiausgabe. Jeder Bezirk muss vertreten sein. Erwerbstätige Genossen müssen erscheinen. - Sonntag um 8 Uhr bei 160 bei Bobotta, Reichstr. 1, 101. Bezirk bei Hofe, Große Frankfurter Str. 17; 104. Bezirk bei Rosenbergs, Sonnenb., Ecke Eilbinder Straße.

42. 154. Am Freitag nach der Verlesung abends im Bezirksklub. Die Frauen sind besonders eingeladen.

67. 251. Sonntag, 8 Uhr Parteifunktion in der Subertiusober Str. 8.

126. 130. Abt. Prenzlau. Die „Mädchen“ ist noch heute von Nitzmann abholen. - Sonntag abends 7 Uhr Parteifunktion in der Meier, „Kirchliches Aelt“, Breite Straße.

Morgen, Sonnabend, den 6. Dezember:

4. Abt. Reich. 3 1/2 Uhr treffen sich alle Genossen zur Vorbereitung der 251. Abt. Neue Reichstr. 108.

5. Abt. 7 1/2 Uhr Parteifunktion Georgenkirchstr. 36. - Sonntag früh 8 Uhr treffen sich alle Mitglieder im Reichstr. 29 bei Witzke.

7. Abt. Reich. 5 Uhr Zusammenkunft der Funktionäre und Wahlleiter bei Bohms, Schönebergstr. 8.

21. und 22. Abt. Die Genossen der 21. und 22. Abt. treffen sich nachm. 4 Uhr zur Wahlprognose beim Gen. Kraus, Liederer Str. 21.

25. Abt. 8 Uhr bei Gutz. Knippenstr. 6, lassen sich die Parteigenossen zur Wahlhilfe eintragen.

27. Abt. 7 Uhr Sitzung der Funktionäre bei Lehmann, Reichstr. 1. Materialausgabe.

34. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kolln, Eubener Str. 19, wichtige Parteifunktion.

41. Abt. Reich. 5 Uhr Treffpunkt der Funktionäre bei Euse, Bergmannstr. 93.

44. Abt. Die Mitglieder aller Stadtbezirke treffen sich zur Parteifunktion von 4-6 Uhr bei Eifer, Orenienstr. 106. - 7 Uhr Materialausgabe.

47. Abt. 7 Uhr letzte Zusammenkunft aller Bezirksleiter und Wahlleiter im Reichstr. 108 bei Gilmwald, Vorkufer Str. 24.

53. Abt. Charlottenburg. Alle Genossen beteiligen sich an der Vorbereitung, Einleitung Sonntag abends 5 Uhr. - Am Sonntag treffen sich die Genossen in den Wahlbezirken morgens um 6 1/2 Uhr; 6 Gruppe bei Ecker, Wallstr. 99; 9 Gruppe bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21; 10 Gruppe bei Kolln, Schönebergstr. 43.

60. Abt. Wilmersdorf. 6 Uhr Treffpunkt der Genossen, die noch nicht eingeteilt sind, zur Wahlhilfe im Wahlbezirk, Nienstedt, Uhlandstr. 74.

71. Abt. Reinickendorf. Da der Reichsleiter Fritz Köhler wieder zurückgekehrt ist, werden alle Parteifunktionen erloschen, umgehend abgebrochen. - Sonntag abends, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und freiwilligen Mitarbeiter zur Vorbereitung der Wahlarbeit am Sonntag.

81. Abt. Tempelhof. Sonn. 10 Uhr Parteifunktion vom Genossen Biedermann aus. Reich. 14 Uhr in der „Einde“ Treffpunkt zum Wahlprognose. Abends 8 Uhr Parteifunktion.

86. Abt. Reinickendorf. Gemeindefunktion in der Kolln, Reichstr. 108. - Sonntag früh 8 Uhr treffen sich alle Mitglieder bei Kolln, Reichstr. 108. Arbeiterjugend und Junggenossen sind eingeladen. - Sonntag abends, den 6. Dezember, vorm. 10 Uhr, holen die Frauen das Material bei Kolln, Reichstr. 108, ab. Dasselbe ist im Hinblick darauf vor den Gemeindefunktionen zur Verteilung zu bringen.

97. Abt. Neukölln. Treffpunkt der Funktionäre 7 Uhr beim Genossen Rehr, Reichstr. 108, zur Empfangnahme des Wahlmaterials und der letzten Instruktionen.

101. Abt. Tempelhof. Die Parteifunktion und Parteifunktion, die die Parteifunktion befindet sich am Sonntag, den 6. Dezember, am Reichstr. 108.

119. Abt. Reinickendorf. 7 1/2 Uhr bei Giese, Wilmersdorfer Str. 43, kurze Parteifunktion sämtlicher Parteimitglieder wegen der Wahlvorbereitung.

3. Abt. Sonntag vormittag 8 Uhr treffen sich alle Funktionäre und Mitglieder, welche sich an den Wahlarbeiten beteiligen, im Lokal von Emil Richter, Engelstr. 21. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11 708.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

87. Abt. Neukölln. Genosse Wilhelm Meyer ist am Dienstag plötzlich verstorben. Einsegnung Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr Krematorium Baumhülsenweg.

Beitrag für Berlin und Umgegend. Müß, größtenteils demüß, keine erheblichen Niederlagen. Friede Südwinde. - Für Deutschland. Am Kältearbeiten langsam aufsteigend, sonst überall demüß. Im Süden noch leichte Niederlagen.

Großer Weihnachtss-Verkauf

Herren-Ulster grau u. braun gemusterte Raglan-Form Stoffe mit Quert u. 27 ⁵⁰	Damen-Winter-Mäntel aus gutem Pauschstoff farb. 12 ⁵⁰	Knaben-Anzüge karierte Stoffe, jacke ge. uttert Gr. 1. 4 ⁰⁰	Damen-Hemden Träger-Form 1 ¹⁰	Damen-Halbschuhe Rob-Chevreaux 5 ⁴⁰
Herren-Ulster 1- und 2reihig, mit Quert und Falte. 41 ⁰⁰	Damen-Winter-Mäntel aus schwerer Flauschstoff. 15 ⁰⁰	Knaben-Anzüge aus farb. Stoffen Gr. 7. 11 ⁰⁰	Damen-Nachthemden m. Mohis. 3 ⁵⁰	Damen-Halbschuhe Rob-Chevreaux 8 ⁵⁰
Herren-Ulster elegante Muster, vorzügliche Verarbeitung. 62.- 50.- 45 ⁰⁰	Sport-Rock mit reicher Knopfornierung. 3 ²⁵	Knaben-Mäntel hübsche warme Stoffe, Gr. 1 von 15 ⁰⁰	Damen-Nachthemden m. Stick 4 ⁵⁰	Damen-Stiefel Chevreaux und Kindbox 10 ⁵⁰
Winter-Joppen mit gut warmen Futter 18,50 16,50 14 ⁵⁰	Damen-Blusen in hübsch. Streifen 1,95, 1,25 95 ^{Plg.}	Damen-Kleider farb. Chevrot, m. reicher Steppornierung. 5 ⁷⁵	Herren-Hemden wollemischt v. 3 ²⁵	Kinder-Strapazier-Stiefel Spaltleder. 3 ²⁵
Herren-Anzüge in vielen modernen Stoffarten 29 ⁵⁰	Damen-Kleider rein woll. Chevrot Paspel-artig. 8 ⁰⁰	Mädchen-Mäntel leibh. mit. Risch-stoff, 50 cm. 7 ²⁰	Herr-Unterbeinkleid. wollgem. 2 ⁹⁰	Herren-Arbeitsstiefel Spaltleder. 5,50 7 ⁵⁰
Herren-Anzüge hübsche, dunkel gemusterte Stoffe 35 ⁰⁰	Damen-Kleider aus kariertem Wollstoff mit Sublirkragen. 18 ⁰⁰	Mädchen-Kleider baumw. Velour 60 cm. 3 ⁵⁰	Herren-Stiefel Rindbox, sehr preiswert. 8 ⁷⁵	Herren-Stiefel Rindbox, elegant spitze Form. 11 ⁷⁵
Herren-Anzüge gute Stoffe, vorzügliche Gesellenarbeit. 45 ⁰⁰	Damen-Gummi-Mäntel l. g. im. 18 ⁵⁰	Knaben-Anzüge schw. Trikot mit blauem Kragen, Gr. 1. 3 ⁰⁰	Burschen-Stiefel Spaltleder. 6 ⁵⁰	Burschen-Stiefel Rindbox. 8 ⁵⁰
		Enorm billig	Damen-Westen Wolle, in vielen Farben 8 ⁰⁰	
			Garnitur 1 Bezug 2 Klassen aus best. Dinsti oder Damst 1 ⁵⁰	
			Garnitur 2 Bezug 2 Klassen aus guten Zöchen 10 ⁰⁰	
			Bw. Flanel-Laken weiß, mit bunt. Kante 4 ⁵⁰	
			Blusenflanel hübsche breite Streifen. 95 ^{Pl.}	

Kleider-Vertrieb G.m. Kommandantenstraße 80/81

Osten, Warschauer Str. 33, Lichtenberg, Frankfurter Allee 82, Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eingang Boddinstr. Norden, Müllerstr. 181

Wählen Sie nicht lange, sondern kaufen Sie sofort bei uns Ihren Anzug oder Wintermantel

Niedrige Kassenpreise! Jede Preislage!

Anzüge solide Verarbeitung } von Mk. 28⁰⁰
guter Stoff }
Ulster u. Paletots haltbar } von Mk. 48⁰⁰
und gut }

Wäsche, Berufskleidung, Strümpfe, Hosen jeder Art

Benutzen Sie möglichst **unsere Abzahlungsform:**

1. Zum Kassenpreis nur ein Zuschlag von 10% bei pünktlichen Ratenzahlungen. Bei Abzahlung innerhalb 4 Wochen kein Zuschlag.
2. Sofortige Mitnahme der Ware bei genügenden Ausweisen.
3. Anzahlung 30%, Teilzahlungen nach Vereinbarung.
4. Während Krankheit und Arbeitslosigkeit keine Teilzahlungen.
5. Teilzahlungen auch auf Wäsche, Berufskleidung und Hosen.
6. Feste Preise! Kein Unterschied zwischen Kassenpreis und dem Grundpreis für Abzahlung.

Ein Versuch macht Sie zum dauernden Kunden! Streng reelle Preise! Prinzip: Nur gute Ware!

Textilstelle der Zentralkasse des Reichsverband. d. Arbeitsgenossenschaft. e. G. m. b. H.

Unsere Spezialgeschäfte für Anzüge und Wintermäntel:
Chausseestr. 76, a. Weddingplatz Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 230/1
Schönhaus, Allee 47 (alt. Baumstraße) Littenstr. 15, Eck Remingtonstr.

Unsere Spezialgeschäfte für Berufskleidung und Wäsche:
Kottbuser Damm 69, (alte Kottbus) Frankfurter Allee 199 (am Bf. Kolonnenstraße 140) Lichtenberg - Friedrichsfelde

Garderobe in guten Qualitäten auf Teilzahlung

Herren-Anzüge / Paletots Cutaways / gestr. Hosen
Damen-Mäntel / Kleider Kostüme / Jacken

Ersatz für Massarbeit Herren- und Damen-Preise

Mein seit 25 Jahren durchgeführtes Prinzip ist, den Kunden stets wirklich gediegene und billige Ware zu günstigen Zahlungsbedingungen zu liefern. - Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben.

BEISER

Lothringer Strasse 67

BLUTARMEN KRANKEN

ärztlich empfohlen

Santa Lucia

Käuflich in Apotheken, Drogen und Delikatengeschäften.

Das richtige Weihnachtsgeschenk

Westen Kleider Kinderwesten Sweater etc.

Qualitätsware verkaufen wir nur kurze Zeit an Private zu wirklichen Fabrikpreisen

Goldberger & Co. Leipziger Str. 67
Nähe Bahnhof Lichtenb.-Friedrichsf. Kein Laden!

TRAURINGE

In jed. Größe, aus Gold, Silber, Platin, Vorrat, nur bill. Preisberechn.

M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Bahnhof Lichtenb.-Friedrichsf.
Teleph. Lichtenberg 3322

Gänse

Freitag und Sonnabend

Gänsefleisch Pfd. 1.- Mk. Gänsekeulen Pfd. 1,20 Mk. Gänsebrust Pfd. 2.- Mk. Gänsemagen, Gänseklein Gänsebrüste und Linsen Feiste Rehbrücken, große Rehbrücken und Rehblätter. Große Hasenbrücken, Hasenbrücken und Haser Gespickte Hasenbrücken Gespickte Hasenkeulen

O. Elsholz, Hubertushaus, Neanderstr. 2
Moritzplatz 27/1

Neu eröffnet!

Kredithaus Diskret

Große Frankfurter Str. 77
Nähe Alexander-Platz

Auf Kredit

Herren-Anzüge • Herren-Ulster
Damen Konfektion
Gardinen • Soppendecken • Inletts
Handtücher, Handentuche
Bettdamaste • Bettwäsche
Tischwäsche • Damenwäsche
Strickwesten usw.

Kleine Anzahlung
Abzahlung nach Übereinkunft!
Bitte, genau auf meine Firma zu achten!

Dezimalwagen
Fahrrad, Gewicht, 1000g Preis, 1000g Preis
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-Reklame, dafür weite, billige Preise

Unserem Genossen August Reuse, 25-jährigen Parteiangehörigen, die herzlichsten Glückwünsche.

Wilhelm Meyer
am 62. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Cuno Meyer geb. Thiele
Hilbig Meyer
Hilbig Meyer

Die Einsegnung findet am Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhülsenweg, Reichstr. 108, statt.

Ausnahme-Angebot!

für Freitag und Sonnabend in Gänsen und Gänse-Artikeln

Prima Oderbrüher Fettgänse per Pfd. M. 1.40
Gänseklein . . . & Stück „ 1.65
Gänse-Stückenfleisch per Pfd. „ 1.00
Gänse-Keulenfleisch per Pfd. „ 1.50

Schöne Gänse-Artikel billigt.

Ferdinand Horwitz
Zentralmarkthalle
Reihe 12 Stand 171/172
Große Gänsecke (Mittelgang).

Wöchentliche Teilzahlung

Elegante Herrenbekleidung

fertig und nach Maß zu soliden Preisen

Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung

Julius Fabian
Schneldorferstr. 37
nur 2. Etage

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtschau des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Ph. Brand & Co. Weingroßhandlung

Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 (V.)

empfehlen als besonders preiswert Rioja viejo, roter Tafelwein zu M. 1,20 die Flasche, ohne Glas und ohne Steuer

Preisliste zu Diensten

Wen wählen die Eltern am 7. Dezember?

Die Schulpolitik und die Parteien.

1. Die Sozialdemokratie und die Einheitschule.

Deutsche Mütter! Erinnert Ihr Euch noch, daß man Euch nach dem Weltkriege erklärt hat: „Nachdem Eure Männer über vier Jahre Schulter an Schulter gekämpft haben, nachdem sie in demselben Grabe Brust an Brust zum ewigen Schlummer gebettet worden sind, die Fabrikbesitzer und Arbeiter, die Großgrundbesitzer und die Bauern, die Akademiker und die Pförtner, ist es undenkbar, ihre Kinder in verschiedene Schulen zu schicken.“ Der Weltkrieg hatte die Einheitschule notwendig gemacht; die Sozialdemokratie wollte sie schaffen. Die Partei traut es zwar nicht, da sie in der Deutschen Nationalversammlung allein nicht die Mehrheit hatte. Aber sie setzte den Artikel 146 der Reichsverfassung durch, nach dem eine für alle Kinder gemeinsame Grundschule errichtet werden sollte und für die Aufnahme in die sich darauf aufbauenden mittleren und höheren Schulen ausschließlich die Reigung und die Begabung der Kinder maßgebend sein sollten, nicht aber die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern.

Demgemäß ist sie, solange die Unentgeltlichkeit des Unterrichts auch in den mittleren und höheren Schulen infolge der durch die Kriegspolitik der Annerkennungsparteien verschuldeten schlechten Finanzlage noch nicht durchführbar ist, für die Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder eingetreten. Diese Forderung hat soviel Anklang gefunden, daß sie in verschiedenen Städten verwirklicht worden ist und sogar der volksparteiliche preussische Minister seine Zustimmung nicht hat verweigern können. Die Sozialdemokratie verlangt aber, daß hierbei die Leistungen der Kinder nicht berücksichtigt werden. Denn wenn diese auch nur zeitweise nachlassen, würden arme Eltern gezwungen sein, aus Mangel an Mitteln ihre Kinder von der Schule herunterzunehmen; das Kind wohlhabender Väter und Mütter würde aber nach den preussischen Verfügungsbestimmungen nur dann die höhere Schule verlassen müssen, wenn es zwei Jahre in derselben Klasse und nach dem einstimmigen Beschluß seiner Lehrer sein weiteres Verbleiben zwecklos wäre.

Die Sozialdemokratie will auch, daß die Vermittel allen Schülern unentgeltlich geliefert werden, gemäß Artikel 145 der Reichsverfassung zunächst in den Volksschulen und den Fortbildungsschulen. Verhindert worden ist die Durchführung dieser Verfassungsbestimmung von den Parteien, die von Finanznot nichts wissen wollen, wenn es sich darum handelt, die hohenzollern ungezählte Goldmillionen und Dutzende von Schlössern und Gütern auszuliefern.

Die Sozialdemokratie als Vorkämpferin der Einheitschule fordert die Einrichtung von Aufbauschulen, in denen Legobite Kinder nach sechs- bis siebenjährigem Besuch der Volksschule noch in drei Jahren die Reise für Obersekunda und in sechs Jahren die Universitätsreise erlangen können. Der preussische Unterrichtsminister Voelckh verwandelt die Lehrerseminare in solche Aufbauschulen. Die Schulpolitik sucht aber die Umwandlung neunjähriger höherer Schulen in Aufbauschulen zu hintertreiben, besonders in den großen und mittleren Städten, weil sie mit Recht fürchtet, zu viel begabte Proletarierkinder würden die Kinder der Wohlhabenden überflügeln und die billigen Aufbauschulen würden die anderen höheren Schulen allmählich verdrängen. Väter und Mütter! Sind etwa Eure Kinder, wenn sie in größeren Orten aufwachsen, dümmere als die auf dem Lande geborenen?

Väter und Mütter! Daß wir Sozialdemokraten keinen Utopien nachhagen, daß wir für unsere schulreformerischen Forderungen nicht aus politischen, sondern nur aus pädagogischen und sozialen Gründen eintreten, beweist das Beispiel Nordamerikas. Dort besuchen alle Kinder 7 bis 8 Jahre lang dieselbe Grundschule. Auf sie ist eine vier- bis fünfjährige Oberschule (High School) aufgesetzt; auf dieser können die Schüler selbst nach ihrer Reigung und ihrer Anlage die Höheren wählen. Dort ist auch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in vollem Umfange durchgeführt.

Väter und Mütter! Wollt Ihr, daß die deutschen Schulen ebenso eingerichtet werden, gebt am 7. Dezember Eure Stimmzettel der Sozialdemokratie.

2. Die Sozialdemokratie und die Reichsschulpolitik.

Eine Reichsschulpolitik, für die die Sozialdemokratie jahrelang gekämpft hat, wurde durch Annahme von Artikel 142-149 der Reichsverfassung von der Deutschen Nationalversammlung beschlossen, der Widerstand der Länder dagegen infolge des Einflusses der Sozialdemokratie in ihnen gebrochen; sogar die reaktionären Parteien gaben ihren Widerstand auf. Wo sind aber die Reichsschulgesetze, die auf Grund der Verfassung zu verabschieden waren? Wo ist das Gesetz, in dem nach Artikel 146 die Bekennerschulen, die jetzt noch in den meisten Ländern die Regel bilden, in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln sind? Wo ist das Gesetz, in dem nach Artikel 143 die Lehrerbildung für das Reich einheitlich zu regeln ist? In Preußen will der Unterrichtsminister sogar, ohne die Verabschiedung des Reichsgesetzes abzuwarten, unter Verletzung des Artikels 143, nach dem die Lehrerausbildung nach den für die höhere Bildung allgemein geltenden Grundfähigen zu regeln ist, nach denen also auch die Volksschullehrer die Universitäten besuchen müssen, konfessionelle pädagogische Akademien errichten. Die Sozialdemokratie ist in dem ersten Deutschen Reichstag unermüdet für die Gesetze eingetreten, aber die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, deren deutsches Herz im Jahre 1919 für eine Reichsschulpolitik schlug, haben die Verabschiedung verhindert. Sogar das Reichsschulgesetz, das die Nationalversammlung zustande gebracht hat, nämlich das über die vierjährige Grundschule, sucht man in Preußen zu zerstören, indem man auf Grund eines Ministerialerlasses vom 3. Jahre 1839 (!!!) die konfessionierten Familienschulen als Privatschulen bezeichnet und von den sie besuchenden Kindern nicht die Fortsetzung eines ärztlichen Zeugnisses über die Notwendigkeit der Befreiung vom Besuch der Grundschule verlangt. Das Ermächtigungsgesetz hat die bürgerliche Regierung mißbraucht, um die auf Grund des Schul- und Bildungswesens den Ländern zu selbständiger Regelung und Erfüllung zu überweisen. (Dritte Steuernotverordnung Artikel 42.)

Väter und Mütter! Wollt Ihr, daß die von der Deutschen Nationalversammlung getriebene Reichsschulpolitik fortgesetzt wird, wollt Ihr, daß Eure Kinder nicht zu Preußen, zu Bayern, zu Sachsen und Württembergern erzogen werden, sondern zu Deutschen, natürlich nicht zu Deutschen im Sinne

der Alldeutschen, sondern zu Deutschen im Sinne Schillers und Goethes, Herders und Kants, so gebt Eure Stimme am 7. Dezember der Sozialdemokratie.

3. Die Sozialdemokratie und die deutsche Lehrerschaft.

Deutsche Väter und Mütter! Die meisten Lehrer Eurer Kinder sind noch nicht Sozialdemokraten. Aber auf dem Gebiete, auf dem sie täglich Beobachtungen und Erfahrungen machen, erkennen sie viele Forderungen der Sozialdemokratie als berechtigt an. Der mehr als 100 000 Mitglieder starke Deutsche Lehrerverein, dem der größte Teil der deutschen Lehrer angehört, fordert ebenfalls die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Vermittel. Er fordert eine Verlängerung der Grundschule und eine Verkürzung der höheren Schulen sowie die Aufnahme der Kinder in diese lediglich nach ihren Fähigkeiten und ihren Reigungen. Er fordert die Fortsetzung der Reichsschulpolitik. Insbesondere fordert er die in Artikel 143 der Reichsverfassung vorgeschriebene einheitliche Regelung der Lehrerbildung durch ein Reichsgesetz nach den für die höhere Bildung allgemein geltenden Grundfähigen. Daher lehnt er die von dem preussischen Unterrichtsminister geplanten konfessionellen pädagogischen Akademien als unwissenschaftlich und verfassungswidrig ab.

Diese Hoffnung der Lehrer auf die Sozialdemokratie ist in einem Artikel ihres offiziellen Zeitungsdienstes zum Ausdruck gekommen. Darin heißt es (Nummer vom 8. Mai 1924):

„Am wichtigsten ist uns heute die Stellung der Sozialdemokratie zur Schulfrage.“ Wir halten es nicht für möglich, daß eine geringe Mehrheit in Volksschulfragen, die zum überwiegenden Teil doch Fragen des arbeitenden Volkes sind, über die Wünsche dieser Partei hinweggehen kann.“

Die Volksschullehrer sind sich bewußt, daß viele von ihnen aus der werktätigen Bevölkerung hervorgegangen sind und daß Kant, der bedeutendste Lehrer und Deutschlands größter Philosoph, dessen 200jähriger Geburtstag in diesem Jahre die ganze Kulturwelt gefeiert hat, der Sohn eines Sattlers war.

Von den Lehrern der höheren Schulen sind noch verhältnismäßig wenige Sozialdemokraten. Aber in der Forderung der Fortsetzung der Reichsschulpolitik unterliegen auch sie die Sozialdemokratie. Die Neuordnung des preussischen höheren Schulwesens durch den Minister Voelckh haben sie energisch bekämpft, da sie ohne vorherige Fühlungnahme mit den Regierungen der anderen Länder vorgenommen worden ist. In einer Entschließung haben sie erklärt:

„Statt durch ein einheitliches zeitiges Band den Reichsgedanken in den Herzen der deutschen Jugend fest zu verankern, erhält er dadurch, daß jetzt fast jedes deutsche Band einem anderen Bildungsziel zustrebt, einen gefährlichen Riß und schafft infolgedessen für unser deutsches Volk unerträgliche Zustände.“

Deutsche Väter und Mütter! Würden sich die Lehrer mit der Geschichte und der Politik der Sozialdemokratie so eingehend beschäftigen wie mit der Erziehung, so würden sie zum größten Teil Sozialdemokraten werden. Deutsche Väter und Mütter! Faßt daher Vertrauen zu der Schulpolitik der SPD. und gebt am 7. Dezember Eure Stimme der Sozialdemokratie!

4. Die Sozialdemokratie und der Unterricht im Geiste der Völkerveröhnung.

Das deutsche Volk bekannte sich in Weimar durch seine Vertreter zu einer pazifistischen Weltanschauung und Politik und forderte, daß auch die Jugend „im Geiste der Völkerveröhnung“ erzogen werde. (Artikel 145.)

Was ist aber zur Verwirklichung dieser Bestimmung in Preußen geschehen? In Braunschweig sind Ausführungsbestimmungen erlassen worden.

In Preußen aber fast nichts. Der sozialdemokratische Minister Haenisch legte zu Anfang des Jahres 1921 dem Staatsministerium einen Entwurf vor, der ähnliche Ausführungsbestimmungen enthielt. Dasselbe wurde indes durch seine Verabschiedung verhindert, den Entwurf anzunehmen. Die beiden Nachfolger Haenischs haben sich nicht entschließen können, solche Ausführungsbestimmungen zu erlassen oder zu beantragen. Auch Boelckh nicht, obwohl er von sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag wiederholt dazu aufgefordert worden ist.

Manche Schulpolitiker fordern sogar, im Gegensatz zu der Befassung, eine Erziehung der Jugend zu einem Revolutionskrieg. So hat der Tübinger Professor Pohls, ein Mitglied der Deutschen Volkspartei, kürzlich in seiner Schrift „Reichsverfassung und Völkerveröhnung“ verlangt, wir sollten „den Jörn über unsere Erniedrigung als brennendes Feuer denen vererben, die nach uns kommen.“ Wir wollen in ihnen ein starkes Gefühl wecken für die Erblichkeit, die darin liegt, wenn ein so geknechtetes Volk in heroischem Aufschwung die Fesseln bricht, sobald seine Stunde gekommen.“ Eine solche Forderung ist allerdings kein Wunder, wenn man bedenkt, daß Professor Pohls Parteifreund Jattes, dessen Ministerium auch die Schulsachen zu bearbeiten hat, der deutschen Jugend in Hildesheim zugerufen hat, sie solle auf alle Eventualitäten vorbereitet sein; denn es könnte der Augenblick kommen, wo auch das zerbrochene Schwert wieder zusammengeschnitten werden müsse. Professor Pohls Parteifreund Boelckh hat sogar in einer Bestimmung über die Lehrbücher, in die er verschiedene Wendungen des Artikels 148 ausgenommen hat, das Wort Völkerveröhnung durch Humanität ersetzt; weiß er denn nicht, daß das etwas ganz anderes bedeutet, und daß im Namen der Humanität ein General den grausamsten Krieg für den besten erklärt hat?

Deutsche Väter und Mütter! Denkt daran am 7. Dezember! Denkt daran, daß jetzt schon Giftbomben hergestellt werden, die in einem Umkreis von einem Quadratkilometer alles menschliche Leben vernichten können. Wollt Ihr, daß Eure Kinder nicht wieder zu Hunderttausenden oder zu Millionen hingemetzelt werden, gebt Eure Stimme der Partei, die seit ihrem Bestehen die imperialistische Politik bekämpft hat und für die Schlichtung aller Völkerstreitigkeiten durch Schiedsgerichte eingetreten ist. Sie wird ihre Forderung erneuern, daß Eure Kinder der Verfassung gemäß „im Geiste der Völkerveröhnung“ erzogen werden. Wählt am 7. Dezember die Sozialdemokratie.

Studienrat Dr. Erich Witte.

Reaktionäre Bundesbrüder!

Der Arbeitererrat der Kommunisten.

In einer Wählerversammlung in Seelow bei Groß-Ziethen, die am Sonntag, den 30. November, stattfand, hat der Vertreter der kommunistischen Partei mit Namen Schend in der Diskussion erklärt:

„Wenn Ihr (zu den Wählern gewendet) schon nicht kommunistisch wählen könnt, dann wählt wenigstens deutschnational.“

In Ostpreußen rufen die Deutschnationalen: Wählt kommunistisch! Hier rufen Kommunisten: Wählt deutschnational! Kommunisten und Deutschnationale sind die Parteien der Reaktion.

Alle Mann zur Wahl!

Keine Stimme darf fehlen!

Eine Prüfung der Wählerliste des 100. Bezirks Berlin W. Passasstraße ergibt so außerordentlich interessante Aufschlüsse, daß man wünschen möchte, daß auch in anderen Abteilungen ähnliche Untersuchungen angestellt werden. Der Wahlbezirk bietet mit 477 abgegebenen Stimmen, davon etwa je 100 SPD. und Deutschnationale, 30 Demokraten, 30 Völkischen und 45 Kommunisten ein ungefähres Bild des Reichsdurchschnittes.

Von den 850 Wahlberechtigten haben 173 nicht gewählt. Auch diese Zahl der Nichtwähler entspricht annähernd dem Reichsdurchschnitt.

Eine Prüfung der Nichtwähler nach ihrer beruflichen Gliederung ergibt das verblüffende Resultat, daß 120 Arbeiter und Angestellte nicht gewählt haben, während das Bürgertum nur mit 14, die freien Berufe mit 10 und Unbestimmte mit 27 nicht gewählt haben. Unter den Unbestimmten (s. B. „Chefrau“ ohne nähere Angaben) darf man weitere proletarische Wähler vermuten.

Das umgekehrte Bild ergibt sich, wenn man auch die Wähler nach ihrer beruflichen Stellung gliedert.

Unternehmer	75	Wähler,	14	Nichtwähler
Höhere Beamte	22	„	3	„
Freie Berufe	22	„	7	„
Unbestimmte	29	„	27	„
Untere Beamte	28	„	—	„
Angestellte	91	„	28	„
Arbeiter	160	„	97	„

Diese Zahlen zeigen die unerhörten Reserven der Sozialdemokratie. Der letzte Mann muß zur Wahl gehen. Jede fehlende Arbeiterstimme bedeutet eine Stärkung der Reaktion!

Die kommunistische Niederlage.

Schonende Vorbereitung auf den Schrecken.

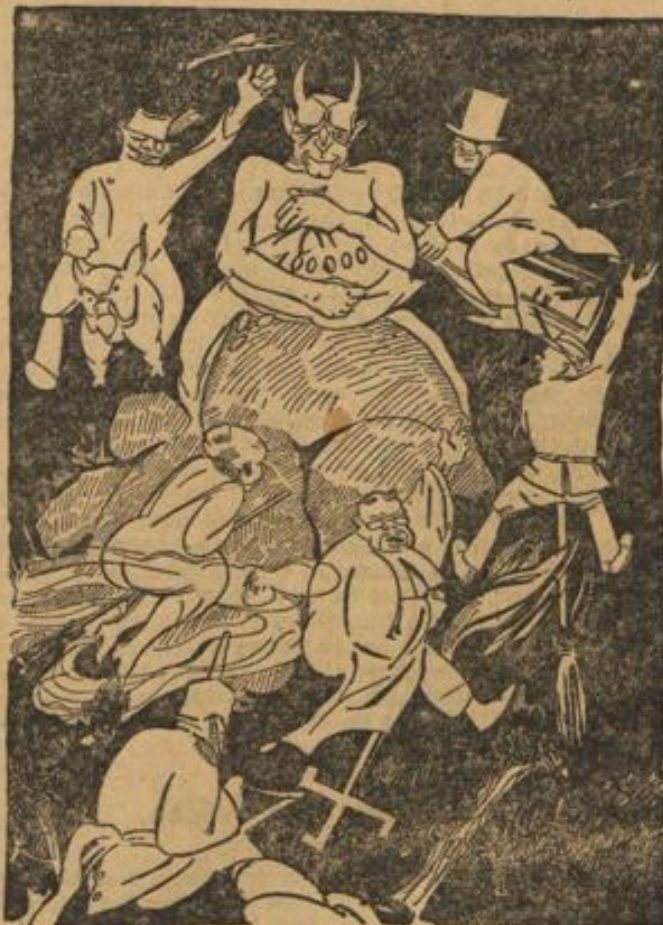
Die Niederlage der Kommunisten ist unvermeidlich. Die „Siege“ linke Führung der KPD. sieht die Niederlage voraus. Sie ist eifrig bemüht, auch diese Niederlage zu einem „Sieg“ der bewährten linken Führung zu machen. Nach bewährter Methode bereitet sie die Mitglieder der KPD. auf eine große Niederlage vor, größer als sie selbst erwartet, um dann sagen zu können: „Seht ihr, es war gar nicht so schlimm, und daß es nicht so schlimm war, das ist unser Verdienst.“ So schreibt Herr Ivan Krah in einem Artikel in der Inprekorr.:

„Wenn es der deutschen Partei gelingen würde, am 7. Dezember ihren Verlust auf 50 Proz. ihres Wählererfolgs zu beschränken, das heißt trotz aller künstlichen Fernhaltung von den Betriebsmassen noch 2 Millionen Stimmen zu erhalten, so wäre das schon ein Erfolg. Wenn es ihr aber gelingt, 60 oder gar 70 Proz. der damaligen Stimmenzahl zu erobern, wäre das ein Sieg, auf den nicht nur die deutsche Partei, sondern die ganze Internationale stolz sein könnte, denn die 2½ Millionen, die dann sich trotz alledem zur kommunistischen Partei bekennen würden, wären die sichere Gewähr dafür, daß die Kadets für die kommunistische Revolution in Deutschland vorhanden und kampfbereit sind.“

Also: 50 Proz. Verlust — ein Sieg; 30 Proz. Verlust — großer Sieg der linken Führung. Zwei Siege der linken Führung der KPD., und es ist überhaupt nichts mehr da von der kommunistischen Partei!

Der Bürgerblocksberg.

(Deutschnationaler Walspurgisnachtstraum.)



Seht die ganze haute-volée
Voller Brunnst schon loben!
Wählt am Sonntag SPD. —
Und alles ist zerstoßen!

Um die Zukunft geht der Kampf.

Von Clara Bohm-Schuch.

Hoch gehen die Bogen des Wahlkampfes in dieser letzten Woche vor der Entscheidung. So viel ist wohl von den Begnern rechts und links noch vor seiner Wahl über uns ergossen worden. Warum? Weil alle diese Parteien: die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutschösterreichische Freiheitspartei (die auf der Wahlliste Nationalsozialistische Freiheitsbewegung heißt) und die Kommunisten nichts an positiven Leistungen unserer verantwortlichen Arbeit entgegenstellen können. So verkommen sie, schimpfen, appellieren an niedrigste Instinkte und werden immer roher und unansändiger, je näher die gefürchtete Entscheidung rückt.

Um die Frauen geht es besonders. Keine der nationalsozialistischen Parteien wollte das politische Recht der Frauen, — Hohn und Spott, niedrige Beschimpfung nur hatten sie noch während des Krieges für die leidenden, hungernden, rechtlosen Frauen, die gerade gut genug waren, das Wirtschaftsleben mit ihrer Arbeit aufrecht zu erhalten. So war es noch im Oktober 1918, als die Frauen das Stimmrecht forderten. Aber als die Frauen durch die Sozialdemokratie zu gleichberechtigten Staatsbürgern geworden waren, als sie durch ihr Wahlrecht eine „Stimme“ geworden waren, ging ein Werben der reaktionären Parteien um diese Frauenstimmen an, das in seinen Mitteln geradezu widerlich ist.

Die Ausübung unseres Wahlrechts legt uns aber die Mitverantwortung auf für die Gestaltung unseres Schicksals, unserer Kinder und unseres Volkes Zukunft. Darum muß jede Frau ihre Stimme nach ihrer gefärbten und ruhigen Überzeugung abgeben; sie darf nicht einfach einer Augenblicksstimmung folgen; es geht um zuviel. Auch wir wollen, daß das politische Denken von dem lebendigen Strom des Gefühls durchpulst wird; aber wir wollen nicht, daß Einseitigkeit und Fanatismus den Will für die praktischen Möglichkeiten und für die zukünftige Entwicklung trüben.

Die Deutschnationale Volkspartei stellt sich in ihren Wahlverpflichtungen und Flugblättern als besondere Vertreterin der Kirche und der christlichen Erziehung vor. (Nebenbei: wie kann eine Partei, die in sich so zerfallen ist, die sozial Verleumdungen über ihre Gegner verbreitet, die den Staat, in dessen Gemeinschaft sie lebt, mit allen Mitteln bekämpft, überhaupt von christlichen oder sittlichen Grundfragen sprechen.) Sie behauptet, daß die Sozialdemokratie dem Volke die Religion, daß sie den Frauen ihren Gott nehmen wolle. Das ist ganz falsch! Wir haben nie die Religion an sich, den Gott, zu dem der Gläubige beten will, bekämpft. Bekämpft haben wir nur den Staatszwang für das religiöse Gefühl. Bekämpft haben wir, wie sich die Kirche zur Dienerin des kapitalistischen Staates erniedrigt hat und die Schule mit in diesen Dienst zog. In diesem Kampf waren wir nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, wenn wir es ernst meinen mit der geistigen Einheit und Befreiung unseres Volkes. Und jeder, der es ehrlich meint mit dem Kulturaufrüstung des deutschen Volkes, muß mit uns stehen. Die Schule muß frei werden von jedem Druck, wenn sie ihre Aufgabe: denkende, verantwortliche und lebensstarke Menschen heranzubilden, erfüllen soll.

Das sozialdemokratische Parteiprogramm verlangt die Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Und dazu stehen wir. Um ein Gefühl ausdrücken zu können, muß man es in Worte kleiden, und so bezeichnen viele Menschen mit den Worten „Religion“ und „Gott“ das, was andere „Ideale“ nennen, nämlich: die tiefste und heiligste Sehnsucht unseres Wesens nach Vollkommenheit. Der Sozialismus, die Religion der Tat, will, daß die Menschen auf Erden glücklich sind. Darum wollen wir, daß der Menschengeist schon im Kinde zur Verantwortlichkeit gegen die menschliche Gesellschaft und gegen sich selbst herangebildet wird, daß er fähig wird, alle Schönheiten und Wahrheiten dieses Lebens in sich aufzunehmen. Aber wir wollen nicht, daß an Stelle heiliger Menschenliebe ein Mitleid herangebildet wird, das die Besitzenden zum Geben von ihrem Ueberflus veranlassen soll; das gleichzeitig aber die Besitzlosen zum Nehmen demütigt. Wir wollen das Recht jedes einzelnen auf Brot und Leben.

Ohne Zwang soll der Glaube sein, und alle gläubigen katholischen oder evangelischen Christen, alle gläubigen Juden sollen die Würdlichkeit haben, ihre Kinder in ihrem Glauben erziehen zu lassen. Aber dasselbe Recht sollen alle freisüßigen Eltern genießen.

Nicht viel ist auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung bisher an Fortschritt erreicht worden in Deutschland. Aber etwas immerhin. Durch das Grundschulgesetz ist zuerst eine vierjährige allgemeine Volksschule geschaffen. Hierauf muß ein Schulsystem weitergebaut werden, das allen Kindern des Volkes die Entwicklung der besten geistigen und körperlichen Fähigkeiten garantiert. Die geistige Scheidung nach dem Geschlecht muß beseitigt werden. In den Aufbaulassen ist der Anfang gemacht; nun liegt es am 7. Dezember bei den Vätern und Müttern, ob es vorwärts gehen soll.

Die Kräfte, die bis zur Revolution unser Staatswesen mifführten, die besaßen mit dem Hut und Umhang von Millionen, deren Macht in Staat, Wirtschaft und Erziehung am Zusammenbrechen ist, dürfen nicht neu gefärbt werden durch die Stimmen der Frauen. Auch durch den Einfluß der Kirche darf es nicht gelingen, das Staatsbürgerrecht der Frauen für die reaktionären Zwecke dieser Parteien dienstbar zu machen. Sind es doch dieselben Parteien, die uns den Willen Brot durch Bille verdunkeln, die die staatliche Fürsorge für Arbeitslose beseitigen, die die Arbeitszeit verlängern und dazu alle Steuerlasten auf die Schultern der nichtbeschäftigten, schaffenden Massen legen möchten.

Und die Kommunisten? Ja, was kümmert den Kommunisten die praktische Arbeit in der Gesetzgebung. Sie wollen im Parlament nicht arbeiten für die Interessen der werktätigen Bevölkerung, das sagen sie selber, weil das „reformistisch“ wäre; sie wollen von der Parlamentarismus Agitation treiben für die Weltrevolution. Jede Frau, die mit ihrer Stimmabgabe die gegenwärtigen Zustände bessern, die für ihre Kinder eine leichtere Zukunft schaffen will, kann nicht kommunistisch wählen.

Es gibt nur eine Partei, die in harter Gegenwartsarbeit den Boden für eine bessere Zukunft vorbereitet, die unbeeinträchtigt mit einer Politik der Verständigung einer neuen Gemeinschaft der Völker zustrebt: die Sozialdemokratie. Nur der Sozialismus kann uns die wirtschaftliche und sittliche Umgestaltung bringen, die eine Höherentwicklung bedeutet. Nicht zurück in die kamme Vergangenheit, sondern vorwärts in die sichtbare Zukunft. Um Eurer Kinder willen wählt am 7. Dezember die Wisse der Sozialdemokratie.

Zur Erinnerung an Mühlendelber und Kopp-Busch. Donnerstag abend sprach der wohlbekannte frühere Rechtsanwalt und argentinische Emigrant Bredere in Fürstentum in einer nationalsozialistischen öffentlichen Versammlung. Das Thema war: „Worum geht's am 7. Dezember?“ — Antwort: „Um die Ehrlichkeit des deutschen Namens.“

Wie wird gewählt?

Am 7. Dezember wird in einem Wahlgang für den Reichstag und den preussischen Landtag gewählt.

Der Wähler erhält bei seinem Eintritt ins Wahllokal

zwei Stimmzettel

einen für die Reichstagswahl, einen für die Kreuzeinwahl. Jeder Wähler vergewissere sich, daß er diese Stimmzettel erhält.

In der Wahlzelle ist auf jedem Stimmzettel die sozialdemokratische Wisse anzugeichnen, also

ein Kreuz in den Kreis im ersten Feld für Liste Eins auf beiden Stimmzetteln.

Der Wähler erhält gleichzeitig mit den Stimmzetteln ein Kuvert hat er die Stimmzettel angezeichnet, so steckt er

beide Stimmzettel in ein Kuvert.

Dann tritt er an den Tisch des Wahlvorstandes, nennt seinen Namen und gibt das Kuvert ab. Wohnungsmeldeschein oder sonstigen Ausweis mitnehmen.

Wählt Liste 1!

Amnestie!

Wie die KPD. dagegen wirkt.

Die verschiedenen „Parolen“ der Kommunisten versagen, wie im allgemeinen, so im besonderen in diesem Wahlkampf mehr und mehr. Es will nichts mehr gelingen. Dies Mißgeschick teilen die Kommunisten mit ihren Bundesbrüdern von rechts, den Böllischen und den Deutschnationalen. In dieser Notlage greifen sie zu einem Mittel, von dem sie sich bei der ihnen bekannten Gemütsverfassung der Arbeiter viel versprechen, und appellieren an die Hilfsbereitschaft und Weichherzigkeit ihrer Arbeitskollegen.

Wie es in den Parlamenten der Fall gewesen ist, so erntet jetzt in allen Versammlungen der Ruf nach Amnestie, und mit häufig schlecht gespielter Weidenschaft stellen die kommunistischen Disziplinsprecher an uns die Frage: Warum schmachten noch immer tausende viele Arbeitsbrüder in den Gefängnissen? Warum habt ihr nichts getan, sie zu befreien?

In den Parlamenten freilich ist das wiederholt durch Trillerpfeifen und Kindertrumpeten verstärkte Gestrül der Kommunisten nach Amnestie, Amnestie stets wirkungslos verpufft. Man weiß dort allgemein zu gut, daß die bedauerlichen Gefangenen von den kommunistischen Führern kalten Bluts in die Gefängnisse getrieben wurden, und daß die Wiederrück ihres Loses den Führern nicht am Herzen liegt. Diese Opfer der kommunistischen Politik sind gerade gut genug, als Agitationsobjekte zu dienen. Befreiung und Milderung des Schicksals der einzelnen sind einzig und allein durch Bemühungen von Sozialdemokraten erfolgt. Niemand weiß das besser als die Gefangenen selber, die mit ihren Wünschen und Beschwerden sich nicht an ihre eigenen, sondern stets an sozialdemokratische Angeordnete wenden. Daß ein allgemeines Amnestiegesetz bisher trotz aller sozialdemokratischen Anstrengungen nicht zustande gekommen ist, lag an dem Widerstand der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit. Unsere genau formulierten Amnestieanträge wurden ebenso wie die allgemein gehaltenen der Kommunisten von dieser Mehrheit niedergestimmt. Unsere Genossen im Reichstag haben lediglich abgelehnt, die Führer der Kappisten und die Hitler-Beute zu begnadigen, solange die sozialdemokratischen und kommunistischen Anhänger der bayerischen Räterepublik im Gefängnis blieben. Die Kommunisten oder haben für die völkischen Anträge gestimmt, die zwar den Kappisten und Hitler-Beuten die Freiheit gebracht hätten, nicht aber den bayerischen Räterepublikanern.

Das alles ist jedem Mitglied der Parlamente bekannt. In den Versammlungen hingegen mocht der Appell an das Mitleid und das Solidaritätsgefühl milderer Eindruck. Da kann wohl mit Recht die Frage aufgeworfen werden, besitzen die Kommunisten ihrerseits solches Mitleid und Solidaritätsgefühl und wie belächeln sie es sozialdemokratischen Arbeitsbrüdern gegenüber? Die Zustände in Sowjetrußland, Georgien usw., die, wenn nicht schlimmer, mindestens so verdammenstwert sind wie unter der Zarenherrschaft, Leontworten diese Fragen in einer für die Kommunisten vernichtenden Weise. Mit welcher zynischer Frechheit aber auch die deutschen Kommunisten jede Duldbarkeit Andersdenkenden gegenüber ablehnen, dafür haben Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wiederholt erschütternde Beweise gebracht. Im März dieses Jahres erklärte dort der kommunistische Führer ohne jede Provokation durch uns unter dem Beifall seiner gesamten Fraktion, es sei doch ganz selbstverständlich, daß man in Sowjetrußland die Sozialdemokraten nicht frei herumlaufen lasse, sondern so viele wie nur möglich hinter Schloß und Riegel setze, und ebenso sei dort die ganze sozialdemokratische Presse mit Zug und Recht verboten, denn man werde doch nicht die russischen Arbeiter dem sozialdemokratischen Gift ausliefern. Diese wohl- und vorbedachten Äußerungen fielen bei Gelegenheit der Verhandlung eines kommunistischen Antrages, den Magistrat zu ersuchen, auf die Freigabe der damals verbotenen „Roten Fahne“ hinzuwirken, für welchen Antrag die sozialdemokratische Fraktion sich eingesetzt hatte! Ist eine größere Schamlosigkeit denkbar?

Kein Sozialdemokrat wird sich durch solche rohe Gesinnung abhalten lassen, kommunistischen Gefangenen beizustehen, wo und wie er kann. Aber solche Gesinnung, die ja nicht der angeführte Redner allein hat, sondern die leider Allgemeingut der kommunistischen Partei ist, bei jeder sich bietenden Gelegenheit bekanntzugeben, dürfte durchaus am Plage sein. Auch wer durch die kommende Reichstagswahl in erster Linie das Los der kommunistischen Gefangenen zu mildern und ihnen baldmöglichst Freiheit zu bringen wünscht, hat daher am 7. Dezember nicht kommunistisch, sondern sozialdemokratisch zu wählen. Nur eine ausschlaggebende sozialdemokratische Fraktion gibt die Gewähr, daß auch die Amnestiefrage befriedigend gelöst wird.

Aus vergangenen Zeiten.

Untertanenherrschaft.

Die Monarchisten aller Schattierungen suchen dem deutschen Volke einzureden, seiner Eigenart widerstrebe das republikanische Prinzip, es fühle sich nur wohl unter den Fittichen ihrer „angestammten Herrscherhäuser“. Daß sie damit eine geringschätzige Meinung über ein Volk, das sich also nicht selbst regieren könne, zum Ausdruck bringen, bedenken sie wohl nicht, oder sie glauben, diese Beleidigung ihm bieten zu können.

Wie die zahllosen „angestammten Herrscherhäuser“ mit ihren „Untertanen“ umgesprungen sind, darüber

könnten Bände geschrieben werden. Für heute nur eine kleine geschichtliche Reminiszenz: Zur Zeit des nordamerikanischen Freiheitskrieges verhandelten bekanntlich deutsche Fürsten ihre Landesfinder an England. In welchem Maßstab dies geschah, zeigen folgende Zahlen:

Der Herzog von Braunschweig	verkaufte	5728 Mann
Landgraf von Hessen-Kassel		10092
Fürst von Hanau		2422
Marquis von Ansbach		1644
Fürst von Waldeck		1225
Fürst von Anhalt-Georg		1160

Von diesen 29166 Mann gingen 11853 verloren und für jeden Gefallenen oder Verstümmelten erhielt der Landes „vater“ noch eine besondere Entschädigung, so daß ihm an dem Untergang seiner verkauften „Landesfinder“ nur gelegen sein konnte. Der Preis pro Mann betrug 100, 120 und 150 Taler. Der Geschichtsschreiber Franz von Vöher (1818 bis 1892) teilt einen für die Gesinnung der Fürsten charakteristischen Brief des Prinzen von Hessen-Kassel an den Freiherrn von Hohendorf Oberbefehlshaber der hessischen Truppen in Amerika, aus Eugen Regnaults „Denkwürdigkeiten“ mit. Der Brief ist vom 8. Februar 1777 datiert.

Der Fürst äußert sich darin sehr erfreut über die Nachricht, daß in der Schlacht von Trenton von 1950 seiner Hessen 1650 gefallen seien, und ärgert sich, daß sich auf der vom englischen Minister ihm zugesandten Verlustliste nur 1455 Gefallene finden, wodurch die fürstliche Schatzkammer Verluste habe. Am Schluß schreibt er:

„und erinnere Sie daran, daß von den 300 Spartanern, die den Paj von Thermopyla verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich dasselbe von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Herrn Major Windsor, daß ich außerordentlich unzufrieden bin mit seinem Benehmen, weil er die 300 Mann getötet habe, welche vor Trenton fielen. Während des ganzen Feldzugs sind nicht zehn von seinen Leuten gefallen.“

So vor 150 Jahren freilich so könnten die Fürsten es heute nicht mehr treiben — selbst mit dem, daß so gebildeten deutschen Völke nicht. Habens auch nicht nötig, ihre Reichtümer haben sich auch ohne den Verkauf von Untertanen bei einigen bis ins ungeheure vermehrt.

Und die offenen und verkappten Monarchisten, die „vorläufig auf unabwehrbare Zeit“ die republikanische Staatsform anerkennen, möchten uns baldigst wieder in das Untertanenverhältnis zurückführen, in einen Zustand, der gewiß in der Form weniger brutal das Abhängigkeitsverhältnis darstellen würde, als das vor 150 Jahren, in der Sache aber auf das gleiche hinausläuft: Nicht Staatsbürger, sondern Untertan. Das Volk nur Objekt der Staatsregierung und der Behörden.

Am 7. Dezember hat das Volk sich zu entscheiden.

Aus der Wahlbewegung.

Ein Sozialdemokrat als Referent der Deutschnationalen.

Ein köstlicher Wahlherz ereignete sich am 1. Dezember 1924 in Widdershausen a. d. Werra. Dort war eine öffentliche Volksversammlung der Deutschnationalen Volkspartei einberufen worden, und vollzählig waren diesem Rufe die Bauern und einige Intellektuelle der Partei gefolgt. Als Gegenreferent hatten die Sozialdemokraten unseren Gen. Henkel-Dippach gebeten. Als dieser erschien, kam in liebenswürdiger Weise der deutschnationale Vorstand auf ihn zu, und es entwickelte sich folgendes Zwiegespräch:

- „Mein Name ist Haas!“
- „Ich heiße Henkel!“
- „Sie wollen wohl referieren?“
- „Ja, ich habe die Absicht!“
- „Sind Sie mit dem Auto gekommen?“
- „Nein, ich bin zu Fuß gegangen.“
- „Sie sind wohl nicht aus Hersfeld?“
- „Nein, ich bin gebürtiger Waddeker.“
- „Wollen wir mit der Versammlung beginnen?“
- „Bitte schön!“

Der Saal füllte sich mit Deutschnationalen, die stolz die vordersten Bänke besaßen. Im Hintergrund stehen schmunzelnd die Genossen. Drüben verteilen die Roten Flugblätter von wegen der Steuerdrückerei.

„Lassen Sie nur, ich gehe hernach darauf ein!“

Der Herr Vorstand eilt zum Podium:

„Ich eröffne hiernit die Wählerversammlung der Deutschnationalen Volkspartei und erteile Herrn Henkel das Wort.“

Der Genosse Henkel redet, redet zwei Stunden über die Sendung des deutschen Volkes. Vor den Zuhörern steigt der erste gigantische Versuch einer sozialen Umschichtung durch die Bauernrevolution 1525 auf. Er mißlingt. 1848 steht das Bürgertum auf den Barrikaden. Nach 1870 steigt und blüht Deutschland, nicht durch die Kunst seiner Herrscher, sondern durch den sittlichen Willen des deutschen Volkes zur Arbeit. Der Krieg zerreiht die Fäden internationaler Weltwirtschaft. Die Sozialdemokratie zwingt alle Parteien zur Verständigung. Die Politik der Zukunft ist die Politik der Sozialdemokratie. Im Innern drohen Arbeiter und Kleinbauern neue Kosten durch Industrie und Großlandwirtschaft. Der Schutzzoll ist eine Gefahr für Volkskraft und Volkswohlstand!

Ohne Widerspruch hört die Versammlung zu. Der Schlussruf: „Wer Friede, Freiheit, Volkswohlstand will, der wähle am 7. Dezember sozialdemokratisch!“ läßt die Genossen frei zu stürmischen Beifall. Die Herren Deutschnationalen saßen erstarrt. Es war so schön, was ihnen vorgezählt worden war, aber, aber es war einer von den verd... Roten gewesen.

Nach heute sinnen die Herren Deutschnationalen darüber nach, wie so etwas in ihre Versammlung kam! Und er hatte doch ein hochzeitlich Bewand an.

Das Wahlgeheimnis auf dem Lande.

Jede Kontrolle der geheimen Stimmabgabe unmöglich.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der Preussische Minister des Innern hat unter dem Datum des 4. Dezember folgenden Erlaß an die Landräte in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Brandenburg und Niederschlesien gerichtet:

„In manchen Kreisen der ländlichen Bevölkerung ist die Auffassung verbreitet, daß aus der Lagerung der Umschläge in den Wahlurnen ein Schutz auf die Stimmabgabe der einzelnen Wähler gezogen werden könne. Die in der Reichsstimmordnung § 42, der Landeswahlordnung § 36 vorgeschriebenen Größenverhältnisse der Wahlurnen — innere Höhe mindestens 90 Zentimeter, sichtbare Weite mindestens 35 Zentimeter — bieten die Gewähr dafür, daß eine planmäßige Lagerung in den Urnen nicht geschehen kann.“

Bei Verwendung solcher Urnen ist die Befürchtung, daß das Wahlgeheimnis insonderlich nicht unberührt gewahrt sei, völlig unbegründet. Die Herren Landräte ersuche ich, Sorge zu tragen, daß in den Wahllokale nur Urnen mit den vorgeschriebenen Mindestgrößen verwendet werden. Diese Verfügung ist in einem Abdruck sofort auf einfachstem Wege den einzelnen Wahlvorstehern zuzufertigen, die sie in den Wahlräumen anzuschlagen haben.“

Wirtschaft

Goldbilanzen deutscher Großbanken.

Die Commerz- und Privatbank A. G. Hamburg und Berlin hat im Krieg ihren Gesamtumsatz mehr als verdoppelt. 1920 vollzog sie die Fusion mit der Mitteldeutschen Privat A. G., die ein Friedenskapital von 60 Millionen und 8 1/2 Millionen offene Reserven hatte und deren Gesamtkapital seitdem im Besitz der Commerz- und Privatbank ist. 1921 bis 1923 erwarb die Commerz- und Privatbank ein Dutzend Privat- und größere Provinzbanken. 1913 hatte sie 7 Bankgebäude, 1924 hat sie 175 Bankgebäude. Dazu kommen ca. 50 sehr wertvolle Grundstücke und, ebenfalls neu seit 1913, 262 Häuser. Die bauernden Beteiligungen bei anderen Banken und der Aktienbesitz an industriellen Unternehmungen sind stark erweitert.

Die Diskonto-Gesellschaft hat von 1914 bis 1918 (einschließlich der Norddeutschen Bank Hamburg und des Schaaffhausenschen Bankvereins Köln) ebenfalls ihren Umsatz um 100 Proz. gesteigert (von 93 auf 191 Millionen). Zur Norddeutschen Bank Hamburg, deren gesamtes Gesellschaftskapital sie seit 1895 und zum Schaaffhausenschen Bankverein Köln, deren gesamtes Aktienkapital sie seit 1914 besitzt, erwarb sie 1913 die Rheinische Bank und die Mittelrheinische Bank hinzu. Bis 1923 erweiterte die Diskonto-Gesellschaft ihre Herrschaft über weitere 1 1/2 Dutzend Privat- und größere Provinzbanken. Die von ihr seit reifem durch Aktienbesitz beherrschte Handels-Maatschappij A. de Bary in Amsterdam mit 167 Millionen Goldmark Aktien blieb ungeschmälerter Besitz im Krieg. Während der Inflation wurden zu geringfügigstem Preis wertvolle Industrie-Aktienpakete neu erworben. Die dauernden Beteiligungen an Ueberseehandels- und Schwerindustrie-Gesellschaften Westfalens wurden stark vermehrt. Die dauernden Beteiligungen an der Preussischen und Chilenischen Bank gingen durch den Krieg nicht verloren, sondern blieben erhalten. Die Diskonto-Gesellschaft besitzt überdies über 100 Bankgebäude und zahlreiche Liegenschaften, die zum weitaus größten Teile seit 1914 neu errichtet bzw. erworben wurden.

Soweit die Substanzveränderungen der beiden Großbanken seit 1914. Der neuermorbene Reichtum ist geradezu von erstaunlicher Größe. Der Gewinn aus der Kriegs- und Gründerkonjunktur von 1870/71, der damals auf ein unverändertes Kapital bei der Diskonto-Gesellschaft nur eine Dividendensteigerung von 9 1/2 Proz. in 1889 auf 13,24 und 27 Proz. in den drei folgenden Jahren gestieg, erscheint lächerlich gegenüber den geradezu ungeheuerlichen Substanzgewinnen in den zehn Jahren seit 1914. Die volkswirtschaftliche Sachverständigenarbeit der Herren Arbig, Ruffell, Solomonsohn besonders in Währungsdingen scheint für die Großbanken und ihre Aktionäre, wenn man die Substanz der Banken ansieht, ein Schlaraffenland eröffnen zu sollen. Die fürchterliche Besitztümmerung an Rentenkapital (Obligations-, Hypotheken-, Staatspapiere) in der deutschen Volkswirtschaft, die Verwüftung des Arbeits- und Renteneinkommens in Deutschland scheint wenigstens in etwas im Reichtum der Großbanken volkswirtschaftlich kompensiert zu werden. So lautet doch die Rechnung aller Sachverständigen der Industrie- und Hochfinanz, in deren Hand seit 1914 das Schicksal des deutschen Volkes lag.

Dem ist aber keineswegs so. Die Commerz- und Privatbank hatte 1913 ein Aktienkapital von 145 Millionen und offene Reserven mit 22 1/2 Millionen Mark. Dieses Kapital wird in der Goldöffnungsbilanz nicht entsprechend der Substanzvermehrung erhöht, wie es in normalen Zeiten die Regel ist, wenn die Substanzvermehrung nicht mit der Zerstörung des Volkvermögens und des Volkseinkommens bezahlt wird, sondern auf 63 Millionen Goldmark herabgesetzt (42 Millionen Kapital und 21 Millionen Reserven). Die Diskontogesellschaft hatte ein Friedenskapital von 300 Millionen und Reserven mit 94 Millionen. In der Goldöffnungsbilanz erscheint das Gesamtkapital der Diskontogesellschaft einschließlich der Norddeutschen Bank in Hamburg und des Schaaffhausenschen Bankvereins heute mit 100 Millionen Goldmark Kapital, die Gesamtreserven der drei Banken erscheinen mit 45 Millionen Goldmark. Die beiden Großbanken haben also trotz ihrer gewaltigen Substanzvermehrung keine Hoffnung, aus den ihnen möglichen Geschäften einen höheren Reingewinn herauszuholen zu können, als sie für die 8, vielleicht auch 12 1/2-prozentige Dividende für das auf ein Drittel gesenkte Eigenkapital nötig haben, wenn der Kredit der Bank nicht zerstört werden soll. Was sich schon aus den Goldbilanzen der Deutschen Bank, der Darmstädter- und Nationalbank und der Dresdener Bank ergeben

hat, sehen wir auch hier. Die grovenhaften Opfer an Glück und Wohlstand aus dem Volkvermögen und Volkseinkommen seit 1914 und besonders in der Inflationszeit sind umsonst gebracht. Wie bei der deutschen Industrie, hat sich ihr Gegenwert auch bei den deutschen Großbanken in einer gewaltigen Vermehrung des Reichtums niedergeschlagen, ohne daß dieser Reichtum für die Volkswirtschaft wieder fruchtbar gemacht werden könnte. Was in der Herabsetzung des Kapitals der Großbanken auf einen verhältnismäßig geringen Bruchteil ihres Vorkriegskapitals zum Ausdruck gebracht wird, das ist nicht die Armut der Banken (sie sind viel zu reich), sondern die Verelendung der arbeitenden Massen und die Proletarisierung des gesamten Mittelstandes in Deutschland. Es ist die Antwort der ökonomischen Gelehrte darauf, daß der kurzfristige Dividenden- und Gewinnhorizont der Wirtschaftsführer die volkswirtschaftliche Vernunft seit zehn Jahren mißföhrt haben lieh.

Was sich aus den Goldbilanzen der beiden Großbanken (samt noch entnehmen läßt, ergibt sich aus dem Vergleich von selbst. Der Stand der Geschäfte, wie er für den 1. Januar 1924 verzeichnet ist, entspricht den damaligen Verhältnissen einer noch fast vollständig zerstörten Kreditwirtschaft und einer kaum noch besetzten Wirtschaft. Von den beiden Großbanken verläutelt heute schon, daß ihre Depositen dem Stand von 1913 schon erheblich nahe gerückt sind; damit haben auch die höchsten Aktiven heute einen entsprechenden Stand erreicht und die Zahlen der Goldöffnungsbilanz haben keinen anderen als historischen Wert. Beide Großbanken, die Diskontogesellschaft besonders mit ihrem in der Bilanz überhaupt nicht berücksichtigten Volkbesitz der Handels-Maatschappij A. de Bary in Amsterdam, haben auch außerordentlich hohe stille Reserven. Sie liegen nicht nur in den eigenen Wertpapieren, Konfiszurteilungen und dauernden Beteiligungen an anderen Instituten, sondern auch und noch mehr in den Bankgebäuden, den Liegenschaften und dem Häuserbesitz. Um Liquiditätsreserven brauchen sich die beiden Banken natürlich nicht zu kümmern, denn es steht ihnen nicht nur der internationale Kapitalmarkt offen, sondern ein großer Teil ihrer stillen Reserven ist auch heute sofort mobilisierbar.

Handel und Gewerbe im November.

Nach den Berichten der Industrie- und Handelskammern Preußens hat die Wirtschaft im Monat November ihren Tiefstand weiter überwunden. Neben der Kohlenindustrie weist auch die Eisenindustrie eine leichte Besserung im Absatz auf, was neben anderem auf die Bildung des Rohabgabeverbundes zurückzuführen ist. Der Beschäftigungsgrad der Werke verbesserte sich. Die Preise zogen weiterhin an. Auch an der Börse zeigte sich eine Aufwärtsbewegung der Kurse. Die Lohnbewegung nahm zu. Die Verkehrslage besirte sich im ganzen Reich, nachdem die Regiebahnen wieder in die Hand der Reichsbahn-Gesellschaft überführt worden ist. Die Einfuhr nahm im Oktober um 232 Millionen Mark (Gegenwertwert) gegenüber September zu, während die Ausfuhr nur um 47 Millionen Mark stieg. Damit hat die Passivität unserer Handelsbilanz eine Höhe von 244 Millionen Mark erreicht. Die Besserung der Wirtschaftslage ist ausschließlich auf den Inlandskonsum zurückzuführen.

Der Kohlenabfall im Ruhrbergbau hat außerordentlich geschwankt. In der Zeit vom 2. bis 15. des Berichtmonats sind allein wegen Abschmangens mehr als 250 000 Feuerlöcher eingeleitet worden. Seit Mitte des Berichtmonats hingegen hat sich der Abfall wieder abgemildert. Die Feuerlöcher betragen in der Woche vom 6. bis 22. November 1923, in der Zeit vom 24. bis 27. November 2147. Diese erhebliche Besserung der Abfallverhältnisse in der letzten Hälfte des Berichtmonats ist hauptsächlich auf den gesteigerten Bedarf an Hausbrandkohle zurückzuführen. Auch haben die Werke größere Kohleneinfuhren vorgenommen. In Oberschlesien stockte der Abfall noch im November.

Im mitteldeutschen Braunkohlengeldbelebe sich der Abfall in Rohkohle wie in Britannis. Die Einigung von Feuerlöchern war nicht mehr nötig. In geringem Umfange konnten neu- bzw. Wiedereinstellungen von Arbeitern erfolgen. Der Eisenerzbergbau des Siegerlandes wies am erstenmal seit längerer Zeit eine leichte Besserung auf. In der Kaliindustrie ließ der Inlandsabfall nach, während der Abfall nach dem Auslande stieg. Besterer macht jetzt 90 v. H. der gesamten Produktion aus. Auch der Gründung des neuen Eisenwerks, der Rohstahlgemeinschaft, hat sich die Marktlage der Schwerindustrie gebessert.

Die Walzisenpreise sind gestiegen, so Stabellen von 110 bis 112 M. Anfang auf 120 M. Ende November. Die Maschinenindustrie belebte sich etwas. Nur in der Lokomotiv- und Wagonfabrikation herrschte die Stagnation an. In der Kleinindustrie des Westens zeigte sich eine erhebliche Besserung, doch blieb infolge des starken Wettbewerbes das Preisniveau niedrig. Auch in der Aluminiumindustrie trat in

dem Inlande eine starke Nachfrage ein. In der elektrotechnischen Industrie hat sich der Auftragsbestand weiter gehoben. In normalen Leistungen, an Kabeln für die Volkbedürfnisse, sowie in der Schwachstromindustrie sind neuwertige Auftragsaufträge eingegangen. Trotzdem bleibt die Erscheinung, daß große Aufträge nur selten eintreffen. Doch kann man von einer langsamen Befundung sprechen. In der Leichtindustrie hat die erhöhte Nachfrage infolge Deckung des Winterbedarfs nachgelassen. Der Geschäftsgang ist seit Mitte des Monats außerordentlich schleppend. Nach den Auftragsbeständen ist in kürzester Zeit mit Arbeitsbeschränkungen zu rechnen. Die Beschäftigung in der Konfektion war, da die Kundenschaft infolge der kalten Witterung zur Deckung des Winterbedarfs schreiten mußte im allgemeinen recht befriedigend. Bestellungen in Frühjahrsartikeln sind jedoch nur schwer hereinzubekommen.

Festwertanleihen im Monat November.

In den letzten acht Wochen gingen zahlreiche Notizen durch die Presse über Verhandlungen zwischen deutschen Firmen und deutschen Kommunen einerseits und amerikanischen Banken andererseits, wegen der Aufnahme von Krediten. Es scheint, daß bisher mehr private Darlehensnehmer als öffentliche Körperschaften Geld aus Amerika erhalten haben. Nur einzelne große Städte, wie z. B. Berlin, haben Kredite bekommen und diese zunächst auch nur für kurze Laufzeit. Der deutsche Sportklub- und Giroverband hatte kürzlich Vertreter nach New York entsandt wegen Aufnahme einer größeren kommunalen Gesamtanleihe, an deren Erlös eine Reihe von Städten beteiligt wären. Die Verhandlungen sollen ausbleiben, jedoch hat man über einen tatsächlichen Abschluß bisher nichts gehört.

Unter diesen Umständen bleiben die öffentlichen Körperschaften in Deutschland nach wie vor zur Deckung ihrer Kreditbedürfnisse, besonders der langfristigen, auf den inneren Kapitalmarkt angewiesen. Dieser aber ist immer noch nicht in der Lage, die Ausgabe von Anleihen der Kommunen oder der Länder ermöglicht. Der innerdeutsche Zinsfuß für Kredit mit langer Laufzeit ist immer noch zu hoch. Eine Vorstellung hierüber gibt der Kursstand der fünfprozentigen Goldhypotheken-Bandbriefe. Die folgende Tabelle zeigt die Notierungen dieser Papiere an der Berliner Börse im Monat November. Die Kurse lauten auf Goldmark für 1 Gramm Feingold. (1 Gramm Feingold = 2,79 Goldmark nach der Definition der Reichsmark.)

	8. 11.	11. 11.	21. 11.	28. 11.
Berliner Hypothekenbank	1,60	1,60	1,59	1,57
Franfurter Pfandbriefbank	1,58	1,70	1,60	1,59
Leipziger Hypothekenbank	1,58	1,58	1,54	1,53
Meininger Hypothekenbank	1,52	1,52	1,53	1,52
Norddeutsche Grundkreditbank	1,51	1,52	1,53	1,51
Preussische Bodenkreditbank	1,52	1,52	1,53	1,51
Schlesische Bodenkreditbank	1,53	1,52	1,53	1,51
Weidensche Bodenkreditbank	1,54	1,51	1,53	—
Durchschnittlicher Wert der 8 Kurse	1,54	1,59	1,55	1,54

Die Notierungen der Goldhypotheken-Bandbriefe sind während des ganzen Monats November fast unverändert geblieben. Der Kurs Ultimo November mit 1,54 ist fast gleich demjenigen von Ultimo Oktober, wo er auf 1,53 stand. Ein Preis von 1,54 Goldmark für 1 Gramm Feingold bedeutet für den Käufer der Bandbriefe eine Realverzinsung von 9,01 Proz. Ein solcher Zinsfuß, der noch über dem der Dames-Anleihe liegt, ist eben für langfristige Anleihen zu hoch. Ein Grund dafür, daß der Kurs der festverzinsten Papiere nicht steigt, d. h., daß die Realverzinsung nicht kleiner wird, ist rein technischer Natur. Er liegt darin, daß größere Teile der Anlage suchenden Kapitalisten sich neuerdings wieder mehr den Dividendenwerten zuwenden. Die stärkere Beachtung der Aktien läßt den Schluss zu, daß zahlreiche Kräfte auf eine baldige Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft rechnen. Auch die Gewährung amerikanischer Kredite an die deutsche Geschäftswelt — man schätzt die Gesamtsumme der bisher gegebenen Darlehen auf etwa 200 Millionen Dollar — bestätigt diese Annahme. Die amerikanischen Banken würden ihre Gelder nicht nach Deutschland geben, wenn sie nicht an die Bedenklichkeit und die Sicherheit der deutschen Wirtschaft glauben. Falls die Wochen vom 7. Dezember einen Reichstag ergeben, der eine auswärtige Politik von Stetigkeit und Ruhe gewährleistet, dann wird der Zustrom ausländischer Kapitals nach Deutschland anhalten. Daraus wird oder letzten Endes ein Erstarken des inneren deutschen Kapitalmarktes sich ergeben. Dann wird für die deutschen Kommunen und Länder der Moment gekommen sein, eigene Anleihen zu erträglichen Bedingungen herauszubringen. Dr. R.

Arbeiter sport.

Wassersport (6. Bezirk) im 1. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Sonntag den 8. Dezember, abends 8 Uhr in der Idealhalle, Reußstr. 14, Bezirksvorstandsbüro. Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder sowie der Gruppenleiter 1-3 ist unbedingt erforderlich.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat. Schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt. Bei Aufträgen nach auswärts vergüten wir für je 25 Mark je 80 Pf. für Porto bzw. Verpackung. Mengenabgabe vorbehalten.

Frisches Fleisch Schweineschinken u. -blatt Pf. 9 Schweinebauch ohne Bellage, Pfund 90 Pf. Hammelvorfleisch Pfund 65 Pf. Hammelrücken Pfund 70 Pf. Kalbskamm Pfund 65 Pf. Kalbskeule und -brust Pfund 65 Pf. Rindertalg in Blech, ca. 6 engl. Pf., Stück 3 40 Schweineköpfe leicht gepökelt, Pfund 38 Pf. Pa. fett. Suppenfleisch, gefroren, Pf. 55 Pf. Prima Ochsenfleisch, gefroren, ohne Knochen, Pfund 80 Pf.	Gemüse u. Obst Weisskohl Pfund 3 Pf. Rotkohl Pfund 5 Pf. Goldronetten Pfund 15 Pf. Zitronen Dutzend 33 Pf. Mandarinen Pfund 35 Pf. Wild u. Geflügel Wildragout Pfund 45 Pf. Rehblättern Pfund 1 40 Gänseklein mit Magen 2 05 Fische und Räucherw. Schollen Pfund 15 Pf. Grüne Heringe Pf. 30 Pf. Rotbars Pfund 32 Pf. Seelachs o. K. Lg. Pf. 40 Pf. Bücklinge Pfund 60 Pf. Sprotten Pfund 28 Pf.	Getrocknete kaliforn. Früchte Pfirsichen Pfund 48 Pf. Pflaumen Pfund 52 Pf. Pfirsiche Pfund 78 Pf. Aprikosen Pfund 1 05 Ringäpfel Pfund 1 05 Birnen teils Pfund 1 05 Backobst Pfund 65 Pf. Prunellen Pfund 1 00 Gebr. Kaffee Pfund von 2 00 an Ers-Mischung 2 70 Roggen, Gerste 2 20 Rakao Fabrikat Suedorp Pf. 90 Pf. Krümelschokolade 90 Pf. Zucker Pfund 32 Pf.	Kolonialwaren Weizenmehl Pfund 19 Pf. Auszugsmehl Pfund 22 Pf. Haferlocken Pfund 23 Pf. Weizengriess Pfund 24 Pf. Kartoffelmehl Pfund 24 Pf. Tafelreis Pfund 25 Pf. Schnittnudeln Pfund 22 Pf. Käse und Butter Camembertkäse 32 Pf. Harzer Käse Pfund 50 Pf. Kochkäse Pfund 70 Pf. Brückkäse Pfund 72 Pf. Quadratkäse Pfund 70 Pf. Alpkäse Pfund 90 Pf. Stappenkäse Pfund 1 00 Moik-Butter Pfund 98 Pf. Wurstwaren Delikat-Sülze Pfund 55 Pf. Corned beef Pfund 60 Pf. Rotwurst a. Thür. Art 70 Pf. Landherw. Pfund 75 Pf. Grobe Mettw. Pfund 1 10 Jagdwurst Pfund 1 40 Mettwurst Pfund 1 48
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

1922 Oberh. Maikammerer 75 7 00 1921 Edenkobener 1 60 15 00 1921 Alsterweiller Letten 1 90 17 30 1922 Kreuznach. Kehrenberg 1 90 17 50	1922 Trabener Kräuterh. 2 25 20 00 1922 Koenigsb. Mühlweg Natur. 2 25 20 00 1922 Croever Klosterberg 2 50 22 30 1921 Edigerer Elzogsberg Spalt. 3 75 35 00	Besonders billige Rotweine! 1922 Montagne 95 Pf. 90 Pf. 85 Pf. 1922 Dürkheimer 1 10 Pf. 1 00 Pf. 90 Pf. 1922 Pomerol-Bordeaux 1 75 Pf. 1 60 Pf. 1922 Hochheim. Wickerberg 4 20 38 00 1921 Chät. Fonréaud-Listrac 2 75 25 00	1921 Graves superieur 2 50 22 50 1921 St. Croix du Mont 3 75 35 00 1921 Haut Sauternes 4 50 42 00 Roter Tarragona 1 50 14 00	Felner dunkler Malaga 1 85 17 50 Weinbrand Verschnitt 2 75 26 00 Deutsch. Weinbrand 3 75 35 00 Jamaika-Rum Verschnitt 3 75 35 00
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Nur Kisten-Verkauf! Nur Leipziger Strasse!

Besonders preiswerte Zigarren als Geschenkartikel:

Ragna 80 Stück 3,00	Fancy 80 Stück 3,00	Fior de Vilano 50 Stück 3,50	Fior de Fernandez 80 Stück 3,50	Descanzo 80 Stück 4,00	Unsere Brasilia 100 Stück 8,00	Blaue Grothe 50 Stück 3,00	Mar. de 50 Stück 3,50	Galla Brasil mit Bisc. 50 Stück 5,00	Herrscherritz 50 Stück 6,00	Mar. de 50 Stück 7,50	Felharben Nr. 150 50 Stück 5,00
---------------------	---------------------	------------------------------	---------------------------------	------------------------	--------------------------------	----------------------------	-----------------------	--------------------------------------	-----------------------------	-----------------------	---------------------------------

